

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Siebenunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 37

Freitag, den 28. November 1947

II. Band

Geschäftliches Seite
239, 273, 274

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Abgeordneten Pöschel vom 4. November 1947 betreffend Aufhebung seiner Immunität (Beilage 864).

Redner:

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter] 240

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 14. November 1947 betreffend Strafverfolgung des Abgeordneten Meißner (Beilage 865).

Redner:

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter] 240-241
Dr. Hille (SPD) 241-243, 245
Dr. Bedt (SPD) 243
Höllner (WV) 243-244
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] 244
Dr. Rief (WV) 244
Dr. Dehler (FDP) 244-245
Dr. Hundhammer (CSU) 245
Stodt (SPD) 245
Dr. Lacherbauer (CSU) [zur Geschäftsordnung] 246

Bekanntgabe eines Schreibens betreffend Bildung der Fraktion „Der Deutsche Bloch“.

Redner:

Kleffinger (DBI) 246

Mündliche Berichte des Ausschusses für Verfassungsfragen zu den Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

1. vom 3. September 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von Ludwig Berndt in Ergolsbach (Beilage 835),

2. vom 29. September 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von Wilhelm Adermann in Nördlingen (Beilage 836).

Redner:

Schefbeck (CSU) [Berichterstatter] 246-247
Dr. Dehler (FDP) 246, 248-249
Dr. Hoegner (SPD) 247-248
Dr. Hundhammer (CSU) 248
Dr. Lacherbauer (CSU) 248
Schefbeck (CSU) 248
Stinglwagner (CSU) [zur Geschäftsordnung] 249
Dr. Lacherbauer (CSU) [zur Geschäftsordnung] 249

(Zurückverweisung an den Ausschuß für Verfassungsfragen.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Oktober 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von Dr. Hugo Maria Kellner in Friedberg bei Augsburg (Beilage 837).

Redner:

Dr. Dehler (FDP) [Berichterstatter] 249-250

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Oktober 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von Dr. Hermann Wagner in Jüssen (Beilage 838).

Redner:

Dr. Dehler (FDP) [zur Geschäftsordnung] 249
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung] 249

(Zurückverweisung an den Ausschuß für Verfassungsfragen.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 826).

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] 250-255
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung] 255

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Staatsminister Dr. Seidel 255-265, 270
Stinglwagner (CSU) 265-267
Hagen Lorenz (SPD) 267-271
Frau Behner (CSU) 271-272

Begrüßungsworte des Präsidenten an eine Abordnung amerikanischer Verleger und Redakteure 265, 272-273

Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung 274

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungsjaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 10 Minuten durch den II. Vizepräsidenten Kübler eröffnet.

II. Vizepräsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten: Allwein, Dr. Baumgartner, Frau Deku, Freundl, Dr. Franke, Gräßler, Herrmann, Dr. Huber Franz Josef,

(II. Vizepräsident)

Dr. Linnert, Moske, Dr. Rindt, Sauer, Seifried, Vidal, Dr. Bogherr; anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Ammann, Bachmann, Bezold Otto, Centmayer, Donsberger, Eder, Riene, Dr. Laforet, Lugmair, Neumann, Prechtl, Prüschenk, Scherber, Weinzierl Alois, Wilhelm.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Mündliche Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung zu den Schreiben

- a) des Abgeordneten Peschel vom 4. November 1947 betreffend Aufhebung seiner Immunität (Beilage 864),
- b) des Staatsministeriums für Justiz vom 14. November 1947 betreffend Strafverfolgung des Abgeordneten Meißner (Beilage 865).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Hille. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Peschel ist Vorsitzender des Verbandes der Körperbehinderten. Gegen die Leitung dieses Verbandes sind schwere Vorwürfe erhoben worden. Der Verband hat gegen die beiden Personen, die diese Vorwürfe erhoben haben, Strafantrag gestellt. Der Herr Abgeordnete Peschel glaubt nun, daß es zur Klärung der Angelegenheit notwendig sei, seine Immunität aufzuheben. Der Geschäftsausschuß hat sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht. Er war vielmehr der Meinung, daß der Abgeordnete Peschel zunächst als Zeuge die Möglichkeit hat, auszusagen. Wenn dann im Laufe des Verfahrens gegen die Beschuldigten sich ergeben sollte, daß etwa infolge der Immunität des Abgeordneten Peschel eine Klärung nicht erreicht werden kann, dann sei immer noch der Zeitpunkt gegeben, daß der Herr Abgeordnete Peschel, wenn das die Staatsanwaltschaft nicht von sich aus für notwendig erachtet, seinen Antrag wiederholt.

Der Ausschuß schlägt deshalb vor, den Antrag des Abgeordneten Peschel, seine Immunität aufzuheben, abzulehnen. Ich bitte Sie, diesem Beschluß beizutreten.

II. Vizepräsident: Sie haben den Beschluß des Ausschusses gehört. Wer diesem Beschluß zustimmen will, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Das Wort hat weiter Herr Dr. Hille als Berichterstatter.

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter] Meine Damen und Herren! Der Geschäftsausschuß hat sich in der gleichen Sitzung mit einem Antrag der Staatsanwaltschaft beschäftigt, die Immunität des Abgeordneten Meißner aufzuheben. Ich habe die Anzeige leider nicht hier; sie muß noch beim Landtagsamt liegen. Ich kann mich daher in meinen Ausführungen nur auf das Protokoll des Geschäftsausschusses beziehen.

Die WAB beschuldigt den Abgeordneten Meißner — ich trage aus dem Gedächtnis vor —, er habe erstens eine Sitzung der Freien Demokratischen Partei gefälscht, zweitens seinerzeit, als er den Wahlvorschlag seiner Partei dem Kreiswahlleiter überbrachte, eine falsche eidesstattliche Erklärung abgegeben. Der Abgeordnete Meißner soll in dieser eidesstattlichen Erklärung, die er und

ein gewisser Hans Wachter abgegeben haben, behauptet haben, er habe eine Autopanne gehabt, sei also kraft höherer Gewalt an der vorchriftsmäßigen Einhaltung der Frist zur Einreichung des Wahlvorschlages verhindert gewesen. Die Folge dieser Erklärung war, daß die Einreichung noch als fristgemäß galt. Die eidesstattliche Erklärung habe aber nicht den Tatsachen entsprochen. Einmal habe Hans Wachter die Erklärung überhaupt nicht unterschrieben, und soweit sie Meißner unterschrieben hat, entspreche der Inhalt nicht den Tatsachen. Die Konsequenz sei: die Abgeordneten des mittelfränkischen und oberfränkischen Wahlkreises dürften überhaupt nicht in diesem Landtag sitzen, da nach der Darstellung der WAB tatsächlich keine Autopanne vorgekommen ist.

Drittens habe Herr Meißner eine Erklärung des Inhalts abgegeben, daß Hans Wachter seine Kandidatur zurückziehe. Eine solche Erklärung habe Hans Wachter jedoch niemals abgegeben. Der Abgeordnete Kleffinger hat im Geschäftsausschuß hinzugefügt, er hätte eine solche Erklärung auch nicht abgeben können, weil er gar nicht auf der Liste gestanden sei. Darnach liegt der Verdacht vor, daß es sich bei dieser Erklärung um eine, ich möchte sagen, imaginäre Erklärung handelt, da gar kein Rechtssubjekt vorhanden ist, auf das sich diese Erklärung beziehen könnte, die Herr Meißner abgegeben haben soll. Der Ausschuß hat den Sinn dieser Beschuldigung nicht erfaßt.

Viertens wird behauptet, der Abgeordnete Meißner habe dem Landtagsamt eine weiße Karte der zuständigen Spruchkammer vorgelegt, in der es hieß, er sei vom Gesetz nicht betroffen. Tatsächlich sei er aber, wenn auch nur schwach, vom Gesetz betroffen und unter die Weihnachtsamnestie gefallen. Er habe also zum mindesten den Irrtum erregt, daß er vom Gesetz überhaupt nicht betroffen sei. Der Abgeordnete Kleffinger hat das im Ausschuß so dargestellt — und das entspricht auch den bei meinem Amt gesammelten umfangreichen Erfahrungen —, daß in der ersten Zeit bei diesen Karten auf der Rückseite der Stempel „Weihnachtsamnestie“ gefehlt habe. Der Abgeordnete Kleffinger erklärte weiter, der Abgeordnete Meißner sei später zur Spruchkammer bestellt worden, die nachträglich auf der Rückseite der Karte den Stempel „Weihnachtsamnestie“ anbrachte.

Das sind im wesentlichen die Punkte, für die die WAB Beweis anbietet.

Der Ausschuß hat nach eingehender Aussprache beschlossen, die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Meißner abzulehnen. Schon beim ersten Punkt ist der Ausschuß zur Überzeugung gekommen, daß die Anzeige der WAB gegen den eigenen Abgeordneten materiell nicht so unterbaut ist, wie es erforderlich sei. Der Abgeordnete Bezold hat hierzu als Vertreter der Freien Demokratischen Partei ausgeführt, es sei nicht richtig, daß Meißner den Entwurf einer solchen Sitzung gefälscht habe, es sei wahrscheinlich so, daß er den eigenen Entwurf statt des vereinbarten abgegeben habe. Es handle sich zum mindesten um keine Fälschung; denn Herr Meißner, der damals noch Sekretär der Freien Demokratischen Partei war, hätte auch von sich aus eine solche Sitzung einreichen können. Die Militärregierung sei später mit dem zuständigen Herrn der Freien Demokratischen Partei ins Gespräch gekommen, und diese habe dann auch, so sagte der Abgeordnete Bezold, die Sitzung bekommen, die sie wollte. Eine Urkundenfälschung in strafrechtlichem

(Dr. Hille [SPD])

Sinne sei zum mindesten weder nachgewiesen noch Tatsache.

Auch in dem Fall der Nichtbetroffen-Karte liegt nach Meinung des Ausschusses keine Schuld des Herrn Meißner vor. Ich kann das, wie gesagt, aus den Erfahrungen meines Amtes bestätigen. Wir haben Tausende solcher Karten bekommen. Es handelte sich da wohl um eine Anordnung der zuständigen Spruchkammer oder des Sonderministeriums. Die Karten sind zum Teil hinterher berichtigt worden. Die Meinung des Ausschusses war, daß diese Anzeige zum mindesten leichtsinnig erfolgte.

Der Ausschuß konnte sich daher nicht entschließen, die Immunität des Abgeordneten Meißner aufzuheben. Ich bitte Sie, diesem Ausschußbeschluss beizutreten.

Nun bitte ich Sie, Herr Präsident, mir gleichzeitig das Wort als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zu geben.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hille.

Dr. Hille (SPD): Meine Damen und Herren! Vor mir liegt dieses Blatt, das Informationsblatt der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung, und zwar die Nummer 2 des 2. Jahrgangs. Sie enthält die Rede des Herrn Höllerer, die er am 25. Oktober vor einer riesigen Menschenmenge, — 10 000 sollen es gewesen sein —, vor der Feldherrnhalle gehalten hat. Diese Rede ist eine einzige Anklage, die in der Behauptung gipfelt: Es ist im Falle Loriz von der Regierung, vom Landtag und von den Rechtsorganen leichtsinnig gehandelt worden.

(Höllerer: vom Landtag steht kein Wort drin!) —

Der Landtag hat die Immunität aufgehoben, heißt es. Herr Höllerer sagte:

Für mich steht eines fest und wohl für die meisten von Ihnen auch, nämlich, daß wir heute trotz der so oft genannten und viel gepriesenen Demokratie immer noch nichts von ihr erfahren und fühlen. Wir sehen es täglich mehr und mehr, daß man heute in Bayern nach dem Motto regiert: Macht geht vor Recht!

Es wird also hier der Regierung und dem Parlament Rechtsbruch vorgeworfen. Der Abgeordnete Höllerer begann seine großangelegte Rede, die er für seinen Führer Loriz hielt, damit, daß er gleich mit einer Injurie aufwartete, indem er im Zusammenhang mit dem Abgeordneten Loriz über den Abgeordneten Dr. Hoegner folgendes ausführte:

Er

— nämlich der Herr Loriz —

hat mich aufgefordert, Ihnen zu sagen, daß er nicht etwa in der Schweiz oder im Ausland ist, sondern daß er sich hier in München aufhält und gar nicht daran dächte, irgendwohin ins Ausland zu emigrieren. Er läßt noch einmal feststellen, daß er das Emigrieren nach der Schweiz ausschließlich Herrn Hoegner überlassen möchte.

Meine Damen und Herren! Von unserer Seite ist nie etwas Derartiges behauptet worden, aber der Herr Abgeordnete Höllerer verschweigt, daß Herr Loriz schon im Oktober 1939 nach Paris geflohen ist und von Anfang

1940 ab in der Schweiz gefessen hat, mit gelegentlichen kleinen Ausflügen nach Deutschland!

(Höllerer: und großen Ausflügen!)

— Oder auch großen Ausflügen. Das sind Tatsachen. Herr Höllerer beginnt also seine Verteidigung des Rechts, indem er etwas unterstellt, was wir gar nicht behauptet haben, indem er gewissermaßen behauptet, man wolle Loriz der Feigheit bezichtigen.

Weiter wird in dieser Rede ganz eindeutig behauptet, daß man sich des Rechtsbruchs bedienen müsse.

(Stad: Hört, hört!)

Wörtlich sagt Herr Höllerer dazu folgendes:

Meine Damen und Herren! Damit es ja kein Mißverständnis gibt: Wenn ich hier erkläre, daß Alfred Loriz in München sei, so ist das nicht etwa, um die Polizei zu kritisieren. Ich stehe nämlich sogar auf dem Standpunkt, daß der Großteil der Polizisten und Schutzleute so grundanständig denkt und ist, daß sie den Loriz sogar übersehen würden, wenn er ihnen irgendwo in den Weg käme;

(hört, hört!)

denn bei der ganzen Betrachtung des Falles Loriz gibt es zwei Möglichkeiten: die menschliche Seite und die politische Seite.

Er erwartet also, daß die Polizeibeamten, die Loriz erkennen, bewußt ihre Dienstpflicht verletzen.

(Höllerer: Das erwarte ich nicht!)

Mit dieser Erwartung, die hier wörtlich zum Ausdruck gebracht wird, will er also auf der anderen Seite ein moralisches Recht erwerben, sich gegen einen eklatanten Rechtsbruch zu wehren, der angeblich in Permanenz gegen den Abgeordneten Loriz zur Anwendung kommt.

Meine Damen und Herren! Herr Höllerer sagte irgendein Andernmal — und er läßt sich hier zitieren; wie einst und heute noch Goethe zitiert wird oder Hölderlin, so wird hier der Mitarbeiter Höllerer zitiert —:

Die Ehre seiner Mitmenschen mit allen Mitteln zu verteidigen, ist eine der obersten Pflichten des demokratischen Staates; tut es der Staat nicht, so muß der demokratische Staatsbürger in die vernachlässigten Pflichten des Staates eintreten!

Aus dieser Erkenntnis hat man eine so leichtsinnige Anzeige gegen Herrn Meißner erstattet, die im Ausschuß in mindestens zwei Fällen widerlegt werden konnte. Die Verteidigung des Rechts und die Anklage, die Herr Höllerer erhoben hat, steht meines Erachtens auf recht schwachen moralischen Füßen.

(Höllerer: Ich habe keine Anklage erhoben!)

— Sowohl! Sie haben sich auf 5½ Seiten gegen die Unterdrückung des Rechts gewendet. Immer wieder haben Sie Loriz zitiert, und Herr Loriz ist sogar aus seinem Versteck herausgekommen und hat anläßlich dieser Rundgebung gesagt — ich lese das wörtlich vor —:

Lieber Herr Höllerer! Also morgen Samstag, wird Ihre große Rundgebung vor der Feldherrnhalle sein. Es freut mich sehr, daß Sie dies durchgeführt haben. Schade, daß die Plakatierung in der Stadt, z. B. sogar um den Stachus herum, nur schwach ist, wie ich mich heute selbst überzeugte.

(Heiterkeit.)

(Dr. Hille [SPD])

Herr Höllerer bemerkt dazu:

Es ist wirklich so, daß Loritz in München ist, sonst hätte er nicht gestern die Plakatierung nachsehen und mir über diese heute sofort schreiben können.

(Stoß: Wie romantisch!)

Die Plakatierung übrigens ist eine Sache für sich.

— Das ist die Auffassung vom Recht, wie sie seitens der WMB vertreten wird.

(Stoß: Genau so haben die Nazi angefangen!)

Was erleben wir jetzt wieder? Wir erleben, daß eine Partei, die sich wirklich lächerlich gemacht hat, lächerlich vor allem dadurch, daß sie in Permanenz einig und uneinig in einem Zuge ist, sich auch lächerlich macht mit der Behauptung, daß es Loritz fertiggebracht habe, die Entnazifizierung als seine Tat hinzustellen. Herr Höllerer führte nämlich in seiner Rede aus, Loritz habe ihm geschrieben:

Schildern Sie bitte kurz, wie mein Amtsvorgänger lediglich rund 70 000 Personen der Jugendamnestie teilhaftig werden ließ, während ich rund 440 000 Personen jugendamnestieren konnte; schildern Sie, wie die beiden Amnestien in kürzester Zeit, weit früher als in den anderen Ländern der amerikanischen Zone, von mir durchgeführt wurden, dazu die ganzen Nichtbetroffenen-Fälle . . .

und so weiter, und so weiter. Meine Damen und Herren! Die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Beamten, die Arbeit der Abgeordneten, der Beamten aus dem Justiz- und Innenministerium, die Tag und Nacht mitgeholfen haben, die Mithilfe seiner Ministerkollegen, die Arbeit der Spruchkammern, die auch Tag und Nacht gearbeitet haben, das alles stellt er als seine Tat hin. Ich habe das gemacht, ich und immer wieder ich!

Wir von der sozialdemokratischen Partei erklären eindeutig: Wir wünschen, daß Herrn Loritz kein Unrecht geschieht. Wenn es so wäre, daß der Zeuge Wiegel allein der Hauptzeuge wäre, dieser angebliche Verbrecher, wie Herr Höllerer in dieser Versammlung behauptet hat, dann wäre das ein schwaches Argument. Wir vertreten aber auch die Meinung, und diese Auffassung muß jeder anständige Mensch vertreten, daß sich jeder gegen so schwerwiegende Vorwürfe zu verteidigen und zu beweisen hat: Diese Behauptungen treffen nicht zu. Wir denken gar nicht daran, hier stundenlang zu diskutieren, und wir denken auch gar nicht daran, Herrn Loritz politisch einfach tot zu machen. Hier wird in einem Satz behauptet: Weil die CSU- und SPD-Bonzen — es wird das von Herrn Loritz etwas anders ausgedrückt —:

Weil meine Gegner, die alten Parteipolitiker der CSU und SPD, gesehen haben, daß der Loritz etwas fertig bringt, was ihre eigenen Leute nicht konnten, und daß mein Ansehen bei der Bevölkerung weiter zunimmt, haben sie mich gestürzt als Minister.

Darnach wäre es also nicht so, daß die Meinung über Herrn Loritz, wie sie sich im Landtag, in der Presse und in der Öffentlichkeit bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, völlig eindeutig wäre. Er hat sich aber selbst das Wasser abgegraben, hat sich politisch unmöglich gemacht. Nicht

der Neid auf seine angeblichen Erfolge und nicht die Angst vor ihm ist die Ursache. Herr Loritz hat es fertig gebracht, seine Tätigkeit als Minister auszubeuten für seine Propaganda. Er ist von der neutralen Tätigkeit des Ministers hinabgestiegen in das Forum der Öffentlichkeit und hat versucht, eine selbstverständliche Pflichterfüllung propagandistisch für seine Partei auszunutzen. Dagegen wehrt sich die Öffentlichkeit, dagegen wehren wir uns mit aller Leidenschaft. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Entnazifizierung im Geiste der Veröhnung durchgeführt werden muß. Dazu brauchten wir Herrn Loritz nicht, das war die Haltung aller Parteien, das haben wir bei jeder Gelegenheit kundgetan. Wir wehren uns dagegen, daß auf der einen Seite angeblich das Recht gebrochen und im Falle Meißner nun geradezu leichtsinnig verfahren wird.

Meine Damen und Herren! Wenn es so wäre, daß der Herr Abgeordnete Meißner eine Notlüge gebraucht hätte: Ich frage Sie: Hat er sie gebraucht, um seine Person damit zu schützen? Hat er das nicht getan, um seiner Partei damit zu dienen? Wären die Wahlvorschläge nicht fristgemäß eingereicht worden, dann hätte die WMB die Mandate im Wahlkreis Mittel- und Oberfranken verloren. Weil er das nun getan hat — wir wollen das nicht nachprüfen; das ist Sache der Staatsanwaltschaft, deshalb mußte man ihn anzeigen und der Landtag wird von sich aus die Pflicht haben, nachzuprüfen, ob die Behauptungen der WMB zutreffen; denn die Sachlage wird nunmehr wahrscheinlich mindestens zweifelhaft. Wenn das also zutrifft, daß hier keine höhere Gewalt vorgelegen hat und die Frist zur Einreichung versäumt worden ist, dann ist klar, daß die Herren des mittel- und oberfränkischen Wahlkreises ihre Mandate verlieren. Das soll nicht unsere Sorge sein, bei Gott nicht! Wir stellen das ganz sachlich und leidenschaftslos fest, wir bedauern aber, daß die Partei, die hier angeblich den Kampf um das Recht geführt hat, ein solches Verhalten im Interesse der eigenen Partei nun zum Anlaß nimmt, einen anderen anzuzeigen und ihn möglichst in das Gefängnis zu bringen. Das nennen wir doppelte Moral. Wenn der Herr nämlich zum rechten Flügel oder meinetwegen zum legalen oder Loritz-Flügel gehören würde, dann würden Sie das nicht nur decken, dann würden Sie das als eine Tat hinstellen. Der Herr Höllerer hat in dieser Rede gesagt: Nun ja, wenn wirklich der Herr Loritz Benzin für seine Partei organisiert hat, so war das gewissermaßen für einen höheren Zweck und der Herr Wiegel ist ein Schwarzhändler, der muß bestraft werden, der ist ein Lump. Der Herr Loritz ist feiner, der hat es für die edlen Zwecke seiner Partei getan; aber der Herr Meißner, der ist ein Lump, der hat es zwar auch für die Partei getan, aber er ist trotzdem ein Lump, nach Ihrer Logik, weil er eben nicht auf dem Flügel Loritz steht.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Logik kommen wir nicht. Wir sehen und müssen sagen, daß es in Ihrer Partei stinkt. Ihre Partei ist eine doppelzüngige Partei, es ist die Moral Hitlers, die jeden Zweck heiligt,

(Sehr gut bei der SPD!)

wenn sie nur seiner Partei dient! In Ihrer Partei stinkt es, und es gibt dauernd Einigkeit und Uneinigkeit in einem, weil Sie keine klare anständige moralische Politik führen, weil Sie sich in solchen Generalverdächtigungen gefallen, weil Sie Ihre Politik auf Kosten einer billigen

(Dr. Hille (SPD))

Propaganda führen wollen und nicht auf Kosten eines Ziels. Ich frage Sie: Wo ist Ihr Programm, meine Herren von der WLB?

(Höllerer: Ich werde es Ihnen durch die Post zuschicken lassen, damit Sie es sehen!)

— Wir haben es noch nicht gesehen.

Ich komme zum Schluß. Wir vertreten die Meinung: Nicht nur deshalb, weil die WLB zufällig diesen Antrag gegen Herrn Meißner gestellt hat, sondern auch wenn er von einer anderen Partei gekommen wäre, müßten wir ihn ablehnen, weil eben das moralische Mißi fehlt, auf das es allein ankommen kann.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bed.

Dr. Bed (SPD): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte im Namen meiner Fraktion zu dieser Angelegenheit noch eine Erklärung abgeben. Wir beschweren uns mit Recht in einer so schweren Zeit, daß die deutsche Jugend, die bayerische Jugend so wenig Interesse für die Politik zeigt. Ich frage Sie jetzt: Sind solche Vorgänge tatsächlich geeignet, einen anständigen jungen Mann für ein Parlament einzunehmen?

(Sehr richtig!)

Ist es nicht tatsächlich so, daß, wenn wir uns im Plenum mit der WLB zu beschäftigen haben, der Grund jedesmal irgend ein Grund ist, der kein Parlament anzugehen hätte? Es ist tatsächlich so — ich möchte Sie zitieren:

Selten habt ihr mich verstanden,
Selten nur verstand ich euch,
Nur wenn wir im Not uns fanden,
Da verstanden wir uns gleich.

Das trifft auf diesen Fall zu. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß man so eine Demokratie aufbauen kann. So hat Hitler begonnen, die Demokratie herabzusetzen durch persönliche Vorwürfe, durch Angriffe gegen die Staatsgewalt, gegen das Parlament im Volk diese Institution zu diskreditieren und das Material dafür zu liefern. Man könnte, wenn diese Leute eine illegale Widerstandsgruppe der Nazi wären, auch nicht besser arbeiten, um die Demokratie zu sabotieren.

(Beifall bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höllerer.

Höllerer (WLB): Meine Damen und Herren! Zunächst wenige Worte zur Berichterstattung und zur prinzipiellen Frage der Immunität! Wir haben schon so oft hier zur Immunität Stellung genommen,

(Zuruf: leider!)

daß man weiß und wissen muß, daß wir stets dafür eingetreten sind und eintreten werden, die Immunität eines Abgeordneten nach Möglichkeit zu wahren. Denselben Standpunkt vertreten wir übrigens auch im Fall Meißner; es ist aber nicht so, wie der Berichterstatter sagte, daß wir von der WLB den Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt haben, sondern die Staatsanwaltschaft hat das getan.

(Zuruf: Auf Grund einer Anzeige!)

— Natürlich hat den Antrag die Staatsanwaltschaft gestellt und nicht wir. Es hört sich ganz anders an, wenn man sagt: Die WLB hat den Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt.

Das zur prinzipiellen Frage.

(Zuruf: Habt Ihr Prinzipien?)

— Anscheinend doch, weil wir gerade in diesem Punkt bis heute immer den gleichen prinzipiellen Standpunkt vertreten und das bewiesen haben. Nicht so der Ausschuß und nicht so Herr Dr. Hille! Denn der Ausschuß hat in dieser Frage erklärt und beschlossen: Dem Antrag der Staatsanwaltschaft ist nicht stattzugeben. Es mag richtig sein. Derselbe Ausschuß, Berichterstatter Herr Dr. Hille, hat jedoch am 23. April dieses Jahres in einer viel belangloseren Frage das Gegenteil festgestellt. Ich werde es Ihnen verlesen.

(Dr. Hille: Meineidsverleumdung!)

— Nein! Beleidigung!

Herr Dr. Hille sprach damals, am 23. April, in diesem Haus:

Der Abgeordnete Höllerer hat beantragt:

Der Landtag möge beschließen, daß ein gegen ihn eingeleitetes Ermittlungsverfahren für die Dauer dieser Tagung eingestellt werde.

Es handelte sich darum, daß in einer öffentlichen Wahlversammlung der Abgeordnete Höllerer eine Äußerung gegen einen Kandidaten einer anderen Partei gemacht haben soll, die nicht den Tatsachen entsprach. Der Abgeordnete bestreitet, die Äußerung in dieser beleidigenden Form, eine Beleidigung überhaupt gemacht zu haben.

(Zuruf: Die WLB beleidigt nie!)

— Lassen Sie mich doch einmal ausreden!

Der Ausschuß hat beschlossen, dem Antrag des Abgeordneten Höllerer nicht stattzugeben, weil eine öffentlich behauptete Beleidigung, wenn sie nicht richtig gestellt wird, für die Dauer der Nichtberichtigung ehrenrührig wirken muß und deshalb geeignet ist, auch öffentlich als eine Tatsache zu erscheinen.

Der Ausschuß ist weiter von der Überlegung ausgegangen, daß unter Umständen nach längerer Dauer eine Beweisführung überhaupt nicht mehr möglich ist. Er hat deshalb den Antrag abgelehnt und empfiehlt dem Landtag das Gleiche zu tun.

Das habe ich hier erklärt, weil eindeutig feststeht, daß die soeben wieder so angegriffene WLB in dieser Frage immer und immer denselben Standpunkt vertreten und ein Prinzip hat, während der Ausschuß und Herr Dr. Hille sich offensichtlich nicht an ein Prinzip halten; denn im Fall einer Beleidigung hat man damals beschlossen, die Immunität des Abgeordneten Höllerer aufzuheben, und in einer immerhin ernstern Frage hat man das heute nicht getan. Herr Dr. Hille hat heute erklärt, wie es in seinem Bericht heißt: Wir selbst befürworten die Nichtaufhebung der Immunität.

Einen prinzipiellen Punkt haben Sie aber vergessen, Herr Dr. Hille; Sie haben sogar den wichtigsten Punkt vergessen.

(Dr. Hille: Ich habe den Akt jetzt bekommen.)

— Ob Sie den Akt nicht hatten oder sich nicht daran erinnern konnten, das spielt keine Rolle. Der wichtigste

(Höllerer [WLB])

Punkt war nun einmal der, daß der Abgeordnete Meißner der Urkundenfälschung bezichtigt worden ist, und das haben Sie nicht erwähnt, Herr Dr. Hille.

(Dr. Hoegner: Selbstverständlich!)

— Wir werden das Stenogramm nachsehen. Nein, er hat das nicht erwähnt, sondern nur, daß er eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Daraus ist nur zu schließen, daß der Inhalt falsch ist. In der Anzeige heißt es, daß die Unterschrift gefälscht ist. Das ist ein Unterschied. Wir werden ja das Protokoll nachlesen können. Es ist gut, daß hier alles mitstenographiert wird, dann kann man im gegebenen Zeitpunkt darauf zurückgreifen und Dinge in Erinnerung bringen, die andernfalls in Vergessenheit geraten. Dieser wichtigste Punkt wurde hier aus irgend einem Grund von dem so fanatisch für die Demokratie eintretenden Dr. Hille wengessen.

Erstaunt war ich überhaupt über die Aussprache als solche. Man hätte meinen können, es stünde hier vielleicht der Fall voritz zur Debatte, weil von Dr. Hille viel mehr über Voritz gesprochen worden ist als zum Thema.

(Zuruf: Parallele!)

— Die Parallele war, wie Sie gesehen haben, Herr Dr. Hille, schlecht gewählt! Ich stelle noch einmal fest: Wir von der WLB haben in der Frage der Immunität immer eine klare Linie bewiesen und ein Prinzip gezeigt und dieses Prinzip behalten wir auch bei, wenn es sich um den Abgeordneten Meißner handelt.

(Dr. Beck: Warum macht man denn eine Strafanzeige, wenn man ihn nicht verfolgt haben wollte?)

— Mein lieber junger Freund,

(große Heiterkeit.)

darf ich Ihnen vielleicht das Folgende sagen.

(Zuruf: Beck legt keinen Wert darauf!)

— Eine Frage an Sie, Herr Kollege Beck: Wenn zu Ihnen zwei oder drei Personen kommen, von denen zwei überhaupt nicht Ihrer Partei angehören, und melden Ihnen das offiziell mit einer eidesstattlichen Erklärung, fühlen Sie sich dann nicht verpflichtet, das weiter zu geben?

(Dr. Beck: Ich würde nie einer Partei angehören, die von Anfang an auf persönlicher Korruption aufgebaut ist!)

— Das könnten Sie unter Umständen gar nicht vorher wissen, Herr Dr. Beck; wie könnten Sie vorher genau wissen, ob nicht doch einmal einer . . .

(Dr. Beck: Zum mindesten würde ich, nachdem ich das erfahren habe, mit Sitzgeschwindigkeit eine solche Partei verlassen.)

— Wir haben das ja früher gar nicht gewußt.

(Zuruf: Wir glaubten nichts, weil Sie Lügner sind!)

— Danke schön! Das ist Ihr parlamentarisch-demokratisches Recht! Aber bitte, beweisen Sie doch, daß ich lüge.

(Zuruf: Ihr seid ja Nazi!)

(Dr. Rief: Wo bleibt der Herr Präsident? Wir sind als Lügner und Nazi hingestellt worden!)

— Ich lasse mich hier nicht als Lügner bezeichnen.

(Dr. Rief: Herr Präsident, ich ersuche die Ausdrücke zu rügen, laut und deutlich, ich lasse mir das nicht bieten!)

II. Vizepräsident: Ich höre, daß ein Abgeordneter den Vorwurf der Lüge gemacht hat. Herr Kollege, ich weise diesen Ruf mit Entschiedenheit zurück.

Im übrigen ersuche ich die Herren: Lassen Sie doch den Redner weitersprechen! Das ist ein schlechtes Bild, das das Haus hier zeigt.

(Weitere erregte Zurufe.)

Ich bitte um Ruhe.

(Dr. Rief: Ich bitte, diesen Redner zu rügen! Man hat uns Lügner und Nazi genannt!)

Ich habe dem Abgeordneten eine Rüge erteilt für seinen Vorwurf der Lüge.

(Dr. Rief: Und Nazi? Es wurde auch von Nazi gesprochen!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Zur Geschäftsordnung! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Rief, es ist durchaus nicht vonnöten, daß Sie sich so aufregen. Der Herr Vizepräsident hat diese Rufe gerügt und zurückgewiesen. Damit geschah das, was Sie wollen.

Dr. Rief (WLB): Das hängt mit meiner Schwerhörigkeit zusammen, daß ich nicht gehört habe, daß der Herr Präsident auch den Ausdruck „Nazi“ gerügt hat. In diesem Fall ziehe ich mein Ersuchen zurück.

II. Vizepräsident: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Höllerer, fortzufahren.

Höllerer (WLB): Ich möchte es ablehnen, hier weitere Ausführungen zu machen. Ich habe vorhin von Herrn Dr. Hille gehört, was nötig wäre, um demokratisch zu wirken. Ich habe es jetzt, Herr Kollege Dr. Hille, durch das Verhalten verschiedener Ihrer Kollegen erlebt, wie man nicht wirken soll.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Meine Damen und Herren! Es handelt sich mit Recht nicht nur um die Frage, ob ein Strafverfahren gegen den Kollegen Meißner durchgeführt werden soll, sondern es handelt sich, wie der Herr Kollege Dr. Hille zutreffend unterstrichen hat, um eine Frage, die unsere junge Demokratie belastet. Herr Kollege Höllerer hat es für richtig gehalten, in der Öffentlichkeit unsere junge Demokratie herunterzusetzen und zu sagen: Hier wird keine Demokratie geübt, sondern hier geht Macht vor Recht. Ich spreche dem Herrn Kollegen Höllerer von der WLB das Recht ab, über die Demokratie zu sprechen.

(Zustimmung bei der FDP und SPD.)

— Das muß einmal gesagt werden und ist schon gesagt worden hier im Hause, wo es die Kollegen Hausleiter und Zietlich mit Zustimmung ausgeführt haben. Man muß das immer wieder unterstreichen: Die WLB ist die Belastung unserer jungen Demokratie!

(Sehr gut!)

Meine Herren! Ich sage es Ihnen offen und ich stelle mich zum Kampf: Die WLB ist eine Lüge von Anfang an gewesen.

(Beifall.)

Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung: Wie wollen Sie eine

(Dr. Dehler [FDP])

Wirtschaft aufbauen, wenn Sie so aufbauen? Vereinigung? Veruneinigung! Was Sie, meine Herren, der Demokratie geschadet haben, das läßt sich gar nicht er-messen; was das bayerische Parlament in der Öffentlichkeit Schaden gelitten hat, das ist Ihre Schuld, die Schuld von Loriz, den Sie unterstützt haben.

Die bayerische Regierung hat sich kürzlich in der „Neuen Zeitung“ den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß sie entweder unfähig oder unwillens ist in der An-gelegenheit Loriz. Ein schwerer Vorwurf, ein bitterer Vorwurf und kein ganz unverschuldeter!

(Zuruf von der WLB)

— Doch, Sie sind schuld, Sie haben Loriz als Exponenten gehabt und Sie haben unsere Demokratie und die Re-gierung in diese Schwierigkeiten hineingebracht.

(Zuruf von der WLB: Hier steht nicht der Fall Loriz zur Debatte!)

— Aber Sie stehen zur Debatte, und Loriz ist Ihr In-begriff und Geist.

(Stoß: Nein, das ist Hitler!)

Meine Damen und Herren, ich muß die Gelegenheit benützen um zu sagen: Unsere bayerische Presse hat in den letzten Monaten gesündigt, wie man schwerer gar nicht sündigen kann. Was wir hier gearbeitet haben, hat es eine Resonanz in dieser Presse gefunden?

(Stoß: Kein Wort!)

— Wenn aber Meißner oder Höllner dieser oder jener Meinung waren, ob Opposition oder Gegenopposition, und wenn etwas in diesem berühmten Landesvorstand beschlossen wurde, das wurde ausgewalzt, und unsere Be-wölkerung mußte glauben, daß dies das Wesen der Poli-tik und unserer Demokratie sei. Ich bedauere, daß die Presse nicht da ist. Mit allem Nachdruck sage ich: Es hat gar keinen Sinn, wertvolle und wichtige Arbeit zu leisten, wenn die Presse eine Interessellosigkeit zeigt, die man nicht überbieten kann. Als im Staatshaushaltsausschuß kürz-lich die Frage eines schweren Verfassungsbruchs erörtert wurde, stand keine Silbe davon in der Presse. Aber die Sensationslust unseres Volkes wurde mit Mitteilungen über die WLB gefüttert. Hier muß man einmal deutlich abrücken. Ich bin der Meinung, den Fall Meißner sollte man behandeln, um zu zeigen, welcher Geist hier leben-dig ist.

Ich bin entgegen der Auffassung des Ausschusses der Ansicht: Hier muß frische Luft hereinkommen, muß ge-zeigt werden, was los ist. Der Staatsanwalt und die Ge-richte sollen prüfen, ob die Vorwürfe zu Recht erhoben sind. So geht es nicht, daß hier eine Anzeige gegen Meiß-ner erstattet ist und Meißner sagt: bitte prüfen Sie, und hinterher sagen wir: Nein, wir wollen es nicht prüfen lassen. So läßt es sich praktisch nicht durchführen. Es werden wichtigste Dinge berührt. Es wird behauptet, daß Wahlfälschungen, Urkundenfälschungen, falsche eidesstatt-liche Versicherungen vorgekommen seien. Das kann man nicht auf sich beruhen lassen. Das geht uns alle an.

Ich bitte, meine Damen und Herren, im Interesse unserer jungen noch so schwachen Demokratie: Lassen Sie die Sache prüfen, geben Sie Ihre Zustimmung zur Auf-hebung der Immunität!

(Beifall bei der FDP.)

II. Vizepräsident Das Wort hat nochmals der Herr Abgeordnete Dr. Hille.

Dr. Hille (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe noch ein paar Richtigstellungen vorzubrin-gen. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß ich aus dem Gedächtnis vorgetragen habe, weil die Akten nicht vor-lagen. Ich stelle nunmehr fest — und insofern gebe ich dem Herrn Höllner recht —: Es steht tatsächlich in der Anzeige, die vom Abgeordneten Mag Rief unterschrieben ist, und zwar als Anzeigerstatter der Landtagsfraktion der WLB, und berichtige mich, daß es nicht die WLB war, sondern die Landtagsfraktion der WLB. Ich berich-tige ferner, daß es in der Anzeige heißt: Die beiden Er-klärungen, die seinerzeit bei dem Kreiswahlprüfer vor-gelegt worden sind, müssen gefälscht worden sein. Es heißt wörtlich: In Ziffer 2 des genannten Wahlvor-schlags lag die Erklärung des Herrn Wachter bei, in der er seine Kandidatur zur Landtagswahl zurückzog. Hier handelt es sich um seine Erklärung, die er nach seinen wiederholten Angaben nicht unterschrieb.

Im zweiten Fall: Diese eidesstattliche Erklärung ent-sprach nicht den Tatsachen; deshalb hat Herr Hans Wach-ter sich geweigert, die eidesstattliche Erklärung zu unter-schreiben. Es ergab sich, daß die genannte eidesstattliche Erklärung nachträglich vorgelegt wurde. Jetzt hat Meiß-ner dem Abgeordneten Höllner zugegeben, daß er die Fälschung begangen hat. Auch der Ehefrau des Abgeord-neten Höllner, Georgine Höllner, München 8, Troger-straße 24, hat Herr Meißner die betreffende Fälschung zugestanden.

Ich wollte das berichtigt haben.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeord-nete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Meine Damen und Her-ren! In dem Fall, über den wir jetzt zu entscheiden haben, sind Vorwürfe erhoben worden, welche unter Um-ständen die Wahl von Abgeordneten und Mitgliedern des Hauses in Frage stellen können. Ich glaube, es würde in der Öffentlichkeit nicht verstanden, wenn man solchen Vorwürfen nicht auf den Grund gehen würde. Deshalb wird meine Fraktion entgegen dem Ausschußbeschuß da-für stimmen, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung, wie beantragt, erteilt wird.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeord-nete Stoß.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Auch ich muß mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Hundhammer anschließen; denn wir müssen Klarheit be-kommen. Sind die vorgebrachten Anschuldigungen wahr, dann kann das hohe Haus gar nicht anders beschließen, als die Immunität aufzuheben. Wir können uns nicht schützend vor Dinge stellen, die wir nach außen hin nicht vertreten können. Aus diesem Grunde wird auch meine Fraktion beantragen, der Aufhebung der Immunität zu-zustimmen.

II. Vizepräsident: Inzwischen ist dem Präsidium fol-gendes Schriftstück zugeleitet worden:

Die unterzeichneten Mitglieder der Fraktion der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung erklären hier-mit den Austritt aus derselben und bilden ab so-fort eine Fraktion unter dem Namen „Der Deutsche Block“.

Unterzeichnet: Messinger, Eugmair, Leopoldt, Meißner, Moske.

(II. Vizepräsident)

Das Wort hierzu hat der Herr Abgeordnete **Kleffinger** erbeben.

Aleffinger (DBL): Meine verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte hier nur feststellen, daß wir nicht mehr der **WLB** angehörten, sondern nur mehr Fraktionsgemeinschaft hatten. Wir haben es mit dieser Partei versucht, die ich hier als **Gangsterpartei** bezeichnen möchte,

(Hört, hört!)

sind aber gescheitert, weil in der **WLB** die schlechten Elemente mit Schleichtheit sich leichter durchsetzen können als die anständigen.

(Hört, hört!)

Ich möchte hier feststellen, daß wir in dieser Partei nichts mehr zu suchen haben und auch mit dieser Fraktion in keiner Gemeinschaft mehr zusammenarbeiten können. Wir werden in dieser neuen Fraktion, die Ihnen bekannt gegeben wurde, sauber und sachlich mit Ihnen arbeiten, um die Not des deutschen und des bayerischen Volkes lindern zu helfen. Wir sind junge Parlamentarier und haben keine Erfahrung, aber nehmen Sie unseren guten Willen hin, mit Ihnen daran zu arbeiten, daß das Leid und die Not unseres Volkes gemildert wird.

(Beifall.)

Nehmen Sie es uns nicht übel, wenn wir gerade durch unsere revoltierende Arbeit in der **WLB** manchen Wirbel hereingebracht haben! Es ist aber unserem ehrlichen Willen und unserer Anständigkeit nicht gelungen, Sauberkeit zu schaffen. So haben wir uns getrennt und wir werden in Zukunft hier nicht mehr solche Sachen erleben müssen, wie bisher in der **WLB** üblich waren; denn sie wird früher oder später sowieso in sich zerfallen.

II. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen in dieser Sache nicht mehr vor.

Der Ausschuss hat dem Hause vorgeschlagen, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Es ist aber inzwischen ein Antrag eingebracht worden, im Gegensatz zum Beschluß des Ausschusses die Strafverfolgung zu genehmigen und die Immunität aufzuheben. Ich lasse über den zweiten Antrag zuerst abstimmen, weil er nach meiner Meinung der weitergehende ist.

Die Mitglieder des Hauses, die der Auffassung sind, daß die Immunität des Abgeordneten **Weißner** aufzuheben ist und die Möglichkeit zur Strafverfolgung gegeben werden soll, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

(Dr. **Sacherbauer:** Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete **Dr. Sacherbauer**.

Dr. Sacherbauer (CSU): Ich wollte darauf hinweisen, daß an sich nur über den Antrag des Staatsanwalts, die Immunität aufzuheben, abgestimmt werden kann. Deshalb muß ich jetzt bitten, festzustellen, daß damit über den Antrag des Staatsanwalts eine Entscheidung getroffen ist. Die Abstimmung geht sonst formell nicht in Ordnung.

II. Vizepräsident: Ich stelle mit Zustimmung des Hauses fest: Mit dem Beschluß ist dem Antrag des Staatsanwalts Rechnung getragen und ihm zugestimmt worden. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Wir fahren nunmehr in der Tagesordnung fort.

Mündliche Berichte des Ausschusses für Verfassungsfragen zu den Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

1. vom 3. September 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von **Ludwig Berndt** in **Ergoldsbach** (Beilage 835),

2. vom 29. September 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von **Wilhelm Ackermann** in **Nördlingen** (Beilage 836).

Berichterstatter ist in beiden Fällen der Abgeordnete **Scheffeaß**. Ich erteile ihm das Wort.

Scheffeaß (CSU): Meine Damen und Herren! Ich habe zu referieren über die Beilagen 835 und 836.

In Beilage 835 handelt es sich um ein Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs an den Bayerischen Landtag betreffend die Verfassungsbeschwerde eines gewissen **Ludwig Berndt** in **Ergoldsbach**. Berndt macht in dieser Verfassungsbeschwerde geltend, daß das sogenannte Reichsleistungsgesetz verfassungswidrig sei. Der Verfassungsgerichtshof hat diese Verfassungsbeschwerde dem Bayerischen Landtag mit der Bitte überwiesen, dazu Stellung zu nehmen, und zwar auf Grund des § 54 Abs. 3 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof. Dieser sieht vor, daß dem Bayerischen Landtag Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden soll, wenn ein Gesetz für verfassungswidrig erklärt werden soll bzw. wenn seine Verfassungswidrigkeit von einem Beschwerdeführer behauptet wird. Der Verfassungsausschuss ist zu folgender Ansicht gelangt:

Der Zweck der Vorschrift des § 54 Abs. 3 des Verfassungsgerichtshofgesetzes ist, dem Bayerischen Landtag als Gesetzgebungsorgan in Bayern Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wenn ein von ihm beschlossenes Gesetz für verfassungswidrig gehalten wird. Nur insoweit kann er als Beteiligter im Sinne der genannten Gesetzesvorschrift betrachtet werden. Das Reichsleistungsgesetz ist aber kein vom Landtag beschlossenes bayerisches Gesetz, sondern ein früheres Reichsgesetz.

Die Beilage 836 betrifft ebenfalls eine Verfassungsbeschwerde, nämlich die des **Wilhelm Ackermann** in **Nördlingen**. Er macht die Verfassungswidrigkeit von drei Gesetzen geltend und zwar des bayerischen Lizenzierungsgesetzes vom September 1946, des Gesetzes über die mißbräuchliche Rechtsberatung und der Vorschrift des § 157 ZPO.

Auch hier hat der Verfassungsgerichtshof folgenden Standpunkt eingenommen:

Der Zweck der Vorschrift des § 54 Abs. 3 des Verfassungsgerichtshofgesetzes ist, dem Landtag als dem Gesetzgeber in Bayern Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, falls bezüglich eines von ihm beschlossenen Gesetzes die Verfassungswidrigkeit behauptet wird.

Das bayerische Lizenzierungsgesetz ist aber bereits vor Inkrafttreten der neuen Verfassung durch den bayerischen Ministerrat in eigener Zuständigkeit auf Grund Vollmacht durch die Befehlsmacht erlassen worden. Gemäß § 54 Abs. 3 des Verfassungsgerichtshofgesetzes ist der Staatsregierung sowieso auch durch den Verfassungsgerichtshof Gelegenheit zur Stellungnahme hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zu geben.

(Scheffel [CSU]) ...

Die beiden anderen Gesetze sind frühere Reichsgesetze ...

Sch. bitte Sie über Empfehlung des Ausschusses zugestimmen ...

II. Vizepräsident: Das Wort hat hier der Abgeordnete Dr. Dehler ...

Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich Sie in dieser Sache aufhalten muß ...

Ich meine, man muß die Frage so formulieren: Wenn eine Gesetzesmaterie in Frage steht, die dem Landtag zukommt ...

Nun behauptet jemand, dieses Reichsgesetz stehe mit der Bayerischen Verfassung im Widerspruch ...

den! Warum? Weil wir schon als (Landtags) die Pflicht haben, zu prüfen, ob das Reichsleistungsgesetz mit unserer Verfassung übereinstimmt oder nicht ...

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten, daß Gesetze die vom anderen Stellen erlassen worden sind, jetzt nicht unterstehen ...

Dann gibt es noch eine dritte Kategorie von Bestimmungen, die insoweit einschlägig sind ...

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner ...

Meine Damen und Herren! Ich bedauere, mich der Auffassung meines sehr verehrten Freundes Dr. Dehler nicht anschließen zu können ...

(Dr. Hoegner [SPD])

obliegt es, derartige Fragen, wie sie uns heute vorgelegen sind, zu entscheiden.

Inwieweit besteht nun ein Mitwirkungsrecht und eine Mitwirkungspflicht des Bayerischen Landtags? Im Verfassungsgerichtshofgesetz ist der allgemeine Grundsatz festgelegt, daß Beteiligte vom Verfassungsgerichtshof zu hören sind. Wann ist nun der Bayerische Landtag an irgend einem Streit vor dem Verfassungsgerichtshof beteiligt? Meines Erachtens nur insoweit, als der Landtag selbst ein Gesetz erlassen hat, das vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten wird. Nur in diesem Fall kann man davon sprechen, daß ein rechtliches Interesse daran besteht, daß der Landtag seiner Meinung Ausdruck verleiht, inwieweit und aus welchen Gründen er ein Gesetz, das vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten wird, nicht für verfassungswidrig gehalten hat.

Ganz anders aber steht es mit Gesetzen, die vor dem Inkrafttreten des Landtags erlassen worden sind. Der Landtag ist doch nicht daran beteiligt, wenn heute irgend ein früheres Reichsgesetz, z. B. das Reichsleistungsgesetz oder gar die alte ZPD, vor dem Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig bezeichnet wird. Man kann hier doch den Landtag nicht deshalb für beteiligt erklären, weil er als Gesetzgeber tätig werden müßte, wenn ein solches Gesetz nachträglich als verfassungswidrig bezeichnet wird. Insoweit liegt meines Erachtens noch keine Beteiligung vor. Es ist vielleicht eine potentielle Beteiligung, aber keine im Sinne des Verfassungsgerichtshofgesetzes. Würden wir so weit gehen, wie der sehr verehrte Kollege Dr. Dehler vorgeschlagen hat, so würde der Landtag nahezu in jeder Frage, die vor dem Verfassungsgerichtshof spielt, eine Art Meinungsäußerung, ein Gutachten, abzugeben haben.

(Scheffed: Sehr richtig!)

Nach unserer Verfassung ist aber der Landtag keine Gutachterbehörde. Er ist im Sinne des Gesetzes nur beteiligt, wenn er in einem Falle, der vor dem Verfassungsgerichtshof spielt, selbst als Gesetzgeber tätig geworden ist.

II. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Vorredners noch aus einem anderen Grunde anschließen und seiner Stellungnahme beipflichten. Wenn wir das Ausübnisrecht des Landtags bei schwebenden Problemen in dieser Form für uns reklamieren, kommen wir in eine Entwicklung hinein, die uns unter Umständen zu öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Verfassungsgerichtshof führt. Ich glaube, das wäre nicht wünschenswert und nicht zweckmäßig, weder im Interesse der Unabhängigkeit und des Ansehens des Verfassungsgerichtshofs, noch im Interesse des Landtags selbst. Wenn wir im Landtag der Meinung sind, daß ein Gesetz nicht zu Recht besteht, haben wir es in der Hand, die entsprechenden Beschlüsse im Landtag zu fassen und hier unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Deshalb halte ich es für richtig, dem uns heute vorliegenden Ausschußbeschuß zuzustimmen.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (CSU): Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Abgeordneter. Die Frage, wer Beteiligter ist, ist eine reine Rechtsfrage. Die Abgrenzung geschieht vor allem im Verwaltungsrechtswege oft mit großer Subtilität. Es macht manchmal auch große Schwierigkeit, zu entscheiden, wer nur Interessent und wer echter Beteiligter ist. Wir haben bei den Beratungen des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof uns diese Frage auch ernstlich überlegt. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich zu diesem Punkt sogar ähnliche Ausführungen gemacht, wie sie heute vom Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner vorgetragen worden sind. Nicht immer, wenn man Interessent ist, ist man auch Verfahrensbeteiligter. Tatsächlich kann der Landtag als Beteiligter am Verfahren nur insoweit in Frage kommen, als er an der Schaffung des Gesetzes beteiligt ist, dessen Gültigkeit umstritten ist. Der Landtag hat als politisches Organ des Staates die Möglichkeit, durch politische Entscheidungen, durch politische Willenssetzung rechtliche Vorschriften, die ihm nicht konvenieren, abzuändern oder außer Kraft zu setzen. Deshalb bin ich — und ich darf wohl sagen, daß ich auf diesem Gebiet als Sachkenner anzusprechen bin — der Meinung, daß man dem Antrag des Ausschusses voll zustimmen kann.

II. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Scheffed.

Scheffed (CSU): Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht mehr lange aufhalten, sondern mich nur noch ganz kurz äußern. Die Materie ist sehr kompliziert. Ich möchte bei den Mitgliedern des hohen Hauses, die keine Fachleute sind, nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß mit der Annahme des Antrags der Verfassungsgerichtshof verhindert wird, über die Verfassungsmäßigkeit oder die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zu entscheiden. Er soll selbstverständlich darüber entscheiden, ob ein bayerisches Gesetz oder ein früheres Reichsgesetz mit der bayerischen Verfassung im Einklang steht. Die Frage ist nur die, ob der Bayerische Landtag sich hierzu äußern soll. Überlegen Sie die Konsequenzen! Wenn Sie diesen Antrag nicht annehmen, sind die Mitglieder des Verfassungsausschusses und Sie selbst zu bedauern. Wir hätten dann nämlich alle Verfassungsbeschwerden, die zum Verfassungsgerichtshof kommen, im Verfassungsausschuß und auch hier im Plenum zu behandeln. Um sie zu bewältigen, könnten wir Tag und Nacht permanent tagen. Ich bitte Sie, dies zu bedenken. Es ist unmöglich, mit der Ablehnung des Ausschußantrags diese Konsequenz zu übernehmen.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (SPD): Meine Damen und Herren! Lassen Sie sich nicht durch das Schrecken, was der Abgeordnete Scheffed Ihnen gesagt hat! Es wird nicht sehr viele Verfassungsbeschwerden geben. In der ersten Zeit werden einige grundlegende Fragen zu klären sein, während man sich in der Folgezeit immer wieder auf eine frühere Stellungnahme beziehen können.

(Zuruf: Es liegen schon 66 Fälle vor.)

— Die werden sich zu 80 Prozent decken; denn es werden die gleichen Fragen sein. Wenn es ein halbes Duzend Probleme sind, wird das viel sein. Es besteht auch keine

(Dr. Dehler [FDP])

Pflicht, daß wir uns äußern, sondern der Verfassungsgerichtshof muß uns nur die Möglichkeit zur Äußerung geben. Wir brauchen nicht zu jeder dummen Eingabe Stellung zu nehmen, sondern können das ablehnen oder auf eine frühere Stellungnahme verweisen.

Ich glaube, es ist das Verdienst des Herrn Dr. Hoegner, daß er das Problem klarer herausgestellt hat, als ich es getan habe. Es handelt sich darum: Inwieweit ist der Landtag an einem Streit vor dem Verfassungsgerichtshof beteiligt? Nach Meinung des Vorredners und auch des Ausschußreferenten ist er nur insoweit beteiligt, als er ein Gesetz erlassen hat. Herr Kollege Dr. Hoegner meint, es handle sich nur um eine potentielle Beteiligung, wenn nach meiner Auffassung der Landtag verfahrensbeteiligt auch in dem Fall sein soll, daß das umstrittene Gesetz von einem anderen als dem Bayerischen Landtag erlassen worden ist, aber noch besteht. Ich sage darauf: Nein. Wenn der Tatbestand vorliegt, daß eine von einem anderen erlassene Gesetzesbestimmung noch in Kraft ist, aber die Möglichkeit eines Widerspruchs mit der Verfassung besteht, sind wir wirklich beteiligt; denn dann wird uns der Vorwurf gemacht: Du, Landtag, hast deine Pflicht verletzt und hast eine Bestimmung in Kraft gelassen, obwohl sie verfassungswidrig ist. Dazu müssen wir uns doch äußern können. Wir haben ein rein praktisches Interesse daran, gehört zu werden, daran, daß uns der Verfassungsgerichtshof diese Beschwerden zuleitet, damit wir sagen können: Landtag, hier ist dir etwas entgangen, hier hättest du tätig sein sollen! Wir sind beteiligt, wenn behauptet wird, daß ein Gesetz, das noch in Kraft ist, verfassungswidrig ist.

(Dr. Lacherbauer: Das können wir ändern, da brauchen wir nicht den Verfassungsgerichtshof.)

— Aber wir müssen das doch erfahren. Wir wollen es wissen, wenn jemand ernstlich behauptet und den Landtag beschuldigt, daß er ein Gesetz in Kraft gelassen hat, obwohl es verfassungswidrig ist. Was in einem Teil dieser Eingaben vorgetragen wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich bin nicht rechthaberisch, aber ich glaube, Sie müssen dem Gedanken, den ich vertrete, Rechnung tragen. Wir brauchen die Ungelegenheit nicht zu überstürzen. Geben Sie die Sache dem Verfassungsausschuß noch einmal zurück, damit wir alle Möglichkeiten bedenken können.

II. Vizepräsident: Es sind keine weiteren Redner vorgemerkt. Wir kommen zur Abstimmung. Der Bericht des Ausschusses liegt Ihnen vor.

Herr St i n g l w a g n e r !

Stinglwagner (CSU): Zur Geschäftsordnung! Es liegt hier noch der Abänderungsantrag vor, die Sache an den Ausschuß zurückzuverweisen.

II. Vizepräsident: Herr Dr. Lacherbauer zur Geschäftsordnung!

Dr. Lacherbauer (CSU): Wir können hier beschließen, was wir wollen, die Frage, wer beteiligt ist, ist eine Rechtsfrage und wird nicht im Landtag, sondern jeweils vom Verfassungsgerichtshof entschieden werden. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Es ist nur ein Wunsch, der geäußert wird.

(Dr. Dehler: Wenn wir den Ausschußbeschuß annehmen, verzichten wir auf unser Recht.)

— Das ist nicht richtig. Wir können uns jederzeit beteiligen. Ob wir zu Recht beteiligt sind oder nicht, entscheidet der Verfassungsgerichtshof, wenn er die Endentscheidung trifft. Denken Sie doch an den Verwaltungsgerichtshof!

II. Vizepräsident: Wer sich dem Antrag anschließen will, die Sache an den Verfassungsausschuß zurückzuweisen, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke, das ist die Mehrheit; es ist so beschloffen. Die Materie geht an den Ausschuß zurück.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Oktober 1947 betreffend Verfassungsbeschwerde von Dr. Hugo Maria Kellner in Friedberg bei Augsburg (Beilage 837).

Herr Dr. De h l e r !

Dr. Dehler (FDP): Unser Beschluß bezieht sich doch auch auf die Beilagen 837 und 838. Das Problem ist hier das gleiche, denn auch hier haben wir den Standpunkt eingenommen, daß wir nicht Stellung nehmen wollen.

II. Vizepräsident: Es ist der Antrag gestellt, auch die weiter zur Behandlung stehenden Verfassungsbeschwerden an den Verfassungsausschuß zurückzuverweisen.

Herr Dr. Ho e g n e r !

Dr. Hoegner (SPD): Ich möchte auf eines aufmerksam machen: Der Verfassungsgerichtshof wünscht, daß wir vom Landtag aus bis zum 5. Dezember dieses Jahres eine Meinungsäußerung abgeben. Infolgedessen muß der Verfassungsausschuß in der nächsten Woche zusammenreten und die gleiche Frage, die er bereits behandelt hat, nochmals erörtern. Dann muß das Plenum vor dem 5. Dezember darüber abstimmen.

II. Vizepräsident: Das Haus hat für die beiden ersten Fälle beschloffen, daß die Materie an den Verfassungsausschuß zurückzugeben ist. Es handelt sich nun darum, ob die nächsten beiden Fälle, die die gleiche Materie betreffen, ebenso zu behandeln sind.

(Dr. Dehler: Punkt 3 kann behandelt werden!)

Es fehlt der Herr Berichterstatter, so daß die Anlegenheit nicht behandelt werden kann.

(Dr. Dehler: Vielleicht kann ich kurz darüber berichten.)

— Wenn das Haus einverstanden ist, wird Herr Kollege Dr. De h l e r die Berichterstattung übernehmen. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Dehler (FDP) [Berichterstatter]: Dr. Hugo Maria Kellner in Friedberg bei Augsburg hat behauptet, die durch die Ministerien getroffene Regelung der Dienststunden stelle eine Verfassungsv verletzung dar. Es liege darin eine Änderung des Haushaltsplans, weil im Haushaltsplan — das ist der Sinn seiner Darlegungen — die Vergütung für eine bestimmte Dienstzeit ausgesetzt sei. Wenn man die Dienstzeit verkürze — es geschah damals wegen der

(Dr. Dehler [FDP]).

Stromsperre —, werde die Verfassung verletzt.

Ich glaube, diese Beschwerde ist nicht ernst zu nehmen. Der Verfassungsausschuß hat deshalb beantragt, zu beschließen, daß nach seiner Ansicht durch die fragliche Verfügung kein verfassungsmäßiges Recht im Sinne der Art. 120 oder 98 Satz 4 der Bayerischen Verfassung verletzt worden ist, daß auch keine Änderung des Haushaltsplangefetzes oder seiner Ausführungsverordnung vorliege, sondern lediglich eine Regelung der behördlichen Dienststunden. Es ist herkömmlich, daß die Beamten dem Publikum nur innerhalb der Dienststunden zur Verfügung stehen. Wenn diese Dienststunden auf Grund der allgemeinen Notlage ebenso wie Arbeitsstunden innerhalb der Betriebe der Wirtschaft eingeschränkt werden, so kann dies unmöglich als Beeinträchtigung verfassungsmäßiger Rechte gewertet werden.

Ich bitte, diesem Beschluß zuzustimmen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wer dem Beschluß des Verfassungsausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Ich danke Ihnen, es ist so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung wird nun in Gleichschaltung zu dem bereits vom Hause gefaßten Beschluß zur nochmaligen Stellungnahme an den Verfassungsausschuß zurückgeleitet.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 826).

Berichterstatter ist Herr Dr. Winkler, ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren des hohen Hauses! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat in seinen beiden Sitzungen vom 29. Oktober und 4. November dieses Jahres den Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1947 bearbeitet und zu Ende geführt.

Der Vorsitzende, Kollege Dr. Stang, leitete die Beratungen ein mit einem Wort Rathenaus, daß die Wirtschaft unser Schicksal sei, und fügte von sich aus hinzu, die Wirtschaft sei ein feiner Organismus, und das Schicksal des Volkes hänge zum großen Teil von seiner richtigen Verwaltung ab. Auf die richtige Einstellung des Volkes zu seiner Wirtschaft und der Träger der Wirtschaft komme es vor allem an.

Der Berichterstatter begann seine Ausführungen damit, daß im Haushalt des Staatsministeriums das unterste Glied der dreiteiligen Verwaltung fehlt, nämlich die Wirtschaftsämter bei den Oberbürgermeistern und Landräten, weil diese Ämter von den Stadt- und Landkreisen bezahlt werden. Die beiden Berichterstatter erhoben keine Einwendungen gegen die Einnahmen in Kapitel 601, und so wurden diese Einnahmen genehmigt.

Ich komme zu den Ausgaben bei Kapitel 601 A. Bei den fortdauernden persönlichen Ausgaben sprach der Berichterstatter als seine Überzeugung aus, daß der Haushalt sehr sparsam aufgestellt ist und viele Abstriche er-

folgt sind. Von den 2 Staatssekretären ist einer weggefallen; es sei aber erforderlich, den Posten aufzuführen, weil Staatssekretär Sedlmayr während eines Teil des Haushaltsjahrs noch im Wirtschaftsministerium im Dienst war. Bei den aufsteigenden Gehältern sind 5 Ministerialräte aufgeführt; hievon erhält einer als nichtpensionsfähige Zulage nach Art. 15 des Besoldungsgesetzes den Unterschiedsbetrag zur Besoldung nach Gruppe B 8. Der Regierungsvertreter des Finanzministeriums erläuterte diesen Ansaß. Einer der 5 Ministerialräte erhält auf Grund bindender früherer Zusage, über die nicht hinwegzukommen ist, die Bezüge eines Ministerialdirigenten, ohne es zu sein.

Der Mitberichterstatter unterstrich die Tatsache, daß das Wirtschaftsministerium, das früher nicht bestand, wenn auch die im Anhang aufgeführten Stellen wie Oberbergamt und Landesplanung schon vorhanden waren, im Haushalt 1947 einen Gesamtzuschuß von 14 918 000 Mark verlangt, gegenüber dem Vorjahr um 10 328 000 Mark mehr.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat die Mängel festgestellt, die in der Anlaufzeit vorliefen. Der Mitberichterstatter frag an, ob Gewähr dafür gegeben sei, daß das ganze Aufgabengebiet des Ministeriums jetzt und in Zukunft unter allen Umständen notwendig ist.

Der Herr Wirtschaftsminister war sich dessen bewußt, daß das Wirtschaftsministerium im Brennpunkt der öffentlichen Beobachtung steht. Wenn man den Vorwürfen nachgehe, die in der Vergangenheit erhoben wurden, sei festzustellen, daß sie bis zu einem gewissen Teil berechtigt waren und sich in erster Linie gegen die Landesstellen richteten. Auf der anderen Seite weiß der Minister auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit, daß ein Teil der Landesstellen bemüht ist, die Aufgaben ordentlich und zweckmäßig zu erfüllen. Der Vorgänger des jetzigen Ministers habe in mühsamer Kleinarbeit, die in der Öffentlichkeit nicht immer richtig beobachtet und bemerkt worden ist, versucht, Ordnung in diesen großen Organismus hineinzubringen, und es sei ihm gelungen, das engere Ministerium mit einer Reihe von ausgezeichneten Kräften zu besetzen. In den Landesstellen wurde, wo notwendig, zugegriffen und eine Änderung herbeigeführt. Diese Umorganisation sei noch nicht abgeschlossen. Zweck einer vernünftigen Organisation der Wirtschaftsverwaltung kann nur sein, die Selbstherrlichkeit gewisser Teilorganisationen aufzuheben.

Der Staatsminister beschäftigte sich sodann mit der Frage, ob die Landesstellen in ihrer bisherigen Form weiter bestehen bleiben können. Nach seiner Ansicht muß die Wirtschaftsverwaltung mehr dezentralisiert und eine Reihe von Aufgaben, die bisher bei den Landesstellen lagen, auf die Regierungswirtschaftsämter und, soweit tunlich, auf die Wirtschaftsämter verlagert werden, damit der Geschäftsmann nicht bei jeder Kleinigkeit nach München fahren muß. Das Ministerium kann die Lenkung der Produktion selbstverständlich nur im großen vornehmen. Die eigentliche Überwachung muß bei jenen Stellen liegen, die unmittelbar in der Nähe der Produktionsbetriebe liegen. Nach dieser Richtung sind die Überlegungen schon sehr weit fortgeschritten, und der Staatsminister hofft, in kurzer Zeit konkrete Maßnahmen durchführen zu können.

Eine weitere Frage sei, ob die Wirtschaftsämter und die Regierungswirtschaftsämter in ihrem bisherigen Da-

(Dr. Winkler [CSU]):

sein als Sonderbehörden aufrecht erhalten werden können. Die Landräte und Oberbürgermeister als politische Wahlbeamte müssen die Wirtschaftsämter mit dem ganzen Gewicht ihrer Persönlichkeit in der Hand haben. Wenn die Wirtschaftsämter in die Landratsämter bzw. die Stadtverwaltungen eingegliedert werden, kann der Landrat und der Oberbürgermeister seine ganze Persönlichkeit dafür einsetzen, daß die wenigen Güter zweckmäßig und gerecht verteilt werden. Zur Zeit haben die Landräte und Oberbürgermeister zwar die persönliche Aufsicht, aber keine sachliche Anweisungsbefugnis. Das muß geändert werden. Es ist beabsichtigt, die Wirtschaftsämter in die allgemeine Verwaltung einzugliedern. Bei den Regierungswirtschaftsämtern bestehen gewisse Bedenken gegen diese Absicht, die zur Zeit im Ministerium geprüft werden. Grundsätzlich ist der Wirtschaftsminister jedoch der Auffassung, daß auch die Regierungswirtschaftsämter eingegliedert werden sollen.

Ob es gelingt, den recht umfangreichen Personalstand zu verringern, hängt im letzten Grunde nicht von uns ab. Mindestens am Beginn des neuen Jahres wird die Bewirtschaftung auf weiter Ebene bizonal durchgeführt werden, und es ist möglich, daß dem Wirtschaftsministerium dann ein Teil seiner Aufgaben weggenommen wird und der Personalstand sich verkleinern läßt. Es kann aber auch das Gegenteil eintreten. Jedenfalls ist der Minister bestrebt, dafür zu sorgen, daß die Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt nicht alles auf der bizonalen Ebene bewirtschaftet, sondern auch den Ländern auf ihrem ureigensten Gebiet den notwendigen Spielraum läßt, ferner dafür, daß die Bewirtschaftung dort aufgehoben wird, wo sie wirklich keinen Sinn und Zweck hat. So hat es heute kaum einen Sinn, Rundfunkgeräte zu bewirtschaften. Der Staatsminister hofft, daß im kommenden Frühjahr die Produktion schon einen gewissen Stand erreicht haben wird. Das ist aber von Umständen abhängig, die heute noch nicht zu übersehen sind. Bayern wird seinen Einfluß dahin geltend machen, daß Frankfurt nur da zentral eingreift, wo es Sinn und Zweck hat.

Der Mitberichterstatter nahm an, daß nach den Ausführungen des Staatsministers schon im nächstjährigen Haushalt die Anforderung der Zentralverwaltung des Ministeriums gesenkt und auf das Notwendigste beschränkt werden kann. Im übrigen beantragte er Zustimmung.

Der Ausschuß genehmigte die persönlichen Ausgaben in Kapitel 601. Bei Titel 100, Beförderungen, Aufsteigende Gehälter — 5 Ministerialräte — wird hinzugefügt: Hier von erhält einer als (nichtpensionsfähige) Zulage nach § 15 des Befoldungsgesetzes den Unterschiedsbetrag nach Gruppe B 8.

Bei den sachlichen Ausgaben, Titel 200 bis 219, begrüßte der Berichterstatter, daß im Gegensatz zu anderen Ministerien Abstriche zu verzeichnen sind. Er wies darauf hin, daß im Untersuchungsausschuß von insgesamt nahezu 110 Dienstkraftwagen, wovon ungefähr 50 eigene Kraftwagen waren, die Rede war, während jetzt das Ministerium 28 und die 14 Landesstellen 34 Kraftwagen unterhalten, so daß eine sehr bemerkenswerte Verringerung eingetreten ist.

Über den Titel 218 — 12 500 Mark zur Verfügung des Staatsministers —, der nach einer Mitteilung von Oberlandesgerichtsrat Dr. Ruchtnier bereits zu einem

großen Teil verbraucht worden ist, entspann sich eine längere Auseinandersetzung, die auch die Dispositionsfonds anderer Ministerien und des Ministerpräsidenten sowie seines Stellvertreters zum Vergleich heranzog. Das Finanzministerium behielt sich vor, bei der Beratung des nächsten Haushaltsentwurfs die Frage der Dispositionsfonds einheitlich zu regeln. Der Regierungsvertreter nahm als Ausgangspunkt die Summe von 10 000 Mark an; es muß eine einheitliche Regelung getroffen werden.

Der Ausschuß beschloß, den Dispositionsfonds für den Minister von 20 000 auf 10 000 Mark zu senken.

Auf Antrag der Berichterstatter genehmigte der Ausschuß die sachlichen Ausgaben nach Kapitel 601 A.

Wir kommen zu Kapitel 601 B: Sammelansätze und allgemeine Haushaltsausgaben für den Gesamtbereich des Einzelplans VII. Die beiden Berichterstatter erhoben bei der Position: fortdauernde Ausgaben — persönliche Ausgaben — keine Einwendungen. Der Ausschuß genehmigte die Summe der persönlichen Ausgaben bei Kapitel 601 B.

Bei den sachlichen Ausgaben wünschten die beiden Berichterstatter Aufschluß über verschiedene Titel, vor allem über Titel 329, Zuschuß für Zwecke der Wirtschaftsforschung, über dessen Mittel nur mit Zustimmung des Finanzministeriums verfügt werden kann. Oberlandesgerichtsrat Dr. Ruchtnier erteilte Auskunft, daß über diese Mittel noch nicht verfügt und über die Anträge der Institute, vor allem eines Porzellaninstituts, noch nichts beschlossen sei.

Kollege Herrmann trat dafür ein, aus dem Titel 326 auch Fachschulen, etwa für die Glasindustrie oder die Gabelnzer Industrie, zu unterstützen, und unterstrich, daß Nordbayern, das 70 Prozent der Staatssteuern aufbringt, zwar keine Bevorzugung, wohl aber Gleichberechtigung beanspruchen darf.

Der Wirtschaftsminister betief sich darauf, daß er die Nöte der nordbayerischen Wirtschaft sehr genau kenne, deren sehr fortschrittliche Stimmung eine Bevorzugung nicht brauche und nicht wünsche, aber auch nicht benachteiligt werden wolle. Der Staatsminister verbürgte sich dafür, daß eine Benachteiligung unterbleibe.

Ministerialdirigent Dr. Ringelmann vom Finanzministerium gab Mitteilung über die Position 328: Zinszuschuß für oberbayerische Bergwerke in Höhe von 35 000 Mark. 1946 haben die Bergwerk-Hütten- und Salzwerte AG, die Oberbayerische Bergwerks AG für Penzberg und Hausham, ferner die Portlandzementwerke einen Kredit in Höhe von 1 Million Mark aus Mitteln der Bayerischen Staatsbank für Sonderbauprogramme erhalten. Die Staatsbank konnte diesen Kredit nur zu den üblichen Bedingungen gegen 4 1/4 Prozent Zins und 1 Prozent Tilgung gewähren. Die Bergwerkbetriebe wären damit schlechter gestellt gewesen gegenüber der sonst üblichen Gewährung von Krediten für Siedlungsunternehmungen, bei denen ein Satz von 2 Prozent Zins einschließlich der Annuität üblich ist. Aus diesem Grunde ist das Finanzministerium damit einverstanden gewesen, daß ein Zuschuß von 35 000 Mark gewährt wird, der die Zinsrate auf 2 Prozent ermäßigt. Der gleiche Satz ist auch für das Rechnungsjahr 1947 vorgesehen. Ein größeres Programm, das voraussichtlich 2,1 Millionen Mark Kreditierung erfordern wird, wird noch durchgeführt. Noch eine Reihe von anderen Unternehmungen schaffen Wohn-

(Dr. Winkler [CSU])

einheiten. Der Regierungsvertreter hat um Zustimmung zu dieser Position, da es den Unternehmern nicht möglich wäre, derartige Wohneinheiten mit einer Tilgungslast von 5¼ Prozent zu erstellen; sie sollten nicht ungünstiger als die anderen Siedlungsunternehmungen gestellt werden.

Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu den Ausgaben des Kapitels 601 B. Der Beschluß lautete: Die sächlichen Ausgaben nach Kapitel 601 B und die Summe des Zuschusses von 7 071 000 Mark nach Kapitel 601 werden genehmigt.

Wir kommen zu Kapitel 602 A: Landesstellen sowie Preisbildungsstelle. Staatsminister Dr. Seidel gab auf Anfrage bekannt, daß die Landesstelle Energie weggefallen, die Zahl der Landesstellen mit 13 unverändert geblieben ist.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Ruchner klärt den Rückgang der Einnahmen aus Titel 3 Gebühren und Strafen auf. 1946 wurden 4 303 700 Mark als Gesamteinnahme aller Arten eingeseht, während 1947 die Gesamteinnahmen nur 1 172 000 Mark betragen, also um 3 131 700 Mark weniger. Der Rückgang an Gebühren für die Zumeisung von Kontingenten und an Ordnungsstrafen ist darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaft den Übergang vom Umlagesystem, dessen Lasten viel zu hoch waren, zum Gebührensystem verlangt hat. Die Besatzungsmacht hat Zwangsmitgliedschaft auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr geduldet. Die Erhebung von kleinen Gebühren bis zu 1 Mark ist heute unwirtschaftlich und kostet mehr, als sie einträgt. Der Mitberichterstatter bedauerte, daß das Land den gesamten Zuschußbedarf von 3 491 000 Mark auf sich zu nehmen hat. Man wird sich darüber schlüssig werden müssen, ob derartige Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln überhaupt erträglich sind oder ob Einrichtungen wie die Landesstellen, die anscheinend immer noch notwendig sind, ihren Finanzbedarf nicht selbst aufbringen sollten. Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu den Einnahmen aus Kapitel 602 A. Der Beschluß lautete: Die Einnahme aus Kapitel 602 A wird genehmigt.

Abg. K a i f e r fürchtete einen gewissen Einfluß der Industrie auf die Preisbildungsstelle. Ein anderer Kollege hat den Minister, der Verteilung der Textilkontingente seine ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Der normale Verbraucher wird wieder mit Textilwaren versorgt werden können, wenn einmal eine Überprüfung dieser Kontingente stattfindet. Die bayerische Textilindustrie hat auch für die Ruhrbergarbeiter einen großen Teil des Bedarfs zu liefern.

Der Staatsminister nahm zusammenfassend Stellung zu den angeschnittenen Fragen: Die Herstellung einer vernünftigen Preisrelation ist eine vordringliche Aufgabe, die zur Zeit innerhalb eines Landes allein nicht gelöst werden kann. Es sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, diese Frage auch im Hinblick auf eine kommende etwaige Währungsreform zu lösen. Der Staatsminister kann noch nicht grundsätzlich dazu Stellung nehmen, schon weil auch die Wohnfrage erörtert werden müßte, die nicht nur sein Ressort berührt. Die Frage wird nicht nur in Bayern, sondern auch in Frankfurt intensiv erörtert, zumal sie weitgehende sozialpolitische Folgerungen hat. In der Angelegenheit der Kontingente gibt der Minister zu, daß der Normalverbraucher immer leer aus-

gegangen ist und nicht weiterhin so wie bisher benachteiligt werden kann. Das Ruhrpunktsystem stellt nicht nur an Nordrhein-Westfalen, sondern auch an die bayerische Wirtschaft erhebliche Anforderungen. Die Punkte, die abgegeben werden müssen, entsprechen einer Quartalsversorgung der bayerischen Bevölkerung. Aber Nordrhein-Westfalen hat nur 100 000 Flüchtlinge, Bayern 2½ Millionen. Die Träger der Sonderkontingente sind in Rheinland-Westfalen nicht so zahlreich und die Waren können dort viel besser zu Gunsten der Normalverbraucher verteilt werden.

Die Erhaltung und Stärkung der Grundstoffindustrie ist notwendig und die Arbeitslust der unter den augenblicklichen Verhältnissen dort eingesetzten Menschen muß gehoben werden. Es besteht Aussicht, daß gewisse Waren aus amerikanischen Armeelagern ausgegeben werden können. Zwei Kontrakte sind bereits abgeschlossen, die recht beträchtliche Mengen umfassen. Es ist anzunehmen, daß auch die zukünftigen Verträge sehr bedeutend sein werden. Allerdings ist die Verteilung dieser Waren, die aus amerikanischen Beständen stammen, wieder bizonal geregelt, so daß die britische Zone den gleichen Nutzen haben wird wie die amerikanische. In Bayern mit seiner großen Zahl von Flüchtlingen kommt möglicherweise der Normalverbraucher bei der Versorgung aus diesen Beständen zu kurz. Der Staatsminister versucht, das Interesse der bayerischen Normalverbraucher bei diesem Programm durchzusetzen, bevor es angelaufen ist. Auch die Handelskontingente werden gegenwärtig geprüft, ob zu Gunsten der Normalverbraucher etwas herausgeholt werden kann.

Was die Textilverorgung der Polizei betrifft, so ist bisher an die Land- und Grenzpolizei nur eine einzige Uniform ausgegeben worden, die bei Wind und Wetter ohne Regenschuh schon ganze zwei Jahre lang getragen werden mußte, da eine Versorgung mit Regenschuhen nicht rechtzeitig erfolgen konnte. Der Zustand bedarf einer Abhilfe, und das Ministerium beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Überprüfung. Im übrigen steht fest, daß die Landpolizei auf 10 000 Mann erhöht werden soll.

Ein Kollege bestätigte unter Zustimmung des Berichterstatters, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß die Landesstelle Mineralöle in Ordnung befunden und Beanstandungen nicht anzubringen hatte.

Die Straßenverkehrsämter sind laufend kontrolliert worden.

Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu den persönlichen und sächlichen Ausgaben in Kapitel 602 A. Der Beschluß lautete: Die Ausgaben in Kapitel 602 A werden genehmigt.

Hier darf ich darauf hinweisen, daß im Haushaltplan, der Ihnen vorliegt, Seite 14 in Spalte 4 1946 als Zuschuß 399 500 Mark festgestellt sind. Hier liegt nicht ein Zuschuß, sondern ein Überschuß vor. Dies entspricht auch der Fußnote zu Beilage 826, wo die Druckfehlerberichtigung durchgeführt ist.

Ich komme zu Kapitel 602 B: Regierungswirtschaftsämter. Nachdem die beiden Berichterstatter gegen die Einnahmen keine Erinnerung hatten, genehmigte der Ausschuß den Einnahmeveranschlag in der vorgesehenen Höhe.

Zu den Ausgaben hat der Berichterstatter um Begründung der in Titel 100 und 103 vorgesehenen 41 Be-

(Dr. Winkler [CSU])

amten- und 420 Angestelltenstellen. Weiterhin stellte er fest, daß der Vorstand jedes Regierungswirtschaftsamtes Regierungsdirektor werden soll, dem 2 Oberregierungsräte und bei den größeren Ämtern 2 Regierungsräte, bei den kleineren 1 Regierungsrat beigegeben werden soll. Der Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen, Regierungsdirektor Dr. Barbarino, gab erneut eine bereits bei der Beratung der vorgriffsweisen Stellenbesetzung vorgetragene Erklärung ab. Der Haushaltsausschuß möge den Beschluß fassen, daß die Besetzung der Stellen so lange ausgesetzt werde, bis die Frage der Eingliederung der Regierungswirtschaftsämter in die Regierungen geklärt ist.

Staatsminister Dr. Seidel erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Das Hauptbedenken gegen die rasche Unterstellung der Regierungswirtschaftsämter unter die Regierungen sei die Frage, ob die Regierungswirtschaftsämter weiterhin bayerische Dienststellen bleiben oder weitgehend vom Wirtschaftsrat in Frankfurt abhängig würden. Persönlich vertrat er die Meinung, daß Bayern seine Wirtschaftsverwaltung ruhig nach seiner Auffassung gestalten solle. Sollte sich herausstellen, daß man sie nicht durchsetzen könne, so wäre immer noch Zeit zu einer Änderung.

Der Mitberichterstatter fragte, wer in Bayern für die Durchführung der Beschlüsse des Wirtschaftsrats in Frankfurt verantwortlich sei. Staatsminister Dr. Seidel beantwortete diese Frage dahingehend, daß dies der Wirtschaftsminister sei.

Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Titel 100 und 103 der Ausgaben in der vorliegenden Form zu genehmigen, jedoch die Besetzung der Stellen so lange auszusetzen, bis die Frage der Eingliederung der Regierungswirtschaftsämter in die Regierungen geklärt ist.

Ich komme zu den sächlichen Ausgaben dieses Kapitels. Der Vorsitzende erinnerte zunächst an den Beschluß des Haushaltsausschusses, 10 Prozent der fortlaufenden Ausgaben einzusparen und weitere 5 Prozent nur in dringenden Fällen und erst nach Zustimmung des Finanzministers freizugeben. Diese Bestimmung gilt für alle sächlichen Ausgaben eines jeden Ministeriums.

Der Berichterstatter erkundigte sich nach der Notwendigkeit der in Titel 208 vorgesehenen 20 Kraftwagen. Der Mitberichterstatter fand die in Titel 209 aufgeführten Reisekosten mit 143 000 Mark etwas hoch. Oberlandesgerichtsrat Ruchner gab zu bedenken, daß bei den Regierungswirtschaftsämtern auf ausdrückliches Verlangen der Besatzungsmacht ein umfangreicher Revisionsapparat eingeschaltet worden sei, der 60 von den insgesamt 420 Köpfen umfasse. Diese Revisoren müßten zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch über einen entsprechenden Kraftfahrzeugpark verfügen. Die Höhe der Reisekosten sei ebenfalls dadurch bedingt. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß unter Titel 500 die Beschaffung weiterer 19 Kraftwagen vorgesehen sei, und erkundigte sich, ob diese 19 Wagen zu den vorhandenen 20 noch hinzukämen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums bejahte dies.

Abg. Krempel fragte nach den Aufgaben der Revisionsbeamten. Besonders auf dem Gebiete des Textilwesens sei eine strenge Überprüfung der Lager bei den Fabrikanten und Großhändlern dringend erforderlich.

Der Vorsitzende unterstrich die Ausführungen des Abgeordneten Krempel und wies auf dieselben Miß-

stände bei den Großhändlern auch auf dem Gebiet der Schuhversorgung hin.

Staatsminister Dr. Seidel gab bekannt, daß im Wirtschaftsministerium zur Zeit Überlegungen im Gange seien, wie man diese Warenlager der Allgemeinheit zuführen könne. Die Revisionsbeamten, die etatrechtlich bei den Regierungswirtschaftsämtern eingesetzt seien, würden in der nächsten Zeit sehr viel zu tun bekommen. Allerdings könne man mit Revisionen allein das Problem nicht meistern; denn dann bräuhete man ein Heer von Revisoren. Das Ministerium werde aber alle Anstrengungen machen, diese übermäßigen Warenlager zu beseitigen. Teilweise seien 14 Monatsproduktionen auf Lager. Von den Produzenten werde eine ganze Reihe von Gründen für diese übermäßige Warenlagerung geltend gemacht, so z. B. bei der Textilwirtschaft, daß das notwendige Appreturmaterial, der notwendige Farbstoff usw. nicht vorhanden seien, daß die Ware für Exportaufträge vorgesehen sei usw. Ein Teil dieser Gründe sei sicherlich berechtigt. Die Revisionsstätigkeit müsse aber mit anderen Maßnahmen kombiniert werden, weil sonst ein fühlbarer Nutzeffekt nicht erzielt werden könne. Die Schuhe werden zonal bewirtschaftet. Dadurch sei ab Juli nur 50 Prozent der Produktion für den Verkauf freigegeben worden. Inzwischen sei erreicht worden, daß im Oktober 100 Prozent und ab November 200 Prozent der Produktion freigegeben würden. Damit würden in den nächsten Monaten der Bevölkerung eine recht beträchtliche Anzahl von Schuhbezugsmarken zugänglich gemacht, und es werde praktisch zu einer Auflösung der Lager bei den Einzelhändlern kommen. Es handle sich um rund 650 000 Paar Schuhe.

Kollege Hagen warf die Frage der Abgabe von Textilien aus amerikanischen Heeresbeständen auf. Dazu teilte Staatsminister Dr. Seidel mit, daß bereits zwei Kontrakte in Höhe von 4½ Millionen Dollar und 16 Millionen Dollar abgeschlossen worden seien.

Ein Kollege forderte eine stärkere Berücksichtigung der in Handwerk und Gewerbe tätigen Arbeitskräfte bei der Verteilung von Schuhen und Bekleidungsstücken. Es sei nicht einzusehen, aus welchen Gründen diese Leute übergangen würden und die Verteilung nur an die Gewerkschaften oder Großbetriebe erfolge.

Der Beschluß lautet: Die sächlichen Ausgaben werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt.

Ich komme zu den einmaligen Ausgaben. Der Berichterstatter bemerkte zu der in Titel 500 vorgesehenen Summe von 140 000 Mark für die Beschaffung von 19 Kraftwagen für den Ausbau des Revisionsapparates der Wirtschaftsstellen, ob denn so viele Prüfer vorhanden seien. Oberlandesgerichtsrat Ruchner stellte fest, daß der Prüfungsapparat mit 60 Köpfen voll besetzt sei.

Der Beschluß lautet: Die einmaligen Ausgaben und ebenso der Abschluß von Kapitel 602 B werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt.

Ich komme zu Kapitel 603 A, Staatliches Außenhandelskontor Bayern. Der Berichterstatter bat um Auskunft, wieso es hier zu einer Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 136 500 Mark komme.

Der Vorsitzende wünschte eine kurze Darstellung des Tätigkeitsbereichs des staatlichen Außenhandelskontors, das es früher nicht gegeben habe. Staatsminister Dr. Seidel führte dazu aus, daß im Wirtschaftsmini-

(Dr. Winkler [CSU])

sterium eine Abteilung Außenhandel bestehe, die sich nur mit den grundsätzlichen Fragen des Außenhandels beschäftige. In Anbetracht der Kompliziertheit der Ein- und Ausfuhrbestimmungen mußte der Industrie ein Instrument an die Hand gegeben werden, das diesen Apparat meisterte. Das sei die Aufgabe des Außenhandelskontors. Ohne das Außenhandelskontor wäre die Industrie in dem Wirrwarr der Bestimmungen nicht zurecht gekommen. Solange nicht wieder freier Import und Export möglich sei, werde das Außenhandelskontor seine Daseinsberechtigung haben. Hierzu berichtete Oberlandesgerichtsrat Ruchtn er ergänzend, daß der Personalstand des Außenhandelskontors auf Weisung der Militärregierung von 24 auf 49 und schließlich auf 93 Angestellte gehoben werden mußte. Aus diesem Grunde werde der vorgesehene Betrag von 282 000 Mark voraussichtlich auf 360 000 Mark erhöht werden müssen.

Der Beschluß lautet: Die Ansätze zu Kapitel 603 A werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt.

Ich komme zu Kapitel 603 B, Außenhandelsverbindungsstelle zum Kontrollrat in Berlin. Der Bericht er st a t t e r fragte bei Titel 100 an, seit wann hier schon ein beamteter Regierungsdirektor vorgesehen sei. Oberlandesgerichtsrat Dr. R u c h t n e r teilte dazu mit, daß der Regierungsdirektor seit April 1946 ernannt sei.

Der V o r s i z e n d e bat sodann um Aufschluß über die Aufgaben der Außenhandelsverbindungsstelle beim Kontrollrat in Berlin. Hierzu führte Staatsminister Dr. S e i d e l aus, daß die Außenhandelsverbindungsstelle zum Kontrollrat informatorischen Zwecken diene. Sie habe diese Aufgabe bisher sehr gut erfüllt. Dann regte er an, die Verbindungsstelle beim nächsten Haushalt auf ein anderes Resort zu übernehmen. Oberlandesgerichtsrat Dr. R u c h t n e r bemerkte ergänzend, Direktor von Holzhausen sei bereits von der Staatskanzlei übernommen worden.

Der Beschluß lautet: Die Ansätze zu Kapitel 603 B werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt. Der Abschluß des Kapitels 603 dient zur Kenntnis.

Ich komme zu Kapitel 604 A, Oberbergamt und Bergämter. Die Einnahmen werden nach dem gefaßten Beschluß in der vorgesehenen Höhe ohne Debatte genehmigt.

Der Berichterstatter äußerte den Wunsch, daß die Bergämter — das sind die früheren Berginspektionen — in Zukunft namentlich aufgeführt werden.

Bei den persönlichen Ausgaben verlautete, es sei wünschenswert, das Oberbergamt und die Bergämter mit mehr Kräften zu besetzen.

Der V o r s i z e n d e erkundigte sich, ob die Bergämter mit dem neuen Staatskommissar für die Erschließung von Kohlenfeldern zusammenarbeiteten. Diese Frage wurde von Dr. Seidel bejaht, der den engen Konnex zwischen Staatsbeauftragten und den Bergämtern hervorhob.

Der Beschluß lautet: Die persönlichen Ausgaben werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt.

Die sächlichen Ausgaben in der vorgesehenen Höhe genehmigt der Ausschuß.

Ich komme zu Kapitel 604 B, Bayerisches Geologisches Landesamt. Einnahmen sind nicht zu verzeichnen.

Bei den Ausgaben persönlicher Art erkundigte sich der Berichterstatter nach dem Grund der Erhöhung der persönlichen Ausgaben in Titel 100 um 10 000 Mark gegenüber dem Vorjahr. Der Mitberichterstatter fragte nach dem Aufgabenbereich des Geologischen Landesamtes, insbesondere darnach, ob die Bohrungen nach Erdölvorkommen dazugehören.

Staatssekretär im Wirtschaftsministerium G e i g e r teilte dazu mit, daß die Bohrungen, die der Erforschung der geologischen Struktur Bayerns dienen, unter Aufsicht des Geologischen Landesamtes durchgeführt werden. Da es sich um ein ziemlich großes Bohrprogramm handle, könne man nur dann zu einem ersprießlichem Abbau der Bodenschätze kommen, wenn man das Geologische Landesamt verstärke. Eine weitere Aufgabe des Geologischen Landesamtes sei die Schaffung einer geologischen Landeskarte. Die Bohrungen seien zur Zeit über 700 Meter tief geführt, ohne jedoch Öl zu finden. Dies sei jedoch keineswegs ein negatives Ergebnis, da es sehr wichtig sei, zu wissen, wie die Struktur des Bodens ist. Interessant sei, daß man auf drei Schichten von Kohle bei ungefähr 300 bis 400 Meter Tiefe gestoßen sei, deren Abbau sich aber nicht lohne.

Der Ausschuß stimmt den Ansätzen für die Einnahmen und die persönlichen Ausgaben zu.

Bei den sächlichen Ausgaben lautete der Beschluß ohne weitere Debatte: Die sächlichen Ausgaben werden in der vorgesehenen Höhe genehmigt.

Zu den einmaligen Ausgaben teilte Staatssekretär G e i g e r mit, daß die geologische und bodenkundliche Karte von Bayern in einem Atlas herausgegeben werden soll, der auch Einnahmen bringen werde. Die einmaligen Ausgaben wurden in der vorgesehenen Höhe genehmigt. Der Abschluß Kapitel 604 B und der Abschluß Kapitel 604 diene zur Kenntnis.

Ich komme zum Kapitel 605, Landesplanung, mit den fünf Außenstellen bei den Regierungspräsidenten in München, Augsburg, Ansbach, Regensburg und Würzburg. Der Mitberichterstatter erkundigte sich nach dem Aufgabenbereich der Außenstellen bei den Regierungspräsidenten. Hierzu bemerkte Oberlandesgerichtsrat Dr. R u c h t n e r, daß sie die einzelnen Planungsaufgaben in den Regierungsbezirken durchzuführen haben. Sie entscheiden darüber, ob ein bestimmter Betrieb in dem betreffenden Regierungsbezirk anzusiedeln ist oder nicht, während die Landesplanungsstelle die grundsätzlichen Fragen zu prüfen und zu klären hat, wie weit für Bayern zum Beispiel Industrie dieser oder jener Art wünschenswert ist, wie weit vor allem jetzt im Benehmen mit dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen Flüchtlingsindustrien anzusiedeln sind.

Die für die Landesplanung vorgesehenen Ausgaben wurden in der angegebenen Höhe genehmigt.

Wir kommen zu Kapitel 605, bisher Kapitel VII/11 A und 11 B, Devisenstelle München und Nürnberg. Hierzu teilte Regierungsdirektor Dr. B a r b a r i n o mit, daß der Haushalt der Devisenstelle München und Nürnberg im Haushalt des Finanzministeriums vorgesehen und bereits genehmigt sei.

Bei Kapitel 605, bisher Kapitel V/404, erkundigte sich ein Kollege darnach, mit welchem Geld die Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Erfassung von Rüstungsgut

(Dr. Winkler [CSU])

seinerzeit gegründet worden sei und ob für jedes Land eine eigene Gesellschaft existiere. Regierungsdirektor Dr. Barbarino teilte mit, daß die Gesellschaft zonal sei und eine bayerische Zweigstelle habe. Kollege Dr. Z w i c h n a g l bemerkte, daß es sich um ein Kapital von 20 000 Mark handle, an dem der Staat mit 12 000 Mark beteiligt sei.

Ein Kollege bemängelte es sodann, daß die Waren, die Firmen für ihre Arbeitskräfte vom Zentraleinkauf bekommen, nie an das Wirtschaftsamt gemeldet werden. Staatsminister Dr. Seidel bestätigte die Richtigkeit dieser Feststellung und begründete sie damit, daß der Zentraleinkauf seine Kontingente unmittelbar zugewiesen bekommt. Der Berichterstatter hielt es für notwendig, daß diese Zuteilungen auch in der Kartei des Wirtschaftsamtes vermerkt werden, weil sonst keine Kontrolle vorhanden sei. Staatsminister Dr. Seidel versprach, der Sache nachzugehen.

Kollege K r e m p l rügte weiterhin, daß durch diese Sonderkontingente die breite Masse nichts bekomme. Der Mittelstand dürfe nicht aufgesaugt werden und zugrunde gehen. Man könne die Ware auch über den Einzelhandel geben und den Arbeitern durch die Wirtschaftsämter mehr Punkte zuteilen. Aus diesem Grunde hat er den Wirtschaftsminister, auf dem Gebiet der Bewirtschaftung, doch einmal den normalen Weg über den Großhandel und den Einzelhandel zu gehen.

Nunmehr kommt ein Nachtrag. Regierungsdirektor Dr. Barbarino trug anschließend noch folgenden Punkt nach: Der Bayerische Landtag habe in seiner 17. Sitzung am 29. Mai 1947 folgenden Beschluß gefaßt:

Die Staatsregierung wird ermächtigt und beauftragt, sofort bis 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, mit welchem Betrag neben anderen bergbaulichen Unternehmungen vor allem noch unerschlossene oder ungenügend erforschte Kohlenfelder so untersucht werden sollen, daß sie im Sinne des Artikels 160 der Verfassung beziehungsweise des zu seiner Durchführung erlassenen ersten Gesetzes aufgeschlossen und in Betrieb genommen werden können.

Er müsse leider auch auf den Artikel 79 der Verfassung hinweisen, welcher besagt:

Eine Angelegenheit, welche Ausgaben verursacht, für die im festgesetzten Haushaltsplan kein entsprechender Betrag eingeseht ist, darf seitens des Landtags nur in Beratung gezogen und beschlossen werden, wenn gleichzeitig für die notwendige Deckung gesorgt wird.

Der Beschluß des Landtags sei seinerzeit den zuständigen Ministerien versehentlich nicht mitgeteilt worden.

Der Berichterstatter und der Abgeordnete K a i s e r waren der Ansicht, daß man die Neuerschließung von Kohle sehr wohl unter dem allgemeinen Gesichtspunkt des Wiederaufbaus betrachten und so etatsrechtlichen Schwierigkeiten aus dem Weg gehen könne. Kollege K r e m p l wollte dagegen den Begriff Wiederaufbau nur auf den Wiederaufbau zerstörter Städte beschränkt wissen. Die Städte können aus eigenen Mitteln diesen Wiederaufbau nicht leisten.

Der Mitberichterstatter hielt eine Hereinnahme des Betrags von 3 Millionen in die 50 Millionen

des außerordentlichen Haushalts für unbedenklich, da der außerordentliche Haushalt ebenso wie der ordentliche Haushalt auch nur bis zum 1. April 1948 laufe und die 50 Millionen für zerstörte Städte unmöglich bis zu diesem Zeitpunkt verbaut werden können.

Der einstimmige Beschluß lautete: Die Hereinnahme der 3 Millionen Mark zur Neuerschließung von Kohle in die 50 Millionen für den Wiederaufbau im außerordentlichen Haushalt wird genehmigt.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen ausführlichen Bericht.

Ich schlage nun dem Hause vor, die Sitzung abzubrechen, und zwar aus zweierlei Gründen: Der Herr Staatsminister für Wirtschaft wird heute Nachmittag seine Etatsrede halten. Wir können also jetzt nicht mehr in die Debatte eintreten. Außerdem weist das Haus solche Lücken auf, daß es schon mit Rücksicht darauf angezeigt erscheint, die Sitzung abzubrechen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. S t a n g.

Dr. Stang (CSU): Ich glaube, meine Herren, es ist doch notwendig, festzustellen, daß die schlechte Besetzung des Hauses davon herrührt, daß gleichzeitig mit unseren Besprechungen draußen in Freimann eine Vorführung auf dem Gebiet der Elektrifizierung unseres Landes stattfindet. Sehr viele Mitglieder dieses Hauses sind dort anwesend. Ich glaube, es ist notwendig, daß diese Feststellung hier getroffen wird, damit keine falschen Eindrücke über die Nachlässigkeit der Mitglieder dieses Hauses entstehen.

II. Vizepräsident: Die Sitzung wird heute Nachmittag um 3 Uhr fortgesetzt.

Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 23 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 5 Minuten durch den Präsidenten Dr. H o r l a c h e r wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren in der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für Wirtschaft fort.

Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. S e i d e l.

Staatsminister Dr. Seidel: Meine Damen und Herren! Aufgaben des Staates haben notwendig Ausgaben des Staates zur Folge. Diese Feststellung führt bei der Beratung eines Haushalts zwangsläufig zu der Frage, ob einer U s g a b e des Staates eine echte U s g a b e gegenübersteht, d. h. ob es berechtigt ist, den Staatsbürger für eine bestimmte Maßnahme und ein bestimmtes Verhalten der staatlichen Verwaltung mit einer finanziellen Bürde zu belasten. Die weitergehende Frage, ob für besondere Bereiche des öffentlichen Lebens eine besondere Verwaltung mit den sich aus ihr ergebenden Ausgaben überhaupt notwendig ist, hat heute eine besondere Bedeutung; es ist praktisch die Frage nach der Berechtigung der Sonderverwaltungen, die zur Zeit im staatlichen Leben eine wesentliche Rolle spielen.

(Staatsminister Dr. Seidel)

Niemand wird behaupten wollen, daß die Wirtschaftsverwaltung eine Sonderverwaltung sei. Der moderne Staat kann es sich bei der engen Wechselbeziehung zwischen Staat und Wirtschaft nicht leisten, die Wirtschaft völlig ihre eigenen Wege gehen zu lassen und sich jeden Einflusses auf sie zu enthalten. Der Haushalt eines Wirtschaftsministeriums wird deshalb auch in Zukunft immer Bestandteil des allgemeinen Staatshaushalts sein. Die Frage ist nur, in welchem Umfang die Einflußnahme des Staates ausgeübt werden und welchen Umfang infolgedessen die staatliche Wirtschaftsverwaltung annehmen darf. Diese Frage ist aber nichts anderes als die Frage nach der Wirtschaftsordnung; denn von der Art der Form und dem Wirkungsgrad der jeweiligen Wirtschaftsordnung hängt es ab, in welchem Ausmaße der Staat Aufgaben und damit Ausgaben im Bereiche der Wirtschaft übernimmt.

Das nationalsozialistische Regime hat uns — in letzter Vollendung mit Kriegsausbruch — die Befehls- oder Zwangswirtschaft gebracht. Zur politischen Diktatur gesellte es die Wirtschaftsdiktatur. Es ist ein bemerkenswertes Indiz unserer verworrenen Lage, daß die politische Diktatur zwar beseitigt ist, wenn sie auch auf Grund unserer völkerrechtlichen Situation noch keineswegs durch eine deutsche Demokratie ersetzt wurde, daß uns aber die Wirtschaftsdiktatur in der Form der Zwangswirtschaft geblieben ist.

Es kann als eine allgemeine Erkenntnis bezeichnet werden, daß wir im Augenblick wenigstens auf die Zwangswirtschaft noch nicht verzichten können. Es kann weiterhin als allgemeine Erkenntnis angesehen werden, daß diese Zwangs- oder Befehlswirtschaft weder etwas mit Planwirtschaft, so wie sie heute verstanden wird, noch etwas mit freier Wettbewerbswirtschaft, ebenfalls wie sie heute verstanden wird, zu tun hat. Es ist vielmehr so, daß wir ohne eine echte Wirtschaftsordnung leben, die unserer Zeit und unseren Bedürfnissen gemäß wäre. Die Spannungen, die sich aus diesem Zustand ergeben, sind bekannt. Auf der einen Seite wissen wir, daß die behördliche Befehlswirtschaft, bei der allgemeinen Mangellage, langsam aber sicher das Ansehen und die Autorität des Staates untergraben muß; auf der anderen Seite ist uns bekannt, daß eine neue Wirtschaftsordnung, die eine wirkliche Ordnung sein soll, nur denkbar und durchsetzbar ist, wenn eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sind, die wir aus eigenem Entschluß nicht schaffen können. Ich erinnere nur an die Wiederherstellung der Geldordnung und der deutschen Wirtschaftseinheit, die beide unerlässlich sind, wenn eine Wirtschaftsordnung gefunden werden soll, die von der Mehrheit des Volkes als sozial und gerecht empfunden wird.

Solche Überlegungen sind notwendig, wenn man den Ihnen vorliegenden Haushalt des Bayerischen Wirtschaftsministeriums für Wirtschaft und der ihm unterstellten Behörden auf seine Berechtigung untersucht. Man kann diesem Haushalt nur gerecht werden, wenn man berücksichtigt, daß er eine Wirtschaftsverwaltung zum Gegenstand hat, die auf einer behördlichen Zwangswirtschaft mit ihrem umfangreichen Aufgabengebiet beruht.

Wie Ihnen der Vortrag des Herrn Berichterstatters heute morgen gezeigt hat, beläuft sich der Etat des Beye-

rischen Wirtschaftsministeriums für Wirtschaft in den Ausgaben auf rund 16,5 Millionen Mark und in den Einnahmen auf 1,6 Millionen Mark, so daß der Zuschußbedarf aus allgemeinen Mitteln rund 14,9 Millionen Mark beträgt.

Von den Ausgaben machen die persönlichen mit 10,2 Millionen Mark den Hauptteil aus. Sie entsprechen rund 1,3 Prozent der gesamten Ausgaben des Staates für persönliche Dienstleistungen. Die Zahl der Staatsbediensteten im Etat des Wirtschaftsministeriums beläuft sich auf 1833, das sind 1,4 Prozent der Gesamtzahl der Staatsbediensteten Bayerns, d. h. der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Meines Wissens ist der Anteil der Wirtschaftsverwaltungen anderer Länder in dieser Beziehung höher, was als Beweis dafür gewertet werden darf, daß das bayerische Wirtschaftsministerium der bürokratischen Hypertrophie etwas mehr als anderswo Widerstand geleistet hat.

Ich weiß, daß statistische Zahlen nicht immer überzeugend sein können; ich möchte Ihnen aber trotzdem noch einige Zahlen nennen, die Ihnen zeigen sollen, in welchem Umfang die Wirtschaftsverwaltung durch Öffentlichkeit und Publikum z. B. in der Korrespondenz beansprucht wird. Die Zahl der Posteingänge der Wirtschaftsverwaltung (ohne Oberbergamt und Bergämter) belief sich 1946 auf 1,7 Millionen Stück, pro Arbeitstag also auf 5700, im 1. Halbjahr 1947 auf 1,1 Millionen Stück, pro Arbeitstag auf 7000. Das bedeutet, daß im Monatsdurchschnitt jeder Mitarbeiter der Verwaltung 1946 rund 120 Einkäufe, im 1. Halbjahr 1947 147 Einkäufe zu bearbeiten hatte. Bei dieser Berechnung ist kein Unterschied zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern der verschiedenen Stufen gemacht. In Wirklichkeit entfällt daher auf den verantwortlichen Beamten und Angestellten und den Referenten eine wesentlich höhere Zahl von Einkäufen, die er zu erledigen hat. In hohem Grade wird die Wirtschaftsverwaltung wie kaum eine andere Verwaltung auch durch persönliche Vorgespräche beansprucht; dies gilt namentlich für das Ministerium selbst. So schätzt z. B. die Landesstelle Baustoffe die Zahl der Besucher für 1946 auf 16 000 bis 20 000, für das erste Halbjahr 1947 auf etwa 7000 bis 9000, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die Hauptaufgaben des Wirtschaftsministeriums sind die Vorbereitung und die Durchführung der großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die Sicherung der allgemeinen Versorgung mit gewerblichen Bedarfsgütern, sowie die Überwachung und Förderung der gesamten gewerblichen Wirtschaft, das heißt der Industrie, des Handwerks und des Handels. Unsere Arbeit vollzieht sich dabei infolge der komplizierten verfassungsrechtlichen Struktur des heutigen Deutschlands auf verschiedenen Ebenen. Das Wirtschaftsministerium hat nicht nur mitzuwirken bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen und bei der Stellungnahme zu Beschlüssen und Entwürfen des Landtags, es hat auch mitzuwirken auf der Ebene des Länderrats in Stuttgart, soweit dieser auf wirtschaftlichem Gebiet noch zuständig ist; ferner bei der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt, und es hat nicht zuletzt auch die Zusammenarbeit mit der zuständigen Militärregierung durchzuführen. Auf all diesen Ebenen hat mein Ministerium die Interessen unserer bayerischen Wirtschaft wahrzunehmen und zu vertreten, es hat beratend und beschließend bei den Entscheidungen dieser Behörden mitzuwirken, und es hat andererseits

(Staatsminister Dr. Seidel)

deren Entscheidungen auch in die Praxis umzusetzen.

An diesen Aufgaben sind sämtliche Abteilungen des Ministeriums mehr oder weniger stark beteiligt. Ihre gesamte Tätigkeit ist durch diese Aufgabenstellung beeinflusst. Die Abteilungsgliederung im einzelnen ergibt sich aus folgenden Sachgebieten:

1. Produktionslenkung und Rohstoffplanung. Hier handelt es sich um die Lenkung der Grundrohstoffe wie Kohle, Eisen und Stahl, Textilien, Häute, Leder, Holz und dergleichen. Diese Abteilung muß besonders eng mit der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt zusammenarbeiten, da die meisten Grundrohstoffe bereits jetzt bizonal bewirtschaftet oder aber in der nächsten Zeit von der Verwaltung für Wirtschaft zur Bewirtschaftung übernommen werden.

2. Ein weiteres wichtiges Sachgebiet ist die grundsätzliche Regelung und Beaufsichtigung der Verteilung der Verbraucherwaren. Wichtiger ist natürlich die Produktion; aber solange die Erzeugung nicht ausreicht, ist die schnelle, zweckmäßige und rasche Verteilung nicht nur ein notwendiges Übel, sondern auch eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Wir wissen alle, daß sie an argen Mängeln leidet. Eine wirkliche Besserung hängt von folgenden Faktoren ab: von der Behebung der Grundstoffherzeugung, von der stärkeren Einfuhr ausländischer Rohstoffe und von der Hebung der Arbeitskraft und Arbeitsmoral der Bevölkerung.

In engstem Zusammenhang mit der Bewirtschaftung steht die Preisbildung. Sie ist grundsätzlich durch Gesetze des Kontrollrats und durch Richtlinien der Besatzungsmächte der Doppelzone zunächst auf die Methoden der Vergangenheit festgelegt. Ihre Änderung steht in innerem Zusammenhang mit einer etwaigen Währungsreform und ist auf die Dauer nicht mehr zu verschieben. Es gibt Anzeichen dafür, daß gewisse Änderungen der bisherigen, sehr starren Preisbildungspolitik erwogen werden.

3. Eine unserer wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben ist die Förderung des Außenhandels. Bei der Ausfuhr der Doppelzone steht Bayern, wenn man von der Kohle abieht, an der Spitze.

Der Wert der durch Vermittlung des Außenhandelskontors abgeschlossenen Ausfuhraufträge belief sich 1946 auf 98 Millionen Mark, in den ersten zehn Monaten 1947 auf 245 Millionen Mark. Die Anzahl der Ausfuhranträge hat sich von 45 im ganzen Jahr 1946 auf 2700 in den ersten Monaten von 1947 erhöht. Eine kräftige Ausfuhraktivität, für die Bayerns alte und gut eingeführte Exportindustrie die besten Voraussetzungen bietet, ist die Vorbedingung für die Einfuhr von unentbehrlichen Rohstoffen. Diese ist noch ungenügend in Gang gekommen. In der ganzen Doppelzone wurden in den ersten acht Monaten des Jahres für 21 Millionen Dollar Roh- und Halbwaren eingeführt, während für 107 Millionen Dollar einschließlich Kohle ausgeführt wurde. Hier muß mit Nachdruck die Forderung nach einer Revision des bisherigen Einfuhrverfahrens erhoben werden, wenn nicht aus verschiedenen Rohstoffklemmen eine tödliche Bedrohung der ganzen deutschen Industriewirtschaft erwachsen soll. Ich bemerke dabei ausdrücklich, daß bei den letztgenannten Zahlen der Wert der eingeführten Le-

bensmittel und des Benzins nicht einbegriffen ist; diese Posten werden aus den Haushalten der Besatzungsmächte der Doppelzone bezahlt und uns kreditiert.

4. Ferner sind kleinere Referate bzw. Abteilungen des Ministeriums vorhanden für die Betreuung der Organisationen der Wirtschaft, d. h. der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Wirtschaftsverbände, der Grundlagfragen des Handels, des Handwerks und der Genossenschaften.

5. Als Sonderaufgaben der Wirtschaftsverwaltung, die in engstem Zusammenhang mit unserem Zusammenbruch stehen, möchte ich die Reparations- und Demontagefragen und die Dekartellisierung nennen. Über die wirtschaftspolitische Seite der Demontage wurde dem Landtag vor kurzem berichtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir uns in absehbarer Zeit mit dieser Frage erneut beschäftigen müssen. Diese Aufgaben beanspruchen die zuständigen Referate des Ministeriums in zunehmendem Maße.

6. Eine wichtige Sonderaufgabe ist ferner die Landesplanung, die im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, vor allem dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen durchgeführt werden muß. Ihre Neuorganisation ist noch nicht befriedigend gelöst. Sie wird im Zusammenhang mit der Eingliederung der Flüchtlinge in das bayerische Wirtschaftsleben eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Die technische Durchführung der Bewirtschaftung ist Aufgabe der Bewirtschaftungsstellen, also des Landeswirtschaftsamtes, der Landesstellen und der Regierungswirtschaftsämter. Die Wirtschaftsämter als unterste Verwaltungsstufe stehen ebenso wie die Ernährungsämter nicht im Staatsetat.

Die Bewirtschaftungsstellen sehen sich, vielfach mit Recht, oft aber auch mit Unrecht, manchen Angriffen ausgesetzt. Sie haben keine dankbare Aufgabe. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Beobachtung ein großer Teil des Personals auch bei den Landesstellen mit Sachkunde und Hingabe seine Arbeit leistet. Die Arbeitslast der Bewirtschaftungsstellen ist eine außergewöhnliche; es wird Sie interessieren, hierzu einige Geschäftszahlen zu hören. Der Posteinlauf pro Arbeitstag betrug im ersten Halbjahr 1947 bei der Landesstelle für Eisen und Metalle rund 850, bei der Landesstelle Textil 400, bei der Landesstelle Kohle 365, bei der Landesstelle Holz 330, bei der Landesstelle Feinmechanik und Optik 290, bei der Landesstelle Papier 190, bei der Landesstelle Baustoffe 173. Er hat im allgemeinen seit dem Vorjahr noch zugenommen. Die Zahl der Anträge im 1. Halbjahr 1947 betrug bei der Landesstelle Feinmechanik und Optik 51 000, bei der Landesstelle Chemie 50 000, bei der Landesstelle Kohle 21 030, bei der Landesstelle Mineralöle 18 000 und bei der Landesstelle Baustoffe 15 000.

Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Bewirtschaftungsstellen, namentlich die Landesstellen, durch organisatorische und auch durch personelle Mängel in manchen Punkten an der Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert sind. Die Mängel lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

1. Bei den Landesstellen sind zu viele Aufgaben mit der Folge zentralisiert, daß häufig Kleinigkeiten eine beschwerliche Reise nach München notwendig machen.

(Staatsminister Dr. Seidel)

2. Die Landesstellen sind mit einer Selbständigkeit ausgestattet, die die Neigung verstärkt, im Rahmen ihres Fachgebietes ohne Berücksichtigung der Interessen der Gesamtwirtschaft Wirtschaftspolitik zu machen.

(Sehr richtig!)

3. Die Bewirtschaftungsstellen sind nicht selten mit Persönlichkeiten besetzt, die auf Grund ihrer Vergangenheit, ihrer persönlichen Beziehungen und ihrer beruflichen Absichten starke Bindungen an bestimmte Industriezweige oder gar an einzelne Industriebetriebe besitzen.

4. Die Vertretung Bayerns erfolgte in der Vergangenheit nicht selten in entscheidenden und wichtigen Fragen durch Persönlichkeiten, die sich gegen die mindere Bürokratie entweder nicht durchsetzen wollten oder nicht durchsetzen konnten.

(Sehr gut!)

5. Die Regierungswirtschaftsämter führen ebenfalls ein gefährliches Eigenleben ohne korrespondierende Kontrolle von oben nach unten und umgekehrt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß niemand im Hause und auch in der Wirtschaft diese Zusammenfassung der Mängel als übertrieben bezeichnen wird. Eine Erkenntnis ist aber wertlos, wenn nicht die Schlussfolgerung aus ihr gezogen wird.

Ich habe daher eine **B e r o r d n u n g** über die Wirtschaftsverwaltung in Bayern ausarbeiten lassen, die eine Beseitigung oder zumindest Milderung der Mängel zum Ziele hat und die den beteiligten Ministerien bereits zur Stellungnahme vorgelegen hat. Ich möchte Ihnen in diesem Stadium der Bearbeitung nur die **H a u p t g r u n d s ä t z e** bekanntgeben, von denen ich dabei ausgegangen bin:

1. Die bisherige Selbständigkeit der Landesstellen wird beseitigt,

(sehr gut! — ist auch notwendig!)

sie werden in ein **L a n d e s w i r t s c h a f t s a m t** als Abteilungen eingegliedert. Das Landeswirtschaftsamt muß mit einem kenntnisreichen, unabhängigen und energischen Leiter besetzt werden. Ich hoffe dadurch, eine stärkere Koordinierung der gesamten Bewirtschaftung, wie überhaupt der ganzen inneren Wirtschaftspolitik zu erreichen.

2. Die Regierungswirtschaftsämter und Wirtschaftsämter werden in die **i n n e r e** Verwaltung eingegliedert.

(Sehr gut!)

Die Einheit der bayerischen Verwaltung soll dadurch wieder hergestellt und gleichzeitig das Gewicht des politischen **W a h l b e a m t e n** eingeschaltet werden. Die Sachaufsicht über die betreffenden Ämter verbleibt selbstverständlich beim Ministerium bzw. dem nachgeordneten Landeswirtschaftsamt.

3. Schließlich wird der Grundsatz der **D e z e n t r a l i s i e r u n g** und der lokalen Kontrolle so weit als irgend möglich durchgeführt werden. Die Regierungswirtschaftsämter und Wirtschaftsämter, die den unmittel-

baren Kontakt mit den Nervenzellen der Wirtschaft haben, sollen so viele Aufgaben als möglich in eigener Verantwortung übertragen bekommen.

(Sehr richtig!)

4. Die bisherige Revisionsabteilung des Ministeriums und die Prüfungsstellen der Regierungswirtschaftsämter werden in ein **P r ü f u n g s a m t** mit dem Sitz im Ministerium zusammengefaßt, dem die Prüfung sowohl der Betriebe wie der Ämter obliegt. Es wurde festgestellt, daß eine enge Verbindung zwischen den Mängeln der Bewirtschaftung in den Betrieben und den Mängeln in der Verwaltung besteht. Die Prüfungsabteilung, die diese Mängel ohne Rücksicht auf die Verwaltung aufdecken soll, kann dies nur, wenn sie als Feststellungsbehörde von der Vollzugsbehörde unabhängig gemacht wird. Eine der wichtigsten Aufgaben der Prüfer wird sein, wieder auf eine ordentliche Buchführung, insbesondere auf eine ordentliche Mengenschlüsselbuchführung der Betriebe, hinzuwirken. Den Bewirtschaftungsorganen fehlt zur Zeit jeder zuverlässige Überblick über Bestand und Bewegung der Rohstoffe und Waren. Wir müssen in Zukunft die weitere Zuteilung von Rohstoffen und Waren an die Betriebe von einer ordnungsgemäßen Mengenschlüsselbuchführung abhängig machen.

(Sehr richtig!)

Die Zahl der vorhandenen Prüfer beträgt 45, während z. B. das Ernährungsministerium 80 Prüfer im Dienst hat. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß Niedersachsen sich vor kurzem von den Arbeitsämtern 100 Prüfer ausgeliehen hat, um in ähnlicher Weise das Bewirtschaftungssystem wirksamer zu machen.

Meine Damen und Herren! Der Ausgestaltung des Prüfungsamtes messe ich besonderes Gewicht deshalb bei, weil den **P r ü f e r n** im **K a m p f** gegen die **W a r e n h o r t u n g** eine besondere Aufgabe zufällt. Damit ist das Stichwort für ein Problem gegeben, dessen Bedeutung seit langem erkannt ist, zu dessen Lösung aber noch wenig getan wurde. Das Problem wird in seiner Tragweite besonders deutlich, wenn man einmal den Stand der industriellen Produktion feststellt und untersucht, ob denn diese Produktion wirklich so niedrig ist, daß sich mit ihr allein die ungenügende Versorgung der Bevölkerung erklären läßt.

Aus den Meldungen der Landesstellen und des Statistischen Landesamts kann man entnehmen, daß im ersten Halbjahr 1947 die **P r o d u k t i o n** gegenüber dem Jahre 1946 in Bayern vielfach recht beachtlich gestiegen ist. So z. B. in der Textilwirtschaft die **G a r n e r z e u g u n g** und **G e s p i n s t v e r a r b e i t u n g**, in der Eisen- und Metallindustrie die Erzeugung von **R o h e i s e n**, **R o h s t a h l** und **H a l b s t a h l**, von landwirtschaftlichen Geräten, **G e s p a n n p f l ü g e n**, **H u f e i s e n**, **K o n s e r v e n d o s e n**, von **R a d i o g e r ä t e n** und **R ö h r e n**, um nur einige Beispiele zu nennen. In der Glas- und Porzellanindustrie hat die Erzeugung von **F l a c h g l a s** und **H o h l g l a s** beachtlich zugenommen; die Produktion von **F l a s c h e n g l a s** war im ersten Halbjahr 1947 beinahe so groß wie im ganzen Jahre 1946. Auch die **m e d i z i n i s c h e G l a s p r o d u k t i o n** war befriedigend; desgleichen lag die Erzeugung von bewirtschaftetem Porzellan mengen- und stückmäßig im ersten Halbjahr 1947 nicht weit unter der des gesamten Jahres 1946. In diesem Falle ist allerdings zu beachten, daß der Hauptteil für Export- und Armeezwecke

(Staatsminister Dr. Seidel)

beansprucht wird. In der **Tabakindustrie** — und das wird Sie überraschen — übertraf die Erzeugung von Zigaretten und Zigarren im ersten Halbjahr 1947 ebenfalls die des gesamten Vorjahrs. Befriedigend ist auch die Erzeugung der **Spielwarenindustrie**. Recht unbefriedigend dagegen ist die **Baustoffherzeugung**. Die Produktion von Ziegeln und Zement hängt eben von einer besseren Kohlenzuteilung an diesen Industriezweig ab. Die in den letzten Monaten stärker ansteigende Kohlegewinnung an der Ruhr berechtigt wohl zur Forderung, daß im nächsten Jahr vor allem dieser Industriezweig stärker mit Kohle bedacht wird.

Die vielfach herrschende Überzeugung, daß wir uns in einem beinahe unaufhaltsamen Niedergang befinden, ist deshalb angesichts dieser Tatsachen falsch. Es ist zwar richtig, daß wir auf manchen Gebieten schon seit 1945 von Vorräten und Reserven zehren; es ist auch nicht zu leugnen, daß ein Teil unseres Produktionsapparats einer fortschreitenden **Musiszehrung** unterliegt, da wir die Anlagen und Maschinen nicht in notwendigem Umfang zu erneuern und zu ersetzen vermögen; es kann auch nicht bestritten werden, daß wir bei dem wichtigsten Produktionsfaktor, der menschlichen **Arbeitskraft**, von Reserven zehren. Es darf aber nicht übersehen werden, daß unsere Industrieproduktion trotz allem einen höheren Stand erreicht hat als im Vorjahr. Sie lag in den ersten acht Monaten dieses Jahres mengenmäßig um rund 10 Prozent höher als im gesamten Vorjahr. Bemerkenswert ist ferner, daß trotz der **Stromkrise** in den Monaten September und Oktober unsere Industrieproduktion in diesen Monaten immer noch ein wenig höher war, als in den Herbstmonaten des Vorjahrs. Auch die **Industrie-Ausfuhr** ist im Vergleich zum Vorjahr nicht unerheblich gestiegen.

Gewiß, meine Damen und Herren, können diese prozentual oft recht erheblichen Steigerungen nur im Zusammenhang mit der geringfügigen Produktion des Vorjahrs in ihrem wirklichen Wert beurteilt werden. Wir können auch nicht übersehen, daß wir in der Relation zu 1936 erst knapp 45 Prozent der damaligen gewerblichen Erzeugung erreicht haben und dabei eine um 30 Prozent gestiegene Bevölkerung versorgen müssen. Endlich wissen wir auch, daß die Erzeugung von **Verbrauchsgütern** für das Inland, die allein für die Versorgung unserer Bevölkerung in Frage kommt, noch nicht einmal 40 Prozent der Vorkriegserzeugung erreicht hat.

Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß unsere Bevölkerung besser versorgt sein müßte, wenn die erzeugten Verbrauchsgüter vollständig der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden.

(Sehr richtig!)

Sie werden aber, zum Teil wenigstens, gehortet. Jedermann weiß das. Es gibt Fabrikationsbetriebe, die heute schon erstaunlich gute Qualitätsware herstellen, diese Ware vollständig in den Handel bringen, aber vergeblich ihre eigene Ware mit ihrem eigenen Fabrikationszeichen bei eben diesem Handel suchen.

(Hört, hört!)

Sie ist einfach verschwunden.

(Wimmer: Das ist der Handel!)

Die Wirtschaftsverwaltung kann diese Tatsache nicht

wie bisher nur zur Kenntnis nehmen. Allerdings sieht sich die Wirtschaftsverwaltung, wenn sie der **Warenhortung** in ihrem Lande begeben will, einer schwerwiegenden Entscheidung gegenüber, da sie nicht nur die Interessen des Verbrauchers, sondern auch die Interessen der Wirtschaft wahrnehmen muß. Für Bayern ergibt sich folgende Situation:

Im Verhältnis zu den anderen Ländern des vereinigten Wirtschaftsgebiets, namentlich zu den Ländern der britischen Zone, geht in Bayern noch ein recht ansehnlicher Teil der Produktion auch heute noch auf den Markt. Entblößen wir die Wirtschaft in Bayern allein ihrer Vorräte, dann laufen wir Gefahr, daß nach einer Währungsreform die Nordzone mit ihren großen Vorräten, ihrer Keviernähe und sonstigen Vorteilen einen wesentlich besseren Start hat als die Südzone.

(Sehr richtig!)

Das kann zu schwerwiegender und nur langsam aufzuholender Benachteiligung der Wirtschaft der Südzone führen. Der Kampf gegen die Warenhortung muß deshalb vom gesamten vereinigten Wirtschaftsgebiet mit Ernst und überlegten Maßnahmen geführt werden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich der Wirtschaftsrat mit der Frage beschäftigt und ein allgemeinverbindliches Gesetz beschließen will.

Ich bin aber trotz dieser besondern bayerischen Situation der Auffassung, daß schon jetzt und sofort energische Maßnahmen gegen die Warenhortung eingeleitet und durchgeführt werden müssen.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Die **soziale Seite** der Warenhortung ist so drängend geworden, daß nicht mehr länger zugewartet werden kann.

(Sehr gut!)

Es ist einfach unerträglich, daß der Lebensmut und die Lebensfreude zahlreicher Menschen durch den Mangel an den dringlichsten Gebrauchsgütern vernichtet wird, während die gleichen Güter anderswo aufgestapelt werden.

Eine richtig durchgeführte **Währungsreform** ist sicherlich das einzige durchgreifende Mittel gegen diese Wirtschaftskrankheit; denn sie wird die Betriebe bei Strafe der Illiquidität und des Bankrotts zum Abstoßen der Vorräte zwingen. Aber wir können nicht auf den höchst unsicheren Termin einer Währungsreform warten; wir müssen das Übel der Warenhortung sofort anpacken.

Mein Vorgänger hatte bereits eine Anweisung gegeben, mit der bestimmt wurde, daß kein Erzeugerbetrieb von seinen Erzeugnissen mehr als einen **Bierröchen-vorrat** auf Lager haben darf. Ich habe nach meinem Amtsantritt zunächst einmal die Überwachung dieser Anordnung erneut angeordnet.

Es liegt aber auf der Hand, daß eine solche Anordnung nur dann einen Erfolg haben kann, wenn praktisch jeder einzelne Betrieb gesondert darnach überprüft wird, wieviel von seinem Warenlager durch Befehl der Militärregierung blockiert ist, wieviel für schwebende Ausfuhrgeschäfte bereitgehalten wird, wieviel für andere Programme, z. B. Ruhrpunktssystem, Flüchtlingsprogramm, bereits vorweg disponiert ist usw. Es war deshalb notwendig, die Durchführung einer solchen Überprüfung durch Richtlinien sicherzustellen, mit denen die **Interessen der Verbraucher und Erzeuger** gleichermaßen abgewogen und berücksichtigt wurden. Für die Textilwirtschaft ist dies bereits geschehen. Die Anordnung

(Staatsminister Dr. Seidel)

weiterer derartiger Überprüfungen der Vorratsbestände auf anderen Sektoren ist ebenfalls erfolgt. Man sieht also, daß schon die Mobilisierung der sichtbaren, d. h. der gemeldeten Vorräte eine mühselige und zeitraubende Angelegenheit ist, die den Einsatz sachkundiger und vor allen Dingen unbestechlicher Betriebsprüfer notwendig macht.

Daneben aber existiert auch noch das Problem der unsichtbaren, also der schwarzen Vorratsbestände. Hier ist wiederum die Tätigkeit der Betriebsprüfer von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir haben aber keineswegs genügend gut ausgebildete Prüfer, um dieser Aufgabe auch nur annähernd gerecht zu werden. Ich habe deshalb in einem Erlaß an die Regierungswirtschaftsämter die Aktivierung der dort gebildeten Beiräte zur Erfassung von gehorteten Schwarzbeständen angeordnet. Diese Beiräte werden auf Grund eigener Kenntnisse sowie auf Grund der Anzeigen der Bevölkerung Stichproben machen.

Natürlich soll damit nicht eine Flut von Denunziationen und eine allgemeine Durchschnüffelung der Betriebe ausgelöst werden.

(Dr. Dehler: Aber sie wird ausgelöst werden!)

— Aber die der Hortung verdächtigen Betriebe, Herr Kollege Dr. Dehler, sollen und müssen auf kürzestem Wege an Ort und Stelle, und zwar von ortskundigen Personen, überprüft werden.

(Sehr richtig!)

Ich habe in der letzten Zeit mehrfach der Öffentlichkeit verschiedene Maßnahmen bekanntgegeben, die zu einer Beschleunigung der Verteilung von lebenswichtigen Bedarfsgütern führen sollen.

(Zuruf: Bezugsmarken herausgeben!)

Ich möchte es nicht versäumen, auch dem hohen Haus die Versorgungslage, soweit der Hausbrand, Schuhe und Bekleidung in Frage stehen, in kurzer Zusammenfassung darzulegen.

Bis heute haben wir für Hausbrandzwecke fast 7 Millionen Zentner an Braunkohlenbriketts oder Pechkohle erhalten. Hierzu kommen noch geringe Mengen an Torf und Maßpreßsteinen aus Braunkohle; ferner natürlich das Brennholz, mit dem fast 60 Prozent unserer Bevölkerung zu versorgen sind. Für die im Hausbrandplan für Versorgung mit Kohle vorgesehenen 950 000 Haushaltungen haben wir also im Durchschnitt etwas über 7 Zentner Kohle je Haushalt bereits im Lande. Wenn die für die kommenden Monate vorgesehenen Hausbrandkohlen noch einigermaßen hereinkommen, würde sich bis zum März die Gesamtsumme um weitere $3\frac{1}{2}$ bis 4 Millionen Zentner oder fast 4 Zentner je Haushalt erhöhen. Da wir aber mit Verkehrsstörungen rechnen müssen, können wir diese Summe nicht voll einsetzen.

Gegenüber dem Vorjahr, als wir so gut wie keine Hausbrandkohle zur Verfügung hatten, ist das auf alle Fälle eine wesentliche Besserung. Aber es ist im Grunde doch nur ein ungenügendes Ergebnis. Wenn die Durchschnittsmenge von 11 Zentnern je Haushalt erreicht werden soll, so sind das doch nur etwa 70 Prozent der ursprünglichen Planungszahl von rund 15 Zentnern Braunkohlenbriketts je Haushalt. Vor allem ist es weniger als ein Drittel der im Krieg errechneten und zugrunde gelegten Mindestversorgungsmenge.

Leider kann ich in Bezug auf die Schuhversorgung im Gegensatz zum Hausbrand keinerlei Besserung berichten. Im ersten Halbjahr wurden insgesamt 1,82 Millionen Paar bezugsfahrscheinpflichtige Schuhe, darunter 1,3 Millionen Paar Lederschuhe, verteilt. Bei einem derartigen Versorgungsstand würde jeder Einwohner Bayerns durchschnittlich nicht einmal alle drei Jahre ein Paar neue Lederschuhe erhalten. In Wirklichkeit freilich war die Gesamtversorgung etwas besser, da sich ein gewisser Bruchteil der Schuherzeugung der Bewirtschaftung entzieht und außerhalb des Bewirtschaftungssystems verteilt wird.

(Zuruf: Und die anderen werden nicht verteilt.)

— Das ist nicht richtig; und wenn sie jetzt noch etwas zuhören, dann werden Sie eines Besseren belehrt werden.

Außerdem sollten monatlich etwa 20 Gramm Schuherreparaturmaterial pro Kopf der Bevölkerung verteilt werden. Tatsächlich wurden bis zum September durchschnittlich etwa 18 Gramm je Monat und Kopf verteilt.

Wie sind nun auf diesem Gebiet die Aussichten für die Zukunft?

Leider kann von einer nennenswerten Besserung keine Rede sein. Die bisherige Leder- und Schuhproduktion konnte ihren Stand nur dadurch aufrecht erhalten, daß von Vorräten gezehrt wurde; es handelt sich dabei in erster Linie um den Abbau der sehr hohen Häutevorräte, die schon 1945 entstanden waren, als die Industrie zum großen Teil noch stilllag. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres lag sowohl die Häuteeinbearbeitung, wie auch die Lederproduktion der Lederfabriken etwas unter dem Stand des Vorjahrs. Für das nächste Vierteljahr kann also mit keiner nennenswerten Steigerung der Schuherzeugung gerechnet werden, selbst wenn man von den zusätzlichen Schwierigkeiten durch Stromeinschränkungen und Mangel an Hilfsmaterialien absieht.

Nun werden Sie mich sicher fragen: Wo bleiben die vielen Häute aus den Mehrschlachtungen infolge des Futtermangels? Was ist getan worden, um die anfallenden Häute möglichst vollzählig für die allgemeine Versorgung zu erfassen?

Hierzu ist zu sagen: Die Trockenheit hat sich auf die Schlachtziffern bisher nur im Monat September in wirklich nennenswertem Umfang ausgewirkt. Allerdings fanden schon in den vorhergehenden Monaten erhebliche Mehrschlachtungen statt, und zwar in Auswirkung des von der Befehlsgewalt angeordneten Viehvermindeungsprogramms. Die Schlachtziffern für Großvieh lagen in den drei Monaten Juli bis September mit 179 000 Stück tatsächlich um 74 Prozent über der Zahl für die entsprechende Vorjahreszeit. Die Häuteandienungen liegen in den erwähnten drei Monaten sogar um 78 Prozent über den entsprechenden Vorjahreszahlen. Die Erfassung hat sich also nicht verschlechtert, sondern gebessert. Die Großviehschlachtungen haben im November bereits wieder nachgelassen; vermutlich werden sie erst wieder im Spätwinter zunehmen, wenn die Futternapppheit sich allgemein auszuwirken beginnt. Der Mehranfall an Häuten in den vergangenen drei Monaten wird sich aber in der Schuherzeugung erst ab nächstem Frühjahr oder noch später auswirken können.

Bis dahin wird freilich ein anderer Einfluß wirksam geworden sein: Ab Januar 1948 soll nämlich eine einheitliche bizonale Bewirtschaftung und Verteilung der Häute, des Leders und der Schuhe eingeführt werden. Das be-

(Staatsminister Dr. Seidel)

deutet, daß die US-Zone von da ab einen Teil des Leder- und Schuhanfalls an die noch schlechter versorgte britische Zone wird abgeben müssen.

(Zurufe: Dann kriegen wir gar nichts mehr! —
Was kriegen wir?)

Es ist infolgedessen unwahrscheinlich, daß sich aus den erheblichen Viehschlachtungen eine nennenswerte Besserung der Leder- und Schuhversorgung für Süddeutschland ergeben wird.

(Zuruf: Das kann doch nicht sein!)

Außerdem wird auf diese Mehrschlachtungen im nächsten Jahr ein entsprechender Minderanfall folgen, so daß im Endergebnis kaum ein Nutzen eintreten wird. Das ist die nüchterne Sachlage.

Wir haben in jüngster Zeit Maßnahmen angeordnet, um die Erfassung der Häute auf den bestmöglichen Stand zu bringen. Ab 1. Oktober ist in Bayern eine neue Häutemarkte mit Rücklieferungszwang eingeführt worden, die eine genaue individuelle Kontrolle gewährleistet. Zusätzlich wurde eine schärfere Kontrolle durch Außenprüfer angeordnet. Außerdem habe ich für Haus- und Nottschlachtungen, die sich bisher der Häuteerfassung besonders stark entzogen, ab 1. November wieder eine Lederprämie von 10 Prozent des Grüngewichts der Haut in Leder eingeführt. Ich erhoffe hiervon eine wesentlich bessere Erfassung der Häute.

Und nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einige Feststellungen zur Schuhverteilung. Es ist Ihnen bekannt, daß sich in den letzten Monaten ungewöhnlich große Schuhvorräte bei den Groß- und Einzelhändlern aufstapelten, die nicht ausgegeben werden konnten, weil den Wirtschaftsamtern nicht genügend Bezugsscheine zugeteilt wurden.

(Zuruf: Warum nicht?)

Ich habe sofort nach meinem Amtsantritt die Anweisung gegeben, daß die angesammelten Vorräte durch erhöhte Bezugsscheinausgabe an die Bevölkerung ausgegeben werden sollen.

(Zuruf: Wer hat denn da gehortet? Der Handel!)

— Nein, der Handel nicht; der Handel hätte die Schuhe gerne verkauft.

(Erneuter Zuruf: Ja, der Handel hortet!)

— Nein; lassen Sie sich doch belehren! Es waren keine Bezugsscheine da. Der Handel hat doch diese Bestände gemeldet.

(Nochmaliger Zwischenruf: Er hat sie aber gehabt!
Der Handel hat gehortet!)

Bis zur Durchführung dieser Anordnung vergingen allerdings einige Wochen. Seit Juli dieses Jahres erfolgt nämlich die Schuhbezugsscheinausgabe einheitlich für die ganze US-Zone. Die Schuhbezugsmarken, meine Damen und Herren, werden nicht etwa in München, sondern in Stuttgart gedruckt und ausgegeben. Die geplante Mehrausgabe von Bezugsscheinen mußte also erst in dem zuständigen Länderratsausschuß in Stuttgart mit den anderen Ländern abgestimmt werden. Die Kritik der Bevölkerung und wohl auch des hohen Hauses gegen die bayerische Wirtschaftsverwaltung hätte sicherlich eine andere Form und Richtung angenommen, wenn die Tatsache der zonalen Bewirtschaftung besser bekannt gewesen wäre.

Am 20. Oktober erfolgte die erste große Bezugsscheinausgabe in Höhe einer vollen Monatsproduktion, vor einiger Zeit wurden Bezugsscheine über weitere zwei Monatsproduktionen für den Monat November an die Wirtschaftsamter hinausgegeben. In den Monaten Juli, August und September wurden insgesamt 377 000 Bezugsscheine für Lederschuhe an die Regierungswirtschaftsamter und an Sonderbedarfsträger ausgegeben, in den Monaten Oktober und November dagegen insgesamt 684 000. Außerdem muß Bayern im zweiten Halbjahr 1947 noch 168 000 Paar Lederschuhe für das Ruhrpunktssystem zur Verfügung stellen.

Ich bin der Überzeugung, daß mit dieser erheblichen Mehrverteilung die Vorräte noch keineswegs erschöpft sind,

(Zuruf: Die Geschäfte draußen im Lande sind noch keineswegs geleert!)

wenn mich auch einige Sachverständige vom Gegenteil überzeugen wollen. Ich werde daher bei dem zuständigen Länderratsausschuß noch weitere Sonderausgaben an Bezugsscheinen beantragen lassen und dafür sorgen, daß nicht nur beweiskräftiges Zahlenmaterial, sondern auch die notwendige Energie für die Begründung dieses Antrags verwendet wird.

(Beifall bei der CSU.)

Dieser Entschluß gründet sich auf die Erkenntnis, daß jeder greifbare Schuh der notleidenden Bevölkerung zugute kommen muß.

(Sehr richtig!)

Nicht weniger große Sorge als die Schuhversorgung bereitet mir die Versorgung unserer Bevölkerung mit Textilien. Wir können zur Zeit nur folgende Mindestversorgungen durchhalten, und diese nur mit allergrößter Mühe:

1. die Säuglings- und Jugendlichenarten,
2. eine Bezugsscheinausgabe an die Bedürftigsten unter der Bevölkerung in der durchschnittlichen Vierteljahreshöhe von drei Punkten je Kopf der Bevölkerung,
3. die Versorgung einiger vordringlicher Bedarfsträger, wie Flüchtlinge, politisch und rassisch Verfolgte, Krankenhäuser, Wohlfahrtsverbände, öffentliche Bedarfsträger und wirtschaftstechnischen Bedarf usw.,

(Zuruf: Auch Ausgebombte!)

4. einen gelegentlichen Aufruf von Flickstoffen oder Nähmitteln.

Dabei ist es vielfach schon nicht möglich, die ausgegebenen Bezugsscheine nach den Wünschen und Bedürfnissen der Bezugsscheininhaber einzulösen. Dies trifft ganz besonders für die Säuglingsstärke zu.

Wir haben im vierten Quartal 1947 wiederum die Ausgabe von Bezugsscheinen in Höhe der bisherigen Quote von drei Punkten je Kopf der Bevölkerung sicherstellen können. Aber die augenblickliche Produktionsleistung unserer Textilindustrie reicht zur Belieferung schon nicht mehr voll aus, besonders nachdem auf Befehl der Militärregierung die sämtlichen Bestände an Baumwollwaren eine Zeit lang vollständig gesperrt waren. Wir können deshalb für die nächsten Vierteljahre die bisherige geregelte Textilzuteilung nur dann aufrecht erhalten, wenn es uns gelingt, die Vorräte zu mobilisieren. Der Kampf gegen die Warenhortung wird also von dieser Seite der Versorgung her besonders gerechtfertigt.

(Bodesheim: Wer will denn bei 300 Gramm Produktion im Jahr hortet?)

(Staatsminister Dr. Seidel)

— Sie gestatten, daß ich in der Diskussion auf diese Bemerkung zurückkomme. Ich werde Ihnen an Zahlen zeigen, daß trotz dieser 300 Gramm eine ganz erhebliche Menge gehortet werden kann.

(Sehr richtig!)

Eine gewisse Hoffnung für die Versorgung mit solchen Bedarfsgütern ist in dem Angebot von überschüssigem amerikanischen Heeresmaterial auf Kredit zu sehen. Dieses Angebot wurde vom Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Übereinstimmung mit sämtlichen Wirtschaftsministern der Doppelzone angenommen. Es sind inzwischen bereits drei Verträge im Gesamtwerte von 34 Millionen Dollar abgeschlossen worden. Ein Mehrfaches dieser Summe soll zusätzlich noch abgegeben werden; aussichtsreiche Verhandlungen sind bereits im Gange. Die von den Vereinigten Staaten in Aussicht gestellten Waren umfassen größtenteils Bekleidung, Schuhe, Schuhreparaturmaterial, Arzneimittel und anderes mehr.

Bei der Verteilung auf die Länder und gegebenenfalls Sonderbedarfsträger ist das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft eingeschaltet. Es ist Vorsorge getroffen, daß im Ministerium ein qualifizierter Beamter die notwendigen Maßnahmen bearbeitet und durchführt. Auch die regionale Militärregierung für Bayern nimmt sich der hier entstehenden bayerischen Interessen mit bemerkenswertem Nachdruck an. Viele Güter müssen auf Weisung der Militärregierung für den zivilen Gebrauch erst hergestellt, umgefärbt und umgefärbt werden.

Die Aktion wird sich infolgedessen auch auf das kommende Jahr erstrecken. Zwei größere Lager wurden bereits sortiert und an die Länder verteilt. Bayern erhielt bisher unter anderem zugesprochen: 49 500 Wolldecken, 25 300 Wollmäntel, 14 000 Arbeitsjacken aus Wolle, 13 400 Unterhosen. Ich möchte jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Verteilung auf die Länder erst im Anlaufen ist. Es kann infolgedessen auch nicht zugesichert werden, daß die oben genannten Güter und diejenigen, die in weiteren Verteilungen uns zugebracht sind, bereits in einigen Wochen an die Bevölkerung ausgegeben sind.

Eine weitgehende Publizität der Verteilung auf die Länder und Sonderbedarfsträger ist zwischen Ländern und Verwaltung für Wirtschaft vereinbart. Wir werden auch im Lande selbst die Öffentlichkeit über den Umfang und die Art der vorgenommenen Verteilung jeweils unterrichten.

Meine Damen und Herren! Produktion und Versorgung Bayerns hängen nicht allein von den inneren Wirtschaftskräften des Landes ab, sondern weitgehend von denen anderer Länder und Zonen. In einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, zu dem die Doppelzone allmählich zusammenwachsen soll, gibt es an sich keine gegenseitige Aufrechnung der Lieferungen und Bezüge. Wir wissen aber, daß wie im landwirtschaftlichen so auch im gewerblichen Sektor unsere Lieferungen in die anderen Länder größer sind als unsere Bezüge. Bei unvoreingenommener Prüfung kann niemand abstreiten, daß Bayern durchaus seinen Teil zur wirtschaftlichen Vereinigung beiträgt. Dies gibt uns aber auch das Recht, darauf hinzuweisen, daß leider eine oft weitgehende Benachteiligung Bayerns gegenüber anderen Ländern des vereinigten Wirtschaftsgebiets in verschiedenen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft festzustellen ist.

(Hört, hört!)

Der vergangene Winter hat bereits gezeigt, daß Bayern als revierfernstes Gebiet bei der Kohlenversorgung Hauptleidtragender der winterlichen Transportkrise war. In einigen Monaten wurden damals nur 50 bis 60 Prozent des Solls ausgeliefert gegenüber 110 Prozent und mehr im Rheinland. Produktionseinschränkungen um 30 bis 35 Prozent wurden daher in Bayern erforderlich. Versuche, auf Grund dieser Erfahrungen bereits im Sommer 1947 eine erhöhte Kontingenzuteilung als Vorstoß auf Winterlieferungen zu erhalten, hatten lediglich beim Hausbrand einigen Erfolg. Insgesamt wurde nur erreicht, daß Bayern knapp zum gleichen Prozentsatz beliefert wurde wie die übrigen Länder des vereinigten Wirtschaftsgebiets. In der erneuten Transportkrise ist Bayern wieder am meisten geschädigt, da nicht erst ab Januar, wie im vergangenen Winter, sondern bereits im November außerordentliche Einschränkungen in der Kohlenzufuhr vorgenommen wurden.

Ebenso ungünstig ist Bayerns Versorgung mit Stahl und Eisen. Die gesamte US-Zone ist dadurch benachteiligt worden, daß schon ab 1946 die Kontingenzaufteilung damals durch den Kontrollrat zu Ungunsten des Südens erfolgte. Außerdem überzog die britische Zone ihr Kontingent sehr stark. Unter Zugrundelegung der vorhandenen Kapazitäten der eisenverarbeitenden Industrie hätte die US-Zone für 1946 und 1947 rund 250 000 Tonnen Eisen mehr erhalten müssen. Der Anteil Bayerns beträgt hierbei etwa die Hälfte. Im Endeffekt mußte die Südzone ihre Eisenvorräte weitgehend aufzehren, während die Nordzone sich sogar teilweise Reserven anlegen konnte.

(Hört, hört!)

Besonders ungünstig wirkt sich dieses Mißverhältnis bei der Einführung des neuen Eisenverteilungsverfahrens aus. Betriebe der Südzone sind heute schon gezwungen, erheblich längere Lieferfristen zu stellen, da sie nicht über genügend Vorräte verfügen. Es besteht außerdem eine nicht abwendbare Bevorzugung der Nordzone durch besondere Begünstigung der Großverbraucher, Bergbau und Verkehr im Rahmen der Eisenplanung, da die Zulieferer meistens in der britischen Zone sitzen.

Bei den NE-Metallen ist die Lage ähnlich.

(Zuruf von der CSU: Noch schlimmer!)

Die Hüttenwerke befinden sich überwiegend in der Nordzone. Da eine ausreichende bizonale Bewirtschaftung nicht vorhanden ist — in der Nordzone wird bisher nur das Rohmaterial bewirtschaftet —, stockt seit längerer Zeit die Belieferung der Südzone mit Halbzeug und Rohmaterial. Wichtige Verarbeitungszweige der Elektroindustrie und Feinmechanik werden betroffen. Erst in jüngster Zeit ist eine kleine Rohstoffzuteilung durch das Bergbauamt für Wirtschaft vorgenommen worden.

Diese Benachteiligung der Südzone und damit Bayerns muß unter allen Umständen beendet werden. Eine ihrer Hauptursachen ist in den regionalen Verteilungsschlüsseln für die Verbrauchs- und Produktionsgüter zu ersehen. Die Festlegung dieser Verteilungsschlüssel innerhalb der Doppelzone ist deshalb von besonderer Aktualität; dies gilt umsomehr, als ab Anfang 1948 die wichtigsten Verbrauchsgüter — vor allem Schuhe und Textilien — in die bizonale Bewirtschaftung und Verteilung einbezogen werden sollen. Außerdem werden in Kürze die Verteilungsschlüssel für das überschüssige US-Heeresgut festgelegt. Schließlich werden in diesen Monaten auf zahlreichen Fachgebieten auch die Verteilungsschlüssel für Roh- und Hilfs-

(Staatsminister Dr. Seidel)

stoffe (daunter auch Kohle), die bisher nur versuchsweise errechnet waren, auf Grund der verschiedenen Länder-einwendungen überprüft und konsolidiert.

Bei der Errechnung der Schlüssel wurden bisher zwei Grundsätze angewendet: Für die Verteilung von Verbrauchsgütern wurde überwiegend der Bevölkerungsschlüssel zugrundegelegt, während für die Verteilung von Roh- und Hilfsstoffen ein Kapazitätsschlüssel verwendet wurde, der entweder aus den Beschäftigungs- oder Produktionsziffern der Vorkriegszeit bzw. der Jahre zwischen 1938 und 1945 oder in selteneren Fällen auch aus Anhaltspunkten für die gegenwärtige Kapazität gezogen wurde.

Bayern kann sich in Zukunft mit diesen Grundsätzen aus folgenden Gründen nicht mehr zufrieden geben: Die bayerische Einwohnerzahl hat von Mai 1939 bis heute um 2,2 Millionen zugenommen. Das ist der größte absolute Bevölkerungszuwachs unter den Ländern der Doppelzone. Prozentual beträgt der Zuwachs von 1939 bis 1946 27,7 Prozent und bis heute mehr als 30 Prozent. Demgegenüber beträgt der Durchschnittszuwachs von 1939 bis 1946 bei Württemberg-Baden 14,8 Prozent, bei Hessen 16,3 Prozent und im Durchschnitt der britischen Zone 13,8 Prozent. Nachdem in der britischen Zone Schleswig-Holstein an der Bevölkerungszunahme allein mit 66,8 Prozent beteiligt ist, kann die Zunahme in den übrigen Ländern der britischen Zone kaum ins Gewicht fallen. Dazu kommt, daß Bayern in der Doppelzone auch die weitaus größte Zahl von politisch und rassistisch Verfolgten sowie von Ausländern aufweist.

Dieser Bevölkerungszuwachs in Bayern wirft drei Probleme auf:

1. Die Flüchtlinge und politisch Verfolgten beanspruchen einen Großteil der Verbrauchsgüter, der damit der allgemeinen Versorgung der übrigen Bevölkerung entzogen wird.

2. Für die neu hinzugekommene Bevölkerung besteht ein besonders hoher Bedarf an Baustoffen. Eine Berechnung für die US-Zone hat zum Beispiel ergeben, daß Bayern einen wesentlich höheren Wohnungsbedarfs besitzt als Württemberg und Hessen, obwohl es relativ geringer von Kriegszerstörungen betroffen ist. Der bisherige Kohlenverteilungsschlüssel für die Baustoffindustrie entspricht diesem Zustande in keiner Weise.

3. Auf lange Sicht am bedeutungsvollsten ist jedoch die Tatsache, daß für den Bevölkerungszuwachs Produktions- und Arbeitsstätten geschaffen werden müssen. Jede Festlegung von Roh- und Hilfsstoffschlüsseln auf Grund einer vergangenen oder auch der gegenwärtigen Kapazität geht an dieser unabwiesbaren Tatsache vorbei. Entweder nehmen die deutschen Länder einen Flüchtlingsausgleich vor oder aber es muß den mit Flüchtlingen besonders belasteten Ländern die Chance einer entsprechenden bevorzugten Entwicklung von neuen Industriekapazitäten gegeben werden.

(Sehr richtig!)

Der vielfach vertretene Grundsatz, durch die behördliche Rohstoffzuteilung dürfe die überkommene Struktur der deutschen Gebiete nicht verändert werden, ist wirtschaftspolitisch gesehen, verfehlt und geht an den vielfachen Umwälzungen im deutschen Nachkriegsleben ahnungslos vorbei.

Im Staatsministerium für Wirtschaft wird deshalb zur Zeit ein verbesserter Verteilungsschlüssel ausgearbeitet, den ich der bizonalen Verwaltung vorlegen werde. Ich habe auch diese Fragen bereits mit den Mitgliedern des Exekutivrats besprochen. Wir hoffen, daß dadurch eine gerechtere Behandlung aller Gebiete der Doppelzone möglich sein wird.

In den bisherigen Ausführungen habe ich die aktuellen Sorgen und Nöte, die den Tagesablauf bestimmen, dargelegt. Wir müssen aber beginnen, uns auch einige Gedanken über die weiterhin einzuschlagende Wirtschaftspolitik zu machen, die im einzelnen mit den anderen Ländern und mit der bizonalen Verwaltung abzustimmen ist.

Wir in Bayern vertreten folgende Auffassung: Es ist überall festzustellen, daß der Bewirtschaftungsbereich immer mehr verödet und daß sich der Güterstrom mehr und mehr in neue unkontrollierbare Kanäle ergießt. Die Unwirtschaftlichkeit mancher Teile der Wirtschaft — nicht zuletzt verursacht durch die Steuergesetzgebung — veranlaßt selbst an sich ordentliche Geschäftsleute, einen Teil ihrer Waren in den Schwarzen Markt zu geben, um mit den hohen Erlösen ihre nicht gedeckten Betriebskosten auszugleichen. Bei den Warenhordern ist diese Alimenterung des Schwarzen Markts üblich, weil sie dadurch erst in die Lage versetzt werden, den Umsatz ihres Warenlagers stillzulegen. Überall bildet sich daher eine doppelte Wirtschaft heraus, der immer offensichtlicher eine doppelte Wirtschaftsmoral entspricht.

Es ist kein Zweifel, daß die Bewirtschaftung auf zahlreichen Gebieten versagt hat. Ebenso sicher ist aber auch, daß bei dem Mangel an allen lebensnotwendigen Gütern, deren Verteilung nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen zur Zeit einfach nicht möglich ist, eine Besserung nur erzielt werden kann, wenn Formen des Warenaustausches gefunden werden, die einmal dem Wettbewerb wieder eine größere Bedeutung einräumen und die zum anderen die Position des letzten Verbrauchers stärken.

Dies kann auf vielen Gebieten durch die Endverbraucher-Kontingentierung mit durchlaufendem Bezugsein geschehen. So wie früher der Unternehmer um das Geld des Kunden, muß er bei diesem System um den Bezugschein des Kunden werben. Sein Rohstoffnachschub richtet sich nach seiner Leistung für den Kunden. Zugleich ist damit eine automatische Produktionskontrolle und eine Entlastung der Wirtschaftsverwaltung von zahlreichen individuellen Zuteilungsakten verbunden. Dieses System ist auf einigen Gebieten bereits eingeführt, auf anderen wird seine Einführung angestrebt. Leider ist es nicht überall technisch durchführbar.

In diesem Zusammenhang gehört auch der möglichst weitgehende Ersatz der Einzelbezugscheine durch allgemeine Punktkarten oder Mengelwarenkarten auf möglichst vielen Gebieten. Vorbild dafür ist natürlich die frühere Kleiderkarte, die eine gewisse Konsumwahl innerhalb eines gleichmäßigen Gesamtkontingents erlaubte. Man kann sich durchaus vorstellen, daß derartige Globalzuweisungen mit der Zeit auch auf anderen Gebieten, z. B. für Eisenwaren und dergleichen eingeführt werden könnten. Ein derartiges System würde sowohl eine Quelle von bürokratischer Willkür und Korruption ver-

(Staatsminister Dr. Seidel)

stopfen als auch dem Einzelnen wieder eine gewisse Grundlage für die Planung seiner eigenen Haushaltsführung geben.

Notwendig ist auch die allmähliche Zurückdrängung der sogenannten Sonderkontingentsträger.

(Sehr richtig!)

Es ist eine unabwiesbare Pflicht, allmählich dem Normalverbraucher und damit der Masse der arbeitenden Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen.

(Sehr richtig!)

Die Forderung nach einer Verteilung der verfügbaren Verbrauchsgüter auf die gesamte Bevölkerung muß aus den verschiedensten Gründen — namentlich für die Bestände aus den amerikanischen Armeebeständen — erhoben werden. Hier bietet sich die Gelegenheit zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen, ohne daß den Bedürfnissen der bisherigen Sonderbedarfsträger Zwang angetan wird.

Wir müssen uns freilich darüber im klaren sein, daß gerade die beiden letzten Ziele, nämlich die Zurückdrängung der Sonderkontingente zu Gunsten des allgemeinen Bedarfs und die Abschaffung der Einzelbezugscheine erst dann erreichbar sein werden, wenn eine gewisse Mindeststufe der Versorgung vorhanden ist. Im gegenwärtigen Augenblick sind wir auf den meisten Gebieten von dieser Voraussetzung noch weit entfernt. Dennoch sollten wir nach meiner Ansicht keine Anstrengung scheuen, um das Ziel zu erreichen, weil es sich nicht nur politisch, sondern auch im Interesse einer natürlichen Entwicklung des demokratischen Gedankens lohnen wird, den bisher so geduldigen Normalverbraucher aus seiner ungerechten Lage zu erheben.

Es ist endlich nicht überflüssig, hier zu erwähnen, daß wir derartige Reformen in der Bewirtschaftung nicht von Bayern allein aus durchführen können; wir müssen vielmehr auf allen wichtigen Gebieten die Maßnahmen in der Doppelzone einheitlich abstimmen. Immerhin können wir auch von uns aus dahin wirken, daß die bizonale Bewirtschaftung immer mehr auf eine gesunde Basis gestellt wird. Dadurch könnte eine wesentliche Minderung in den Haushalten der Wirtschaftsverwaltungen herbeigeführt werden. Allein schon der Wegfall der Wirtschaftlichkeits- und Produktionskontrolle würde eine nicht unwesentliche Einsparung von Personal und Mitteln bedeuten.

Aus allen diesen Überlegungen ergibt sich, daß die Steigerung der Erzeugung die unerläßliche Voraussetzung nicht nur für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, sondern damit auch für die ausreichende Versorgung unserer Bevölkerung und schließlich auch für den langsamen Abbau der Wirtschaftsverwaltung in ihrer heutigen Form ist. Eine Steigerung der allgemeinen Erzeugung muß aber bei unserer Notlage die Erhaltung und Stärkung der Grundstoffindustrien vorausgehen. Dieser wirtschaftspolitischen Einsicht wird im Augenblick im vereinigten Wirtschaftsgebiet in weitgehendem Umfang auf dem Gebiet der Kohle, des Verkehrs, des Eisens und Stahls, der Energie und zum Teil auch der Landwirtschaft Rechnung getragen.

Wir haben in Bayern zu diesem Programm erhebliche Leistungen beigetragen. Ein beträchtlicher Teil unserer erzeugten Verbrauchs- und Produktionsgüter wurde

zum Wiederaufbau besonders wichtiger Schlüsselindustrien verwendet. Ich darf Sie nur an den bayerischen Anteil zur Durchführung des Punktsystems im Ruhrbergbau erinnern, der den Anspruch unserer eigenen Bevölkerung erheblich geschmälert hat. Ein Großteil des erzeugten Eisens wie auch des Holzes und anderer Produktionsgüter ist ebenfalls für einige wenige Grundstoffindustrien in Anspruch genommen worden. Diese Konzentration unserer geringen Mittel auf die Grundstoffindustrie war ohne Zweifel notwendig.

Bei der Ruhrkohle hat sich der Erfolg bereits gezeigt. Bei unserer bayerischen Kohle, die schon kurz nach dem Zusammenbruch vorbildlich gearbeitet hat, ist der Erfolg bereits in einem viel früheren Zeitpunkt eingetreten. Seit Mitte dieses Jahres befindet sich die Kohlenförderung der vereinigten Zonen in einer gleichmäßigen Aufwärtsbewegung, die in der zweiten Hälfte des Oktober in einen fast sprunghaften Aufschwung überging. Führend hierin war die Steinkohlenförderung, die sich von 216 000 Tonnen im Tagesdurchschnitt des Monat Mai auf 247 000 im Oktober erhöhte und damit das Vorjahrsniveau um etwa ein Fünftel überschritt. Von 255 000 Tonnen Ende Oktober stieg sie weiter auf 273 000 Tonnen im Durchschnitt der ersten Novemberwoche; die Tagesspitze wurde am 14. November mit 281 000 Tonnen erreicht.

Wie ich schon gesagt habe, haben wir in Bayern bedeutende Opfer gebracht, um das Punktsystem zu speisen, dem man diese Erfolge zuschreibt. Wir besitzen deshalb das Recht, das Punktsystem auf seine Wirksamkeit zu untersuchen. Versucht man, sich ein Bild über diese Wirksamkeit zu machen, so ist im September 1947, verglichen mit dem September 1946, die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter um 21,7 Prozent gestiegen, die je Arbeiter verfahrenen Schichten um 7,1 Prozent und die Schichtleistung um 2,9 Prozent. An der Zunahme der Förderung war demnach das Anwachsen der Beschäftigtenzahl mit 69 Prozent, die Erhöhung der verfahrenen Schichten je Arbeiter mit 22 Prozent und die Steigerung der Schichtleistung mit 9 Prozent beteiligt. Die Förderung erhöhte sich also in erster Linie dadurch, daß die Zahl der Beschäftigten stieg. Sehr viel geringer wirkte sich das Eindämmen der Fehlschichten aus und noch weniger die Erhöhung der Schichtleistung, seit März 1947 ist diese sogar rückläufig. Das Punktsystem ist also, soweit eine Zunahme der Beschäftigung erstrebt wurde, als erfolgreich anzusprechen. Soweit dagegen eine Leistungssteigerung das Ziel der produktionspolitischen Maßnahmen war, ist ihr Erfolg enttäuschend oder mindestens fraglich. Ich glaube, daß aus dieser nüchternen Darstellung die Forderung nach einer Revision des Punktsystems abgeleitet werden muß.

(Sehr richtig!)

In der Zukunft ist der hauptsächlichste Engpaß für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung nicht mehr die Kohle, sondern der Transport. Wir werden uns daher damit abfinden müssen, daß für eine gewisse Zeitdauer der Reparatur und dem Neubau von rollendem Material eine ähnliche Priorität gegeben wird wie bisher dem Bergbau. Der gleiche Zwang ergibt sich für unsere Energiewirtschaft, die wir unter allen Umständen in Ordnung bringen müssen.

Wir verfolgen von Bayern aus diese Entwicklungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Wir sind ohne Vorbehalt entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, weil wir wissen, daß die Leistungsfähigkeit der Grundstoffindustrien die

(Staatsminister Dr. Seidel)

Voraussetzung für einen allgemeinen Wiederaufbau ist. Außerhalb Bayerns wird oft angenommen, daß wir das Land seien, in dem Milch und Honig fließt. Wie kindlich diese Annahme ist, weiß jeder von uns. Mit dieser Annahme wird aber auch die Vorstellung verknüpft, daß wir ein ausgesprochenes Agrarland seien. Wir sind es längst nicht mehr. Bayern ist ein Industrieland geworden, in dem Industrie und Handwerk schon längst mehr Menschen beschäftigen als die Landwirtschaft. Die Eingliederung unserer Neubürger in die bayerische Wirtschaft wird diese Tatsache noch weit mehr unterstreichen.

Wir haben deshalb die unabdingbare Pflicht, unsere Wirtschaft zu stärken, ihre Entwicklung zu fördern und vor allen Dingen in dieser problematischen Übergangszeit Fehler zu vermeiden, die für die Zukunft verhängnisvoll sein können. Ein solcher Fehler wäre es zum Beispiel, wenn wir das Handwerk vernachlässigen würden.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Die Leistungen des Handwerks in den letzten zwei Jahren sind außerordentliche, wenn sie auch nicht so sichtbar wurden, wie sie es verdient hätten. Erst in der Rückschau wird einmal erkannt werden, in welchem hohem Maße das Handwerk zu dem Wiederaufbau beigetragen hat, den wir bereits im jetzigen Zeitpunkt feststellen können.

(Bravo! bei der CSU.)

Die Zukunft wird zeigen, daß die Produktionskraft des Handwerks unerlässlich ist, wenn die Kapazität ausgeglichen werden soll, die uns der revidierte Industrieplan und die Demontagen genommen haben.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Die Wirtschaftsverwaltung wird trotz aller Widerstände dieser Erkenntnis Rechnung tragen müssen, wenn sie ihre Aufgabe vernünftig und ordentlich erfüllen will.

Ein unverzeihlicher Fehler wäre es auch, wenn wir vergessen wollten, daß der arbeitende Mensch ein Teil der Wirtschaft ist. Die Sicherung seines wirtschaftlichen Lebensrechts ist eine elementare Forderung der Gerechtigkeit.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Die Wirtschaftsverwaltung kann und muß deshalb im Bereich ihrer Zuständigkeit alle Bestrebungen unterstützen, die diese Sicherung zum Gegenstand haben.

Unsere Lage ist ohne Zweifel ernst. Zwei Tatsachen machen dies besonders deutlich: eine Bevölkerung, die auf 130 Prozent des Vorkriegsstandes angewachsen ist auf der einen Seite und eine gewerbliche Gütererzeugung, die erst knapp 40 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht hat, auf der anderen Seite. Trotzdem wage ich zu sagen: Wenn wir den Winter ohne zerstörende Folgen überstehen, wenn wir nicht resignieren und alle Möglichkeiten ausschöpfen, die uns verblieben sind, dann wird es im nächsten Jahr aufwärts gehen.

Allerdings, auch im nächsten Jahr wird es nur ein Anfang sein, wenn man uns nicht unsere völlige Entscheidungsfreiheit zurückgibt und wenn man uns nicht da unterstützt, wo wir aus eigener Kraft nicht weiter können.

(Sehr wahr! bei der CSU.)

Die Erkenntnis, daß Europa ohne Deutschland nicht gefunden kann, ermutigt uns zu der Hoffnung, daß sich wirtschaftliche Einsicht gegen wirtschaftliche Unver-

munft durchsetzt und daß man uns die Luft zum Atmen läßt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident: Bevor wir in der Beratung fortfahren, habe ich die Ehre, Mr. Whitelaw Reid, Redakteur der „New York Herald Tribune“, als Gast in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Es ist mir deswegen eine besondere Freude, weil diese Zeitung zu den führenden Organen nicht nur Amerikas, sondern der ganzen Welt gehört. Es befindet sich zur Zeit eine größere Anzahl amerikanischer Verleger und Journalisten zu einem Besuch in München. Sie unterrichten sich über das staatliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Leben, wie es bei uns zur Zeit besteht. Die Herren besichtigen auch ein Flüchtlingslager und widmen besondere Sorgfalt auch ihrer Unterrichtung über die Verhältnisse unserer Jugend. Wir können dafür nur dankbar sein. Ich glaube, wir können daran den Wunsch knüpfen, daß dieser Besuch dazu beitragen möge, für das gegenseitige Verständnis einen Beitrag zu geben, das so notwendig ist für unsere Wiedergufundung und die der ganzen Welt.

Bei dieser Gelegenheit darf ich zum Ausdruck bringen, daß wir das Anliegen in unserem Herzen tragen, sobald wie möglich den Friedenszustand wieder zu bekommen, ohne den wir eine Wiederaufrichtung Deutschlands nicht vollziehen können. Es wird unsere Aufgabe sein, unserer jungen Demokratie den nötigen Nährboden zu geben, ohne den sie nicht leben kann. Wir wollen unsere junge Demokratie nicht bloß einsetzen zum Wohle Deutschlands, sondern zum Wohle der Völker und zum Wohle der ganzen Welt, damit endlich ein anderer Neuaufbau in der Welt auf den Grundsätzen der Menschlichkeit sich durchsetzen kann, nach der wir uns alle so sehr sehnen.

(Beifall.)

Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stinglwagner.

Stinglwagner (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers haben ein derartiges Echo in unseren Reihen gefunden, daß es wohl am Platz ist, ihm für die Ausführlichkeit und die Gründlichkeit, mit der er seine Staatsrede gehalten hat, herzlichst zu danken. Es ist bei der Fülle des Materials grundsätzlicher Natur wie auch der Einzelheiten gar nicht möglich, daß man sich mit seinen Ausführungen erschöpfend befaßt. Ich möchte deshalb darum bitten, mir zu gestatten, daß ich einige grundsätzliche Punkte aus seinen Ausführungen aufgreife und die Besprechung der Einzelheiten anderen überlasse. Ich halte es auch für richtig und für notwendig, nicht nur in diesem Fall, sondern überhaupt grundsätzlich, daß sich derjenige mit einer Materie beschäftigen soll, der etwas davon zu verstehen glaubt, und daß er bei einem Thema, bei dem er das Gegenteil einzieht, möglichst wenig sagt.

Unter diesen Voraussetzungen darf ich, auch unter Rückblick auf die Ausführungen, die der Herr Ministerpräsident bei der Proklamation der Übernahme der neuen Regierung gebracht hat, vor allem unserer Befriedigung Ausdruck geben, daß der Wirtschaftsminister den Standpunkt vertritt, daß die freie Unternehmerinitiative nicht ausgeschaltet werden kann, sondern

(Stinglwagner [CSU])

im Gegenteil, wenn wir vorwärts kommen wollen, die Grundlage ist, dafür die Möglichkeit zu schaffen. Es ist so, daß die Initiative kein kollektivistisches Merkmal ist. Sie kann also nicht an eine Gemeinschaft gebunden sein, sondern sie ist eine persönliche, eine eigenpersönliche subjektive Haltung, und eine solche muß dem Einzelnen überlassen bleiben. Dieser ist deswegen kein Diktator, kein Wirtschaftsdiktator, sondern er gibt den Impuls für den Auftrieb, den die Wirtschaft gerade in der jetzigen Zeit braucht. Das widerspricht keinesfalls etwa der Tatsache, der wir uns alle beugen müssen, daß in der jetzigen Zeit des Übergangs eine gewisse Planwirtschaft, eine gewisse gelenkte Wirtschaft notwendig ist. Das ist so, darüber brauchen wir uns hier gar nicht mehr unterhalten; wir sind von links bis rechts in allen Lagern vollständig einig. Das Endziel in der Wirtschaftspolitik — und das ist die erfreuliche Feststellung, daß es auch im Wirtschaftsministerium anerkannt wird — ist die freie Wirtschaft mit Unternehmerinitiative. Wir sind sehr dankbar, daß in der Planung, die das Wirtschaftsministerium seiner künftigen Arbeit zugrunde gelegt hat, auch diese beiden Gedanken Erwähnung gefunden haben, die wir für eine Notwendigkeit halten, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Wie gesagt, die Planwirtschaft ist zur Zeit unumgänglich notwendig. Aber wir bitten das Wirtschaftsministerium herzlich darum, daß es den Zeitpunkt nicht versäumt, um mit dieser an sich ungesunden Wirtschaftsförm möglichst bald Schluß zu machen. An diejenigen in allen Kreisen und bei allen Parteien, die sich in der Wirtschaft verantwortlich fühlen, möchte ich die Bitte richten, daß auch sie in ihren Anträgen sich darauf beschränken und darauf Rücksicht nehmen, ihren Anträgen diesen Gedanken zugrunde zu legen.

Wir werden uns in der nächsten Zeit über die Gemeinwirtschaftsfragen zu unterhalten haben. Ich möchte Sie bitten, sich, da es anscheinend bei der Stellung dieser Anträge noch nicht geschehen ist, zu überlegen, daß man sich bei diesen Gemeinwirtschaftsunternehmen doch nicht gut vorstellen kann, wie hier ein Initiative einzelner für den Betrieb Verantwortlicher noch zur Geltung kommen könnte. Ich möchte nochmals betonen: Die Initiative ist eine persönliche Angelegenheit, eine eigenpersönliche Eigenschaft, die von einem Gremium, wie es bei diesen Gemeinunternehmungen gedacht ist, nicht entwickelt werden kann. Damit würde der Wiederaufbau außerordentlich beeinträchtigt werden, wenn in der Form, wie sie in den Anträgen auf Überführung von bestimmten Betrieben in Gemeineigentum zum Ausdruck kommt, die Grundlage gesucht wird.

Die übrigen Fragen grundsätzlicher Natur, die gestreift worden sind, beziehen sich in der Hauptsache auf Verteilungsangelegenheiten. Darüber werden sich Redner der verschiedensten Sparten bestimmt noch näher verbreiten. Eine Frage muß dabei aber doch gestreift werden, die damit zusammenhängt und die von dem Herrn Wirtschaftsminister in der Form ausgedrückt worden ist, daß die Kontingentierung von bestimmten Wirtschaftspruppen zurückgeschraubt werden muß. Diese Sache ist noch nicht spruchreif für alle Berufszweige, die heute mit Sonderkontingenten und Sonderzuteilungen bedacht worden sind.

(Krempf: Das kann man auch anders machen!)

— Nein, Herr Krempf, das kann man zur Zeit nicht anders machen, und ich möchte Ihnen sagen, es ist ein Teil Privatinitiative, die es z. B. im Bergbau ermöglicht hat, daß er sich aus seinen eigenen Reihen heraus mit den notwendigsten Betriebsmitteln und Bedarfsgütern versorgt hat. Das wäre durch den Handel niemals möglich gewesen — das muß hier festgestellt werden — und daß es heute fortgeführt wird, das hat seine verschiedenen Gründe. Vor allem ist es heute auch noch nicht möglich, daß der Handel in dieser Menge diese Bedarfsgüter herbringt, es ist vor allem auch nicht möglich, daß er diese Bedarfsgüter zu solchen Preisen herbringt.

(Krempf: Die Waren werden ja aus dem allgemeinen Kontingent genommen.)

— Aber zu Bedingungen, die der Handel oder die Spezialgruppe niemals zur Verfügung stellen kann. Das ist das Entscheidende. Hier liegt einer der Hauptgründe, warum der bayerische Bergbau nach ganz kurzer Übergangszeit zu dieser Produktionshöhe gekommen ist, eine Angelegenheit, die insofern noch besondere Beachtung verdient, als heute die Öffentlichkeit es sich sehr leicht macht, die Leistung des bayerischen Bergbaus hinzunehmen. Warum? Weil er von Anfang an oder nach kurzer Übergangszeit seine Kapazität voll ausgeschöpft und damit so viele Leistungen vollbracht hat. Damit kommt der bayerische Bergbau — ich erinnere nur an die große Bedrohung, die der übrige Bergbau der vereinigten Zonen erfährt — ganz zu Unrecht in das Hintertreffen. Nehmen Sie mir das nicht übel, daß ich als alter Bergmann heute gerade vom Bergbau spreche! Aber nachdem das Punktsystem in dieser Ausführllichkeit angeführt worden ist, darf ich wohl für mich in Anspruch nehmen, auch diesen Punkt nochmals zu berühren.

Ich muß dabei zunächst zu einer anderen Angelegenheit etwas sagen, die der Herr Wirtschaftsminister angeführt hat: Das ist die Preisbildung. Die Preisbildung bedarf einer Revision. Wie stehen die Verhältnisse hier im Bergbau? Ich habe das bereits einmal angeführt, aber es muß der Öffentlichkeit immer noch einmal gesagt werden, damit endlich die offenen und versteckten Angriffe aufhören, weil sie vollständig zu Unrecht erfolgen. Im Bergbau ist die Lage so, daß er noch heute von den Preisen des Jahres 1927 lebt. Stellen Sie sich das, bitte, nur einmal vor! Ich brauche gar nicht mit allen anderen Zahlen zu kommen, sondern nur anzuführen, daß bereits ab Mai 1945 vom Kontrollrat eine 20-prozentige Lohnerhöhung ohne Preisausgleich judiziert worden ist. Können Sie sich vorstellen, daß der Bergbau heute, so wie es im gesamten übrigen Bergbau Deutschlands auch der Fall ist, sich aus sich selbst heraus noch erhalten kann? Und die Staatsregierung vertritt, teilweise veranlaßt durch die Direktive des Kontrollrats, den Standpunkt, daß eine Preisregelung für die Kohle nicht gewährt werden kann; andererseits aber müssen Zuschüsse für den lebensnotwendig in Bayern zu betreibenden Bergbau gegeben werden, die von seiten des Staates als Kredite bezeichnet werden. Wie stellt man sich vor, daß diese Kredite, wie das bei Krediten der Fall sein muß, einmal wieder zurückgezahlt oder auch nur verzinst werden können? Sie werden erkennen, daß das eine schiefe Situation ist, von der man nicht mehr weiß, wie man sie kennzeichnen soll und welche Konsequenzen auf die Dauer daraus zu ziehen sind.

Das Punktsystem, zu dem Bayern, wie es der Herr Minister ausgeführt hat und wie es allgemein be-

(Stinglwagner [CSU])

kannt ist, so starke Leistungen liefert, ist tatsächlich r e v i s i o n s b e d ü r f t i g. Als Mitglieder der bayerischen Wirtschaft können wir nur hoffen, daß diese Revision auch wirklich durchgeführt wird. Das Punktsystem belastet heute die bayerische Wirtschaft dadurch, daß Güter, die dem bayerischen Verbrauch verloren gehen, in rauhen Mengen dorthin abgegeben werden müssen, ohne daß — und das muß gesagt werden — die entsprechende Gegenleistung in Kohle nach Bayern kommt. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Der bayerische Bergbau hat sich dem Punktsystem nicht angeschlossen, weil wir glauben, daß mit der sogenannten OMGUS-Bewirtschaftung im bayerischen Bergbau die Leistung eher erhöht und die Öffentlichkeit eher entlastet werden könnte als durch dieses Punktsystem. Das war auch der Fall, und wir werden auch dabei bleiben müssen. Aber wir müssen verlangen, daß die Allgemeinheit Bayerns, die unter den Lieferungen für das Punktsystem so stark leidet, mindestens dadurch einen Ausgleich bekommt, daß mehr Kohle nach Bayern gelangt. Das scheitert, wie schon ausgeführt worden ist, zur Zeit an der V e r k e h r s l a g e. Wenn heute an der Ruhr 1,9 Millionen Tonnen auf Lager liegen, so versteht man es nicht, warum man sich bei uns um jeden haben Zentner Kohle bemühen muß, um nicht nur den Hausbrand zu versorgen, sondern auch die lebenswichtigen Industrien einigermaßen aufrecht zu erhalten; denn der bayerische Bergbau allein schafft es ja niemals auch nur den bayerischen Kohlenbedarf vollständig zu decken. Das ist eine Utopie und bleibt ein Utopie, auch wenn durch die Maßnahmen, die inzwischen getroffen worden sind, eine Steigerung eintritt. Sie ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein des Lokalbedarfs, aber irgendwelche einschneidende Verbesserung wird dadurch nicht erreicht. Die Unterstützung der Aufschließung, die der Bergbau vom Wirtschaftsministerium findet, ist zwar begrüßenswert, aber man muß immer wieder sagen: Die Öffentlichkeit darf sich aus dieser soviel besprochenen Tatsache nicht die Hoffnung erholen, daß etwa damit die Notlage, die auf dem Gebiete der Brennstoffversorgung herrscht, behoben werden könnte.

Es war auch von der Geldumstellung die Rede. Meine Damen und Herren! Ich nehme an, die bayerische Regierung, soweit sie in dieser Frage überhaupt seinerzeit wird mitbestimmen können, hat erkannt, daß eine G e l d u m s t e l l u n g nicht forciert werden kann, so wünschenswert dies an sich wäre, bevor nicht eine gewisse P r o d u k t i o n s m e n g e aus dem Lande selbst erzeugt wird. Sonst geht es so bei uns, wie es unsern Nachbarländern ergangen ist, daß umgestellt wird und daß sie am nächsten Tag eine I n f l a t i o n haben, eine Fortsetzung der bisherigen Zustände, nur unter anderem Titel. Wenn nicht eine gewisse Produktion von Konsumgütern im Laufen ist und — ich gehe noch weiter — wenn nicht ein gewisser A n s c h l u ß an den W e l t h a n d e l bereits gefunden ist, der einerseits durch den Export Devisen hereinbringt, andererseits die Möglichkeit schafft, die Rohstoffe, die wir nicht haben, aus dem Ausland hereinzuholen, dann ist eine Geldumstellung verfrüht. Sie wäre ein größeres Unglück als der heutige sogenannte Geldüberhang. Wir befinden uns mit dieser Theorie in bester Gesellschaft, in der Gesellschaft derer, die wahrscheinlich sogar die Genehmigung zur Geldumstellung seinerzeit geben werden, und wir brauchen deshalb keine besondere

Sorge zu haben, daß uns die Geldumstellung zu einem ungeeigneten Zeitpunkt überrascht, denn ihre Folgen wären, wie gesagt, im jetzigen Zeitpunkt mindestens eine noch größere Desorganisation, wie wir sie an sich haben.

Wir haben, wenn ich damit meine Ausführungen über die hauptsächlichsten Probleme der Wirtschaftsordnung, die in den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers berührt worden sind, schließen darf, das Vertrauen, daß das Wirtschaftsministerium unter seiner neuen Leitung im Zusammenspiel unserer bayerischen Wirtschaft innerhalb ihrer eigenen Sphäre die Zusammenhänge, die zwischen der bayerischen Produktion, der Produktion der amerikanischen Zone und der britischen Zone bestehen, voll werten wird und daß im Aspekt der geforderten und unbedingt nötigen Vereinigung sämtlicher wirtschaftlicher Gebiete Deutschlands es auch der bayerischen Wirtschaft gelingen wird, unsere Verhältnisse so in Ordnung zu bringen und dann weiter zu steigern, daß damit eine gedeihliche Fortentwicklung unseres bayerischen Vaterlandes erwartet werden kann, das — das sei auch hier betont — nun mehr, weiß Gott, ein Industrieland ist.

(Beifall bei der CSU.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete H a g e n L o r e n z.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Wenn wir den Etat des Staatsministeriums für Wirtschaft betrachten, so müssen wir feststellen, daß der A p p a r a t des W i r t s c h a f t s m i n i s t e r i u m s, der dazu beitragen soll, die bayerische Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, sehr u m f a n g r e i c h ist. Neben 174 Beamten sind 1630 Angestellte oder, wie es in der Etatvorlage heißt, Dienstkräfte, beschäftigt. Wenn man von dem Umfang dieses Apparats ausgeht, sollte man denken, daß die bayerische Wirtschaft besser intakt sei, als das in Wirklichkeit der Fall ist. Gewiß, die bayerische Wirtschaft ist nicht unabhängig, es sind die verschiedensten Umstände dabei zu berücksichtigen, die auf die Unmöglichkeit hinweisen, eine selbständige unabhängige bayerische Wirtschaft zu schaffen. Das ist richtig. Wir wissen z. B. noch nicht, wie das kommende Deutschland aussieht. Wie steht es zur Zeit mit der deutschen Wirtschaft? Wir wissen nicht, ob in London eine Einigung zustande kommt — es finden gerade in der gegenwärtigen Zeit die historischen Sitzungen statt —, ob die deutsche Wirtschaftseinheit erhalten bleibt, ob vielleicht auch die politische Einheit erhalten bleibt. Deshalb können wir den bayerischen Wirtschaftsminister nicht verantwortlich machen für Probleme, die sich seinen Intentionen entziehen, wenn ich so sagen darf. Wir wissen noch nicht, wann wir überhaupt zu einem Friedensvertrag kommen. Wir haben heute nach mehr als 30 Monaten immer noch den latenten Kriegszustand. Wir warten auf den F r i e d e n s v e r t r a g, der uns ein Leben und eine Wiederaufbaumöglichkeit läßt. Wir wissen aber noch nicht, wann er kommt.

Wenn auch der M a r s h a l l - P l a n uns eine größere Entwicklungsmöglichkeit verspricht, so ist es doch noch fraglich, ob wir unsere Wirtschaftskapazität ausnützen können, um auch nur unserem Wiederaufbau und unserer Verpflichtung gegenüber der Welt in dem notwendigen Maße nachzukommen. Es zeigen sich jetzt zwar schon — und darauf hat der Herr Wirtschaftsminister hingewiesen — die ersten A n s ä t z e zu einem E x p o r t. Nach dem Willen der Befehlsmächte soll der Export unserer Wirt-

(Hagen Lorenz [SPD])

schaft, die uns nach der Demontage noch bleibt, die Möglichkeit geben, uns aus eigener Kraft wieder wirtschaftlich emporarbeiten zu können. Diese Frage kann auch nicht durch den Herrn Wirtschaftsminister, ebensowenig wie durch einen von uns, beantwortet werden.

Weitere Erschwerungen bringt uns die endgültig beschlossene Demontage, die wir nicht nur im bayerischen, sondern im bizonalen Rahmen sehen müssen. Wenn wir auch eine möglichst selbständige bayerische Wirtschaft anstreben, so können wir uns doch nicht separatistisch abschließen. Wir brauchen die Rohstoffe, wir brauchen Halbfabrikate aus der Bizone bzw. aus dem Ruhrgebiet, und wir wissen nicht, was uns an Möglichkeiten noch verbleibt, wenn die Demontage durchgeführt wird. Wenn es den Tatsachen entspricht, was durch die Presse gegangen ist, daß die alliierten Reparationsbehörden die deutschen Einsprüche gegen die Demontage zurückgewiesen haben, so bedeutet das nicht nur eine Zerreißung der organischen Gliederung unserer Industrie und steht in großem Widerspruch zu den Möglichkeiten, die uns durch den Marshall-Plan gegeben werden sollen, sondern das bedeutet unserer Auffassung nach den vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft. Das alles sind Hindernisse, die auch das Wirtschaftsministerium noch nicht überbrücken kann und für die wir dem Herrn Wirtschaftsminister keine Verantwortung zuschieben und von ihm keine Verantwortung verlangen können.

Aber trotz aller dieser Hemmungen, die ich hier ganz kurz angedeutet habe, müssen wir feststellen, daß das bayerische Wirtschaftsministerium noch nicht alle Möglichkeiten in Angriff genommen hat, die ausgeschöpft werden könnten. Wir wissen hier z. B. noch nicht, was für Pläne der Herr Wirtschaftsminister für den Wiederaufbau der deutschen bzw. der bayerischen Wirtschaft hat. In den kurzen Andeutungen, die der Wirtschaftsminister gemacht hat, hat er eigentlich gar nicht gezeigt, was er für einen Weg gehen will. Ich konzediere, daß man im Rahmen eines kurzen Vortrags solche Dinge nicht erschöpfend behandeln kann.

Der Amtsvorgänger des Herrn Staatsministers für Wirtschaft hat mit einer umfassenden Reorganisation des Wirtschaftsministeriums und der bayerischen Wirtschaft begonnen. Er konnte wegen seines Ausscheidens aus der Regierung die begonnenen Arbeiten nicht beenden. Wir fragen nun den Herrn Wirtschaftsminister, ob er gewillt ist, die von seinem Amtsvorgänger eingeschlagene Linie weiter zu gehen, oder ob er eigene neue Wege beschreiten will. Wenn letzteres der Fall ist, so fragen wir, welche Wege er einschlagen will. Das bayerische Volk, als dessen Vertreter wir hier stehen, hat ein Recht, dies zu erfahren, zumal weil bei der Staatsberatung zum Ausdruck kam, daß das bayerische Wirtschaftsministerium einen Zuschuß von 14,9 Millionen Mark verlangt. Das sind Steuergroschen, für die wir als Vertreter des Volkes dem Volk Rechenschaft schuldig sind. Es darf auch nicht sein, daß heute die freie wirtschaftliche Initiative, von der auch der Herr Kollege Stinglwagner gesprochen hat und die wir in normalen Zeiten auch nicht unbedingt und nicht vollständig ausschalten wollen, selbstherrlich darüber bestimmt, wie und wozu die vorhandenen Rohstoffe verwendet werden. Rentabilitäts Gesichtspunkte der Unternehmer müssen heute im Zeichen der ungeheuren Not des ganzen Volkes unter allen Umständen ausscheiden.

Im Interesse unseres Wiederaufbaus müssen wir eine planvoll gelenkte Wirtschaft haben. Wir müssen aber andererseits auch loskommen von der staatlichen Zwangswirtschaft, in der wir heute leben, und die vielfach von den Gegnern jeder Planung dazu benützt wird, daß diese staatliche Zwangswirtschaft fälschlicherweise als Planwirtschaft bezeichnet wird. Wenn die Leistung unserer Wirtschaft gesteigert werden soll, so ist Voraussetzung dafür, daß eine reifliche Erfassung und eine Verteilung der vorhandenen Rohstoffe gewährleistet ist. Der Verteilungsapparat unseres Wirtschaftsministeriums hat aber sowohl bei den Rohstoffen wie bei den Halbfabrikaten und bei den Fertigfabrikaten versagt und einen derartigen Umfang angenommen, daß im Volksmund draußen die Meinung vertreten wird: Je weniger wir zu verteilen haben, desto größer wird der Verteilungsapparat im Wirtschaftsministerium.

(Guerl: Wer hat denn da versagt?)

— Nein, nein, das war schon zu Erhardts Zeiten so, Herr Kollege Guerl, und hat sich jetzt auch unter der neuen Ägide absolut noch nicht vermindert.

(Dr. Dehler: Das wird immer so bleiben, Herr Kollege, solange Sie Planwirtschaft haben!)

— Daran ist nicht die Planwirtschaft schuld, sondern etwas anderes, worauf ich mir erlauben werde, noch kurz einzugehen. Der alte liberalistische Grundsatz, daß die Wirtschaft ihre eigenen Wege geht und ihre eigenen Gesetze hat, hat heute in der Zeit dieses vollständigen Zusammenbruchs keine Berechtigung mehr. Heute ist der Staat gezwungen, Wirtschaftsgesetze zu erlassen, die von allen beachtet und eingehalten werden müßten. Leider müssen wir hierbei feststellen, daß sich die Unternehmer, ich habe dabei in der Hauptsache die Großunternehmer im Auge, die sich immer so gerne als die hauptsächlichsten Träger des Staatsgedankens hinzustellen belieben, zum weitaus größten Teil ihrer Pflicht gegenüber dem Staat und damit gegenüber der Allgemeinheit nicht bewußt sind. Es könnte sonst nicht sein, daß eine derartige Haltung, ein so umfangreicher Schwarzhandel und eine durch nichts berechnete, zu rein persönlichen Interessen mißbrauchte Kompensation betrieben wird. Für uns ist es kein Trost, wenn der Herr Wirtschaftsminister vorhin erklärt hat, daß Bayern immerhin noch derjenige Staat sei, in dem höchstens nur 20 Prozent von der normalen Bewirtschaftung wegfallen; denn dadurch, daß in anderen Ländern noch mehr kompensiert, noch mehr schwarzgehandelt wird, wird unsere Wirtschaft auch nicht stabiler, unsere Arbeiter und Angestellten werden nicht fatter und die Wirtschaft wird dadurch nicht in einen besseren Gang gebracht werden.

(Zuruf: Das war eine sachliche und notwendige Feststellung.)

— Ich habe nichts dagegen, daß sie der Herr Wirtschaftsminister gebracht hat, ich sage nur, daß unsere Wirtschaft deshalb, weil sie vielleicht etwas weniger kompensiert, auch nicht viel besser ist als die in anderen Ländern. Wir verurteilen das, was nach den Andeutungen des Herrn Wirtschaftsministers in der englischen Zone gemacht wird ebenso scharf, wie wir das verurteilen, was bei uns in Bayern gemacht worden ist und gemacht wird. Die Kompensationen sollen nun erneut in staatliche Bahnen gelenkt werden.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Ich habe hier die letzte Nummer der „Mitteilungen des

(Hagen Lorenz (SPD))

Regierungswirtschaftsamtes Oberbayern“ vor mir liegen. Hier lesen wir folgende Verordnung:

Die Wirtschaftsämter können auf Antrag bewirtschaftete Güter zu Kompensationsgeschäften freigeben. Zuständig für die Genehmigung ist das Wirtschaftsamt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Sitz hat. Für die Antragstellung ist das beiliegende Formblatt zu verwenden. Kompensationsgeschäfte dürfen nur genehmigt werden, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Erzeugung und der Leistungskraft eines lebenswichtigen Betriebs in den nächsten 6 Monaten erforderlich sind. Es sollen nur solche Betriebe berücksichtigt werden, bei denen die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Rohstoffen und Hilfsstoffen gewährleistet ist.

Das ist das, was diese neue Verordnung vorsieht.

(Dr. Lacherbauer: Nennen Sie den Prozentsatz des Gesamtumsatzes, innerhalb dessen kompensiert werden darf!)

Aber meine Damen und Herren! Wenn es in dieser Form wirklich gewährleistet wäre, könnte man sich damit abfinden. Ich stehe absolut nicht auf dem Standpunkt, daß wir heute ohne Kompensationen auskommen können, weil leider Gottes die Kompensationen mit der Wirtschaft schon zu sehr verflochten sind. Deshalb könnte man einer gewissen Kompensation, die staatlich gelenkt wird, noch das Wort reden. Wie liegen die Dinge? Gibt es nicht einzelne Sparten, bei denen die Kompensationen des vorhandenen Sozialprodukts mehr als die Hälfte betragen? Ich brauche nicht einzelne Schuldige herauszugreifen; das ist eine Tatsache und kann, wenn es gewünscht wird, nachgewiesen werden. Die Kompensation unter staatliche Kontrolle zu bringen, ist nach meiner Auffassung völlig mißlungen. Die Schlussfolgerungen, daß die ganze Wirtschaft, wenn die Kompensationen völlig unterbunden würden, zum Erliegen kommen würde, ist nur bedingt richtig, im Rahmen dessen, was ich gerade angedeutet habe. Was auf dem Tauschweg beschafft werden kann, muß und kann auch auf dem Wege der Bewirtschaftung erhalten und verteilt werden, damit es nicht dem einzelnen, sondern der Gesamtheit zugute kommt. Wenn man es ihr aber nicht zugute kommen lassen will, lasse man, das möchte ich ganz deutlich aussprechen, die Kompensationen für alle Wirtschaftszweige zu. Dann begibt man sich aber auch jeden Rechts, den Arbeiter daran zu hindern, bei den heute noch immer gestoppten ungenügenden Löhnen sein Produkt, nämlich seine Arbeitskraft, ebenfalls zu kompensieren.

(Zuruf: Das macht er schon lange.)

Das macht er noch nicht lange. Die staatlichen Maßnahmen gehen dahin, daß man heute wieder verlangt, daß der Arbeiter die 48-stündige Arbeitswoche einhält. Wenn er das tut, bleibt ihm keine Möglichkeit übrig, irgendwie sein Produkt, die Arbeitskraft, zu kompensieren. Ich habe auch als Gewerkschaftsführer in Zukunft nicht mehr den Willen und die Absicht, die Arbeiter anzuhalten, daß sie die 48 Stunden bei den gestoppten Löhnen in den Betrieben stehen. Sie sollen ruhig die 40-stündige Arbeitswoche einhalten und dann hinausgehen und versuchen, durch graue Löhne sich den Lohnausgleich zu verschaffen, der zur Aufrechterhaltung ihrer Arbeitskraft und ihres Lebens notwendig ist. Aber dann, meine Herrschaften, wollen wir uns nicht den Vorwurf machen lassen, daß wir

diejenigen sind, die es verhindert haben, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut wird.

Staatsminister Dr. Seidel: Herr Hagen, Sie müssen doch wissen, daß gleichzeitig mit der Regelung der Kompensationsgeschäfte im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Deputatlöhne geregelt wurden. Was Sie da sagen, ist überflüssig. Das ist ja geregelt.

Hagen Lorenz (SPD): — Nein, Herr Staatsminister, das ist nicht allgemein, sondern nach Ihren eigenen Ausführungen nur für einen ganz bestimmten Teil der Arbeiterschaft geregelt. Für den Teil, der in der freien Wirtschaft steht, ist das keineswegs geregelt. Dieser unterliegt heute noch den Zufälligkeiten der Lohngestaltung nach den Löhnen und Tarifen, die wir im Jahre 1932 abgeschlossen haben. Diese Deputatlöhne umfassen nur einen ganz geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft. Ich sage, man kann es dem Arbeiter nicht verargen, wenn er zu den gestoppten Löhnen nur mehr 40 Stunden oder auch weniger arbeiten will. Es darf auf den Arbeiter kein Zwang mehr ausgeübt werden, vor allem kein staatlicher Zwang, daß er sein Produkt, die Arbeitskraft, nur zu dem gestoppten Lohn verkaufen kann, weil, wie ich betont habe, der Arbeiter infolge der Notlage gezwungen ist, einen grauen Lohn zu verdienen, und zwar nicht aus gewinnfüchtiger Absicht heraus, sondern nur, weil er für sich und seine Familie das Notwendige aufbringen muß. Sehen Sie sich heute nicht hierher und vertreten Sie noch, was von einem großen Teil der Wirtschaft heute ganz bewußt angestrebt wird, nämlich bei einer kommenden Währungsreform möglichst ungerupft zu bleiben! Will man heute an dem riesigen Unglück, das über uns durch die Nationalsozialisten gekommen ist, wieder nur diejenigen tragen lassen und denjenigen die Lasten aufbürden, die am wenigsten an der Entstehung dieses Unglücks schuld sind? Das ist eine feststehende Tatsache, das sollten auch Sie, meine Herren, nicht so ohne weiteres vertreten, wie es bisher von Ihrer Seite aus geschehen ist. Wenn, ich spreche das noch einmal ganz deutlich aus, den Herren Unternehmern das Recht, zu kompensieren, gegeben wird, so muß es auch dem Arbeiter, wenn er dazu gezwungen ist, gewährt werden. Wenn man das nicht will, kann man höchstensfalls dem zustimmen, daß eine staatlich genau überwachte Kompensation durchgeführt wird, die aber dann alle Beteiligten gleichmäßig treffen muß. Wenn wir das nicht tun, dann werden wir in einigen Wochen den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen vollständig verlieren. Wenn wir von den Gewerkschaften nicht gewesen wären, wäre es vielleicht heute schon so weit. Wir haben in den letzten zwei Jahren dem Staat und der Wirtschaft einen Kredit gegeben wie kein anderer Stand im Lande. Dafür soll man nicht immer nur für den Arbeiter Undank haben und den Arbeiter, wie man es früher getan hat, gewissermaßen als vaterlandslosen Gesellen hinstellen.

(Zuruf: Umgekehrt ist es, die Gewerkschaften regieren in Bayern! — Große Unruhe.)

— Das behaupten Sie wider besseres Wissen! Ich möchte nicht näher darauf eingehen. Was hat die Wirtschaft im Kampfe gegen das Schiebertum und gegen die unberechtigten Kompensationen getan? Gerade, weil ein Teil der Herren Unternehmer, ich sage ausdrücklich: ein Teil, nicht willens ist, die Wirtschaft zu demokratisieren, muß die Regierung selbst die Initiative dazu ergreifen. Es müssen die B e i r ä t e neu geschaffen, sie müssen besser ausgebaut werden als bisher, so wie es der Herr Vorgänger des

(Hagen Lorenz [SPD])

Herrn Wirtschaftsministers geplant und begonnen hat. Sie müssen überall dort eingesetzt werden, wo es notwendig ist, daß sie als Kontrollorgane in allen Instanzen wirken. Es muß deshalb möglichst rasch ein Gesetz zur Errichtung von Beiräten in der Wirtschaftsverwaltung geschaffen werden. Es muß auch, wenn wir den Art. 175 beraten, dafür gesorgt werden, daß die Mitwirkung der Betriebsräte innerhalb der Wirtschaft besser und stärker fundiert wird, als es bisher der Fall gewesen ist.

Wir sind auch der Meinung, daß es im Interesse der Wirtschaft liegen würde, wenn man eine Sachverständigenkammer auf paritätischer Grundlage bilden würde. Es ist mir bekannt geworden, daß sich auch Herren der Universität und der Technischen Hochschule sehr dafür interessieren. Sie wissen, daß der uns nahestehende frühere Staatssekretär im Sonderministerium Höltermann seit mehr als 1½ Jahren sich dafür eingesetzt hat, daß endlich einmal derartige Kammern gebildet werden. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Wirtschaftsstellen nicht mehr mit Personen besetzt werden, die starke Industrie- bzw. Betriebsbindungen aufweisen. Der Herr Wirtschaftsminister hat das selbst als unhaltbaren Zustand bezeichnet. Wir gehen noch weiter und sagen: Wenn eine solche betriebliche oder eine industrielle Bindung vorhanden ist, so ist die betreffende Person für uns untragbar, weil ihr eben die notwendige Objektivität fehlt. Da sind noch Überbleibsel da aus der Zeit des früheren Wirtschaftsministers Dr. Erhardt, der sich nur im Schlepptau der Großindustrie befunden und das Wirtschaftsministerium mit solchen Kräften so durchsetzt hat, daß es seinem Nachfolger Dr. Zorn nicht möglich war und, ich glaube auch, dem Herrn jetzigen Wirtschaftsminister in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, das Ministerium davon zu reinigen.

Der Herr Wirtschaftsminister sagt uns, daß er auch die Landesstellen abschaffen bzw. umbilden will; er will sie einem Landeswirtschaftsamt unterstellen. Ich weiß nicht, ob damit dann das beseitigt wird, was bisher auf diesem Gebiet gesündigt worden ist. Ich glaube nicht, daß der Leiter eines Landeswirtschaftsamts die Übersicht bekommen kann, die notwendig ist, um bei dem verfallenen Apparat der Landesstellen, wie er heute vorhanden ist, Remedur zu schaffen. Die Landesstellen werden weiterhin wie bisher ihr Unwesen treiben.

Nun ist mir bekannt geworden, daß als Präsident dieses Landwirtschaftsamtes ein Herr Dr. Otto Graf vorgesehen sein soll. Ich weiß nicht, ob ich richtig informiert bin. Vielleicht kann der Herr Wirtschaftsminister darauf Antwort geben. Sollte das aber der Fall sein, so darf ich im Namen meiner Fraktion erklären, daß wir die stärksten Bedenken gegen diesen Herrn haben. Herr Dr. Otto Graf war nicht nur einer der stillschweigenden und intimen Mitarbeiter und Berater des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Erhardt, sondern er hat auch in der nationalsozialistischen Zeit eine ähnliche Funktion beim Regierungswirtschaftsamt von Mittelfranken in Fürth innegehabt. Sein unheiliges Wirken aus dieser Zeit ist uns noch zu bekannt.

(Zuruf: Wissen Sie, wieviele Geschäftsbetriebe er wieder geöffnet hat, die die Nazis geschlossen hatten?)

— Das ist möglich, das will ich nicht bestreiten. Aber das wird ihn nicht reinigen von dem, was er während der Nazizeit an Unheil angerichtet hat.

(Dr. Zwirnagl: Was für ein Unheil hat er denn angerichtet?)

— Das können wir belegen. Ich habe leider erst heute erfahren, daß Dr. Graf auf diese Stelle beordert werden soll, es war mir also nicht mehr möglich, in Nürnberg und Fürth nachzuzufahren. Ich werde mich aber bemühen, die Belege beizubringen.

Staatsminister Dr. Seidel: Ich bitte, diese Anfrage an meinen Amtsvorgänger Dr. Zorn zu richten, der die allergrößten Anstrengungen gemacht hat, um Dr. Otto Graf in das Wirtschaftsministerium zu bringen.

Hagen Lorenz (SPD): — Das wird uns trotzdem nicht daran hindern, über Herrn Dr. Graf das zu sagen, was wir zu bemerken für unsere Pflicht halten. Wenn Ihr Herr Amtsvorgänger das getan hat, so mag das seiner persönlichen Initiative entspringen sein, es mag auch geschehen sein, weil er gewissen Beeinflussungen seines Ministeriums unterlegen ist. Das wird uns aber nicht daran hindern, über Herrn Dr. Graf das zu sagen, was wir für notwendig halten.

(Zuruf: Herr Dr. Auerbach hat auch keinen Protest eingelegt!)

— Dann befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem Herrn Wirtschaftsminister, daß Wirtschaftsstellen nicht mit Leuten besetzt werden dürfen, die starke Industrie- oder Betriebsbindungen haben, weil ihnen dann die notwendige Objektivität für die Durchführung ihrer Arbeit abgesprochen werden müßte.

(Zuruf: Sie müssen aber doch etwas von der Sache verstehen!)

Darf ich einen Fall anführen, der zeigt, wie in der Industrie gearbeitet wird? Ich habe durch einen Betriebsrat aus Dießen am Ammersee folgenden Bericht erhalten: Dort ist ein Herr mit dem seltenen Namen Müller, Vorname Alois. Er war 1939 noch Handelsvertreter in Friseur- und Gummwaren. Nachdem er dort festen Fuß gefaßt hatte, hat er sich der Scheuerpulverfabrikation zugewandt. Er hat den Sand von der Straße aufgeklaut, hat ihn mit etwas chemischem Pulver vermischt und hat dann eine Fabrik für Scheuerpulver aufgemacht. Darauf hat er sich der Raumentwehung und Seuchenbekämpfung zugewandt, später dem Pflanzenschutz und der Schädlingsbekämpfung. Ich betone, das war der frühere Handelsvertreter in Friseur- und Gummwaren. Als Nichtfachmann hat er dann, nachdem er sich der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfung zugewandt hatte, es verstanden, in der Vorstandschaft für Wilddrogen Fuß zu fassen und hat dort als Nichtfachmann entscheidend mitgewirkt und über die Art und das Ausmaß sowie die Verteilung von Rohstoffen einer so bedeutenden Industriegruppe der Pharmazie, wie es die Wilddrogengruppe ist, bestimmt. Daß er alles andere als sozial ist und daß er den Kasernenhofston gegenüber seinen Angestellten noch heute liebt, sei nur am Rande vermerkt. Man kann aber wirklich nicht dulden, daß dieser Herr in einer derartigen Sparte der Industrie eine Bedeutung erlangt, obwohl er nicht die fachlichen Voraussetzungen mitbringt. Aber die gelehrten Herren in der Fachgruppe Pharmazie stoßen sich daran anscheinend nicht. Der Herr ist ihnen rhetorisch sehr überlegen und versteht es, sie einzuwickeln. Ich will damit nur aufzeigen, wie leichtfertig —

(Zuruf: Was hat das mit dem Wirtschaftsetat zu tun?)

(Hagen Lorenz [SPD])

— Das hat schon etwas damit zu tun! Sie sehen, wie leichtfertig man in Industriekreisen vorgeht bei der Beurteilung der wissenschaftlichen Vorkenntnisse auf einem Aufgabengebiet, wie es gerade die Wilddrogen sind. Kann man da nicht mit Recht verlangen, daß man auch die Betriebsräte als die Vertreter des anderen Teils der Wirtschaft, die mindestens über ebenso viele Sachkenntnisse wie der Scheuerpulverfabrikant verfügen, an der Gestaltung der Wirtschaft mit teilnehmen läßt? Deshalb verlangen wir die Einschaltung der Betriebsräte, deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, daß möglichst rasch eine Sachverständigenkammer gebildet werden muß und daß die Wirtschaft in Zukunft planvoll und demokratisch von beiden Faktoren der Wirtschaft gelenkt und verwaltet wird. Hier vermissen wir beim Wirtschaftsministerium die nötige Initiative.

Ich darf Ihnen ein weiteres Beispiel anführen. Der Amtsvorgänger des Herrn Wirtschaftsministers hat bei den Landesstellen Beiräte geschaffen. Diese Beiräte werden jetzt wahrscheinlich durch die Abschaffung der Landesstellen bzw. durch ihre Unterstellung unter das neu zu bildende Landeswirtschaftsamt überflüssig. Es ist seit zwei Jahren nicht zum ersten Mal, daß wir feststellen, daß man dann, wenn die Vertreter der Arbeiterschaft als des anderen Teils der Wirtschaft zum Zuge kommen sollten, entweder diese Regierungsstellen umgebildet oder aufgehoben und damit die Beiräte wieder ausgeschaltet hat. Es ist das auch bereits im Länderrat passiert. Dagegen wehren wir uns als die Vertreter der Schaffenden, die ein Recht haben, an der Gestaltung der Wirtschaft teilzunehmen wie die Herren Unternehmer, die bisher für sich beansprucht haben, allein die Wirtschaft zu führen.

Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber ich darf mir hier die Frage erlauben: Wie steht es mit der weiteren Erschließung der bayerischen Kohlenvorkommen? Der Herr Wirtschaftsminister hat selbst darauf hingewiesen, daß noch lange eine Kohlennot vorhanden sein wird und daß wir von der Ruhr infolge des Exports wenig Kohlen bekommen werden, vor allem nicht in dem Ausmaß, wie wir sie in Bayern brauchen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die Baustoffherzeugung größtenteils von der Kohlenzuteilung abhängig ist. Wäre es nun nicht gerade in diesem Zusammenhang angebracht, der Frage näher zu treten, mehr als bisher die bayerischen Kohlenvorkommen zu erschließen, um die minderwertige bayerische Kohle wenigstens für den Hausbrand verwenden zu können, damit die uns von der Ruhr gelieferte Kohle für andere Zwecke frei wird? Man sollte sich auch im Wirtschaftsministerium mehr als bisher mit der weiteren Erschließung der bayerischen Kohlenvorkommen befassen.

Ich habe nur einige der wichtigsten Punkte der Neugestaltung der Wirtschaft und der neuen Organisationsform der Wirtschaft herausgestellt, weil ich glaube, damit dem Herrn Wirtschaftsminister einige Anregungen zu geben. Ich wiederhole noch einmal: Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die auch ihm im Wege stehen, wir glauben aber, daß trotzdem das Wirtschaftsministerium eine größere Initiative zur Demokratisierung der Wirtschaft entfalten müßte, damit wir zu einer wenn auch vorläufig noch nach den Richtlinien des Wirtschaftsministeriums gelenkten Planwirtschaft kommen, obgleich wir, wenn wieder geordnete Wirtschaftsverhältnisse bestehen,

selbstverständlich sehr stark daran interessiert sind, daß die Wirtschaft später wieder eine gewisse Selbstverwaltung bekommt, allerdings nicht nur durch die Unternehmer, sondern durch alle Wirtschaftsfaktoren, die ein Recht haben, an der Wirtschaftsgestaltung und an der Wirtschaftsformung mitzuarbeiten.

Ich habe vor kurzem hier einmal angeführt, daß wir Deutsche — ich spreche hier absichtlich nicht von Bayern allein — als wertvollstes einziges Gut, das wir noch besitzen, unsere Arbeitskraft haben. Sie ist unsere einzige Wirtschaftsquelle geblieben, nachdem uns heute die Rohstoffe und die Maschinen fehlen und wir auch noch an die Anordnungen der Besatzungsmächte gebunden sind, also noch keine freie Wirtschaft haben. Wir können also nur die in Sozialprodukte umgesetzte Arbeitskraft, die deutsche Wertarbeit, exportieren, wenn wir von den Lasten frei werden wollen, die uns der Nazismus hinterlassen hat. Der privatwirtschaftlichen Initiative kann die Neugestaltung und Demokratisierung unserer Wirtschaft nicht allein überlassen bleiben, sondern diese muß unter Beteiligung aller Wirtschaftsfaktoren und des Staates in planvoller Lenkung erfolgen. Sorgen wir also dafür, daß uns diese Arbeitskraft für den Aufbau einer planvoll gelenkten Wirtschaft erhalten bleibt, und sorgen wir dafür, daß auch das Wirtschaftsministerium darin mit seine Hauptaufgabe erblickt.

(Beifall bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Zehner.

Zehner (CSU): Frauen und Männer des hohen Hauses! Ich möchte Sie heute nicht allzu lange aufhalten, aber einige Punkte möchte ich doch als Frau zu diesen Fragen herausstellen.

Von ganzem Herzen würde ich mich als Frau und Normalverbraucherin freuen, wenn ich mich hier auf das Podium stellen und den Wirtschaftsministern, die sich mit der Produktion und Verteilung befassen müssen, zurufen könnte: Herr, halt ein mit deinem Segen! Aber angesichts der heutigen Not der Frauen und Mütter müssen Sie mir gestatten, einige Worte zu allen diesen Fragen zu sagen. Wir haben gestern die große Nahrungsnote erwähnt, die uns so bitter hart drückt, und Sie haben zugleich gesehen, wieviel Ihnen täglich an Kartoffeln, Fett und Nahrungsmitteln zugeteilt werden kann.

In der gleichen Lage befinden wir uns in der Textilversorgung. Schon seit dem Jahr 1939 konnte ein Normalverbraucher fast nichts mehr einkaufen. Es konnte auch Altes nicht mehr ersetzt werden; denn infolge der Wirtschaftspolitik Hitlers waren wir vom Ausland völlig abgeschnitten und mußten mit dem auskommen, was uns selbst zur Verfügung stand. Wenn Sie die Bittgesuche, die alltäglich an mich gelangen, durchlesen würden, so würden Sie sehen, wie herzerschütternd die Frauen mit Kindern um etwas Stopfgarn, Nähgarn und um Faden betteln. Sie sind heute buchstäblich nicht mehr in der Lage, das Alte, das ihre Kinder zerrissen haben, wieder einigermaßen tragfähig zu machen. Während des ganzen Jahres 1947 konnte uns nur in der 98. Periode für 20 Pfennige Stopfgarn zugeteilt werden und in dieser Periode wird uns für 30 Pfennige zugeteilt. Ich habe die Rationskäse hier. Nun frage ich Sie: Wenn Sie vier oder fünf Kinder hätten und Sie sollten damit Hosen und Jacken flicken, wären Sie hierzu in der Lage? Ich hätte

(Frau Jehner [CSU])

daher die ganz große Bitte an den Herrn Wirtschaftsminister, alles Mögliche zu unternehmen, um diese wirklich nicht mehr erträgliche Not nach besten Kräften zu lindern. Wir wissen, daß es an der Grundlage fehlt, wir wissen, daß es an Rohmaterial fehlt, daß es an Kohlen und an Strom fehlt. Wir hoffen aber zuversichtlich, daß doch nach und nach eine kleine Besserung eintreten wird.

Und noch eine Bitte möchte ich ganz besonders aussprechen. Heute Mittag wurde am Rundfunk bekanntgegeben, daß soundsoviele Tonnen Textilien schon in Bremen stehen, die zur Verteilung gelangen sollen. Ich fürchte fast, daß man hier auch wieder Transportorgen und Schwierigkeiten vorschoben wird und die Waggon nicht zu uns nach Bayern gelangen. Ich möchte daher die Bitte aussprechen, daß bei dieser Verteilung nicht nur die Sonderkontingentsträger, sondern auch die Normalverbraucher, die schon seit Jahren darauf warten, wieder einmal ein Stück zugeteilt zu bekommen.

Eine andere Not möchte ich auch noch hervorheben: die große Schuhsnot. Es hat mich sehr bedrückt, als ich vom Herrn Wirtschaftsminister hören mußte, daß wir auch für das Jahr 1948 mit keiner besonderen Besserung zu rechnen haben, weil wir das, was wir in Bayern noch haben, mit der Bizone teilen müssen. Ich möchte aber als Bayerin und als Frau die Bitte aussprechen, doch auch für uns Bayern etwas Verständnis zu haben und uns wenigstens das Allernotwendigste zuteil werden zu lassen. Wenn das so weiter geht, ist der Normalverbraucher auch in fünf Jahren noch nicht in der Lage, sich ein Paar Schuhe zu kaufen.

Sodann möchte ich noch eine Frage besonders herausgreifen, die heute nicht erwähnt wurde. Ich habe hier die Waschmittelzuteilungen dabei, mit denen eine Hausfrau die Kinder sauber halten und zugleich die Wäsche für den ganzen Monat waschen soll. Ein Normalverbraucher erhält im Monat 125 Gramm Waschmittel und ein halbes Stückchen Seife zugeteilt. Ich habe gestern von einer Hausfrau einen Brief bekommen, in dem sie mir mitteilt, daß sie mit dieser Zuteilung das bißchen Wäsche, das ihr noch zur Verfügung steht, weiterhin nicht mehr instandhalten kann. Sie schreibt, daß sie ihre dunkle Wäsche stets mit dem Wasser von rohen Kartoffelschalen waschen muß und die weiße Wäsche mit Salz; denn das bißchen Waschmittel, das zur Verfügung steht, kann sie nur zur großen Wäsche verwenden. Sie braucht auch unbedingt im Laufe des Monats noch einige Gramm zu einer Sonderwäsche. Was uns aber im Monat zugeteilt wird, ist nur das halb Stück Seife und 125 Gramm Waschmittel. Die Kinder erhalten 250 Gramm, das heißt 125 Gramm Waschmittel und zwei Stückchen Seife. Nun frage ich Sie, ob es damit möglich ist, die Sauberkeit, die wir als Deutsche gewöhnt waren, weiter aufrechtzuerhalten. Es ist nicht zu verwundern, wenn da und dort Krankheiten aller Art ausbrechen, und ganz besonders, wenn die Tuberkulose, die man einzig und allein der Ernährung zuschreibt, noch weiterhin ansteigt, weil wir nicht in der Lage sind, unsere Kinder entsprechend sauber zu halten. Es ist wirklich ein Wunder, daß unsere Hausfrauen mit diesen geringen Zuteilungen noch auskommen können. Ich weiß, daß von seiten des Ministeriums alles unternommen wurde, um die Not der Hausfrauen etwas zu erleichtern.

Ich möchte aber auch noch eine Bitte aussprechen. Ich höre da und dort, daß die Porzellanindustrie in Bayern den Höhepunkt erreicht hat und 75 Prozent der Produktion ins Ausland geliefert werden müssen. Hier möchte ich bitten, daß vielleicht zu Weihnachten auch unseren Frauen die große Freude bereitet werden könnte, einmal wieder einen Teller oder eine Tasse kaufen zu können. Viele Familien können heute nicht mehr gemeinsam das Essen einnehmen, weil ihnen die Teller, Tassen und Bestecke fehlen. Wenn uns diese Freude gemacht würde, dann sähen wir, glaube ich, zu Weihnachten viele Frauen mit glänzenden Gesichtern da sitzen. Ich weiß, daß wir von uns aus nicht in der Lage sind, die Not, die gigantische Not zu überwinden, die uns als Frauen tagtäglich drückt. Ich spreche deshalb neuerdings die Bitte an die Besatzungsmacht aus, daß sie uns doch aus unserer Not helfen möge. Ganz besonders aber bitte ich die amerikanischen Frauen, sich an die führenden Männer zu wenden, daß sie doch Verständnis für uns haben und uns nach und nach aus unserer gigantischen Not, die uns nicht mehr ruhen läßt, wieder befreien möchten. Dies ist der Wunsch und die Bitte der Frauen, die wir an die Besatzungsmacht richten.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Meine verehrten Damen und Herren! Es sind jetzt bei uns eine ganze Reihe amerikanischer Gäste eingetroffen, so daß ich doch die Gelegenheit benützen will, das zu sagen, was uns am Herzen liegt. Ich werde auch Veranlassung nehmen, daß der englische Text dieser Ausführungen überreicht wird.

Es ist uns eine ganz besondere Freude und eine außerordentliche Ehre, hervorragende Männer des amerikanischen Verlags- und Zeitungswesens namens des Bayerischen Landtags, der die nach demokratischen Grundsätzen gewählte Volksvertretung des bayerischen Volkes ist, begrüßen zu können. Mit besonderer Genugtuung haben wir vernommen, daß Sie sich eingehenden Einblick über die derzeitigen staatlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und besonders auch sozialen Verhältnisse in unserem Volke, im besonderen auch durch Besuch von Flüchtlingslagern, verschaffen. Auch die besondere Lage unserer Jugend steht im Mittelpunkt Ihres Interesses.

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß Ihr hoher Besuch zu einer weiteren Vertiefung des Verständnisses des amerikanischen Volkes für die besondere Lage unseres bayerischen und deutschen Volkes führen möge. Die einsichtigen Kreise unseres Volkes haben die großzügige Hilfe Amerikas, Ihres damaligen Präsidenten Hoover, kurz vor der Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus nicht vergessen. Um unser Volk und die Beziehungen der Welt zu unserem Volk wieder in Ordnung zu bringen, müssen die Herzen der Völker einander wieder nahegebracht werden. Die Welt muß wissen, daß die überwiegende Mehrzahl unseres Volkes es als eine Erlösung empfunden hat, daß die Welt und wir von dem blutigen Terror des Nationalsozialismus befreit wurden. Diese Menschen sind bereit, in Deutschland wieder neue Grundlagen für die Achtung der Freiheit der Einzelperson, für deren Würde und damit wieder die gesunde Grundlage für eine echte Demokratie zu legen, die ihre Wurzeln in den Herzen jedes Einzelnen haben muß. Die demokratischen Kräfte müssen in der ganzen Welt zu-

(Präsident)

sammenstehen, um die menschliche Natur von dem Gedanken der Diktatur freizuhalten und Brücken zu schlagen zwischen den Menschen jedes einzelnen Volkes und zwischen den verschiedenen Völkern der Welt.

Hier kommt der Presse, die die Großmacht zur Bildung der öffentlichen Meinung ist, eine besondere Aufgabe zur Schaffung besonders tiefer Grundlagen für wahre Menschlichkeit zu. Die Demokratie wird um so fester werden, je mehr sie von den guten Ideen der Menschheit inspiriert ist. Der amerikanischen Presse kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie für die Bildung der Weltmeinung alle Voraussetzungen hat. Im Namen der völker-versöhnenden Demokratie bitten wir die Vertreter des amerikanischen Verlags- und Zeitungswesens, für die jetzige Lage unseres Volkes Verständnis aufzubringen. Dabei darf ich nicht unerwähnt lassen, daß sich gerade das bayerische Volk jahrzehntelang durch außerordentliche Sympathien mit dem amerikanischen Volk verbunden fühlte.

Die geistige und seelische Erneuerung unseres Volkes wird aber um so raschere Fortschritte machen, je mehr es uns mit Unterstützung der großen Demokratien in der Welt und besonders mit Unterstützung der großen demokratischen Auffassung Amerikas gelingt, durch die Milderung und Beseitigung der großen wirtschaftlichen Not unseres Volkes jenen Nährboden für unsere junge Demokratie zu schaffen, ohne den sie nicht gedeihen kann. Auch muß unserer Presse und unserem deutschen Schrifttum die Möglichkeit gegeben werden, sich in ausreichendem Maße für die geistige Erneuerung und Umstellung unseres Volkes und für die Schaffung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen der Völker einzusetzen.

So möge denn der Besuch führender Männer des amerikanischen Geisteslebens reiche Früchte für die Wiederaufnahme und Vertiefung der so notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker tragen!

Ich möchte dabei noch dem besonderen Wunsche Ausdruck geben, daß Sie auch von unserem neuen parlamentarischen Leben gute Eindrücke mit nach Hause nehmen mögen. Wenn wir in Bayern bestrebt sind, dem bayerischen Volk und dem bayerischen Staat innerhalb des so heiß ersehnten gesamtdeutschen Bundesstaates jene Stellung einzuräumen, auf die das bayerische Volk nach seiner geschichtlichen Tradition Anspruch hat, so möchten wir doch auch an dieser Stelle mit Nachdruck betonen, daß das bayerische Volk in seiner Gesamtheit jenen Tag herbeisehnt, wo Deutschland wieder eine politische und wirtschaftliche Einheit bildet, nicht allein zum Wohl unseres Volkes, sondern auch zum Wohle Europas und der ganzen Welt. Wir können Deutschland aus dem Wiederaufbau Europas und der Welt, die durch den Nationalsozialismus so schwer betroffen wurde, nicht wegdenken. Wenn Deutschland nicht wieder wirtschaftlich erstarren würde, so wäre das nicht nur ein Unglück für uns, sondern auch für Europa und die Welt. Angesichts der Londoner Konferenz erwartet das deutsche Volk mit Sehnsucht seine politische und wirtschaftliche Einheit und die Wiederherstellung des Friedens, der die unabdingbare Grundlage für jeden Fortschritt in der Menschheit darstellt. In diesem Sinne möchte ich die Vertreter des amerikanischen Geistes-

lebens herzlichst gebeten haben, Fürsprecher in der Welt zu sein für unsere bayerische und deutsche Sache.

Ich darf bei dieser Gelegenheit noch eines anfügen, da heute auch die amerikanische Verlegerchaft und Presse mit führenden Organen vertreten ist. Ich habe die Berichterstattung einer heute erschienenen Tageszeitung über das parlamentarische Leben gelesen. Namen brauche ich nicht zu nennen; denn es könnte ebenso eine andere Tageszeitung gewesen sein, weil es auch bei diesen nicht viel besser steht. Ich kann mich in die Seele der Journalisten recht gut hineindenken, weil ich früher demselben Beruf eine Zeitlang angehört habe. Sie könnten alle Freude an ihrem Berufe verlieren bei dem Knappenraum, der ihnen heute vergönnt ist. Von den Rednern aller Parteien sind in den letzten Tagen in diesem Hause eine Reihe wertvoller Gedanken über die wirtschaftliche Not unseres Volkes zum Ausdruck gebracht worden, in denen auch eine Reihe von guten Vorschlägen enthalten waren. Wie ist aber praktisch die Lage? Bei der heutigen Raumnöte der Presse sprechen wir gewissermaßen für uns allein im Parlament, ohne daß die Öffentlichkeit etwas von den Verhandlungen erfährt. Wir sind die Demokratie hier im Hause, ohne die Beziehungen nach außen hin zu haben, auf die es ankommt. Das Parlament ist aber das Sprachrohr der Öffentlichkeit, und die Presse ist dazu berufen, die Verbindung zwischen dem Parlament und der Öffentlichkeit herzustellen, damit die notwendigen Ideen hinausgetragen werden. Glauben Sie mir: Wenn der Demokratie nicht Gelegenheit gegeben wird, die guten demokratischen Ideen in die Öffentlichkeit hinauszutragen, dann werden die Latrinengerüchte gegen die Demokratie in unserem Volke das Feld beherrschen.

So ist die Lage. Da haben wir nun die dringende Bitte auch an das amerikanische Schrifttum vorzutragen, es möge uns helfen, damit der deutschen Presse wieder jener Raum zur Verfügung gestellt wird, der erforderlich ist, um die junge Pflanze der Demokratie zu begießen und zu pflegen. Diese Sorge erfüllt einen echten Demokraten von Tag zu Tag immer drückender.

Dies wollte ich noch besonders zum Ausdruck bringen. Ich glaube, Sie sind mit mir darin wohl einig, daß wir den Tag herbeisehnen, wo das deutsche Schrifttum wieder so zahlreich erscheinen kann, daß auch die Ideen, die uns beim Neuaufbau bewegen, ins Volk hinausgetragen werden können. Es hat beispielsweise heute Frau Zehner Ausführungen gemacht, die gewiß auch die Öffentlichkeit interessieren. Ich habe gerade sie herausgegriffen, weil sie die letzte Rednerin gewesen ist. Es waren aber auch noch verschiedene andere Redner da. Alles, was sie sprachen, bleibt totes Material, wenn wir die Verbindung mit der Öffentlichkeit nicht herstellen können. Es ist die größte Sehnsucht unserer jungen Demokratie, daß unsere Presse wieder in einer besseren Aufmachung und in einer größeren Auflage erscheinen möge. Ich sehne den Tag herbei, wo ich dies erleben kann. Ich kann mich in die Lage der Herren von der Presse versetzen. Sie können nichts dafür, daß sie heute gewissermaßen ein Künstlerdasein führen müssen, indem sie mit wenig Zeilen doch noch die Verbindung zwischen uns und der Öffentlichkeit herstellen sollen. Dies wollte ich noch zum Ausdruck gebracht haben.

Inzwischen haben sich unsere Reihen aus begreiflichen Gründen etwas gelichtet; denn die Verkehrsverhältnisse

(Präsident)

sind heute außerordentlich schwierig, und die Abgeordneten haben naturgemäß gegen Ende der Woche das Verlangen, wieder nach Hause zu fahren. Wir haben ja ganz anormale Verhältnisse.

Ich möchte daher vorschlagen, die Beratungen jetzt abubrechen. Ich setze die nächste Sitzung, wie der Ältestenrat beschlossen hat, für Mittwoch, den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr fest. Die Herren haben die Tagesordnung bereits in Händen.

Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 52 Minuten.)
